



**V. l.:** Andrea Silberberger (KUUSK Regionalmanagement), Ina Hsu (Künstlerin des Plakatmotivs), Birgit Obermüller (Obfrau des Bildungs- und des Integrationsausschusses der Stadt Kufstein), Andrea Achrainger (Projektleiterin & Kuratorin sommerKIK). **Foto:** Wundara

## sommer:KIK: Kreative Ferienbetreuung mit 14 Workshops

**B**ereits zum fünften Mal haben Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren die Möglichkeit, sich kreativ zu entfalten. Teilnehmen können Kinder aller zwölf KUUSK-Gemeinden, in Zukunft sind neben dem sommer:KIK auch im Herbst bzw. im Frühjahr Workshops geplant.

Von 26. Juni bis 20. August finden in Kufstein, Ebbs, Walchsee und Kössen insgesamt 14 Workshops statt, bei denen sich die jungen Leute auch heuer wieder kreativ entfalten können. Malerei, Siebdruck, Collagen und Maskenbau, Natur- und Tonwerkstatt, Tanz, Theater und Musik, Architektur und Handwerk, Schreibwerkstatt, Re- und Upcycling, Trickfilm, Skateboard, Imkerwerkstatt - all das bieten die verschiedensten Workshops des sommer:KIK. „Die Vielfalt war immer das Erfolgsrezept des sommer:KIK. Kinder und Jugendliche begegnen bei den Kursen Künstlern und Kreativen, Handwerkern, Designern und Architekten auf Augenhöhe, arbeiten miteinander und lernen voneinander“, freut sich Projektleiterin Andrea Achrainger über die steigende Nachfrage. Hauptsächlich geht es um das Entdecken und Fördern von Talenten

und Fähigkeiten, die alle Kinder in sich tragen. Die Kinder und Jugendlichen können sich bei sommer:KIK bis zu einer Woche lang einem bestimmten Thema widmen. Zum Abschluss werden die Ergebnisse der einzelnen Workshops Familien und Freunden präsentiert, auch eine große Abschlusspräsentation (20. August) ist geplant.

„Wir wollten für Kinder eine Abwechslung schaffen, sodass sie einen anderen Blickwinkel bekommen und der Alltag ein bisschen spannender wird. Deswegen soll dieses Angebot auch über das Jahr ausgerollt werden“, erklärt Birgit Obermüller, Obfrau des Bildungs- und des Integrationsausschusses der Stadt Kufstein, die gemeinsam mit Andrea Achrainger sommer:KIK initiierte.

Das Projekt ist zu 70 Prozent leadergefördert, das Budget für vier Jahre liegt insgesamt bei € 160.000,-. Davon steuert knapp € 50.000,- das Regionalmanagement KUUSK mit den zwölf Mitgliedergemeinden bei.

Die Kursbeiträge liegen zwischen € 12,- und € 55,-, die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Infos und Anmeldung unter [www.rm-kuusk.at/sommerkik](http://www.rm-kuusk.at/sommerkik) oder telefonisch unter Tel. 05372/21185

# Diskussionen um Standort für Kindergarten

Lange Wege in Kinderbetreuungseinrichtung im Kufsteiner Stadtzentrum ärgern Eltern. Ausschussobfrau will mehr Plätze in der Peripherie.

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – Die Qualität der Arbeit der Kindergartenpädagoginnen stehe außer jedem Zweifel. Die sei hervorragend. Aber der Standort Arkadenplatz sei für den gleichnamigen Kindergarten suboptimal, sagt die zuständige Ausschussobfrau Birgit Obermüller (NEOS). „Seit Errichtung des Kindergartens Arkadenplatz ist allen bewusst, dass der Standort nicht ideal ist. Aufgrund der Nähe zum Kindergarten Stadt müssen viele Eltern aus einem weiter entfernten Stadtteil ihre Kinder dort unterbringen. Dieser Umstand verursacht jedes Jahr Unzufriedenheit bei einigen Eltern“, formulierte Obermüller einen Antrag an den Gemeinderat auf Verlegung des Betreuungsangebots. „Die Räume könnten gut für die schulische Tagesbetreuung der Volksschule Stadt genutzt werden“, hat sie einen Verwendungszweck dafür parat. Obermüller schildert gegenüber der TT noch ein weiteres Problem: „Der Arkadenplatz ist der Sammelplatz für alle Kinder, die sonst keinen Platz bekommen. Da müssen dann Eltern weite Wege auf sich nehmen“, präzisiert die Gemeinderätin. Daher sollten zukünftig die Elternwünsche noch besser beachtet werden. Die Ausschussobfrau will eine Softwarelösung zur Erfassung der Wünsche, Lebenssituationen, Mobilität, aber auch Sprachkenntnisse.



Der städtische Kindergarten ist am Kufsteiner Arkadenplatz untergebracht. Für die Ausschussobfrau muss ein neuer Standort gefunden werden.

Foto: Otter

Denn es sollte bei allem Entgegenkommen gegenüber den Eltern auch um „eine Durchmischung der Sprachgruppen in jedem Kindergarten gehen, damit Sprachförderung ausreichend stattfinden kann“.

BM Martin Krumschnabel wundert der Antrag Obermüllers, „sie könnte als Ausschussobfrau den Antrag im betreffenden Gremium diskutieren lassen. Und dann einen Antrag an den Gemeinderat stellen.“ Jetzt wird Obermüllers Vorschlag an ihren Ausschuss zugewiesen.

Was den Standort angeht,

sieht ihn BM Krumschnabel nicht so negativ. Aber es sei unabdingbar, dass Kufstein eines Tages einen weiteren Kindergarten bekomme. Derzeit werden an die 450 Kinder in den städtischen Einrichtungen betreut. Daneben gibt es ein breites privates Angebot. „Wir werden zusätzliche Plätze im Bereich Weißach benötigen“, sagt Krumschnabel. Er setzt dabei auf das ehemalige Kasernenareal, das Stück für Stück verbaut werden soll. Auf den darauf der Stadt gehörenden 16.000 Quadratmetern Grund soll eines Tages ein

weiterer Kindergarten stehen. Der Stadtchef erinnert auch daran, dass er Zell vor Jahren großzügig erweitern wollte, aber vom Gemeinderat eingebremst wurde.

VP-Vizebürgermeister Hannes Rauch ist mit dem Standort Arkadenplatz auch zufrieden. „Aber über Verbesserungen kann man immer diskutieren. Es gibt jedoch bereits eine sehr hohe Betreuungsqualität.“



Geht es nach TVB-Obmann Christian Harisch, erhält jeder, der 90 Tage im Jahr beispielsweise in Kitzbühel verbringt, einen Arbeitswohnsitz. Foto: Falk

# TVB-Obmann kritisiert Überwachung

Durch die Kontrollen von Freizeitwohnsitzen würde der Tourismus mit Füßen getreten, ärgert sich Christian Harisch.

Von Michael Mader

**St. Johann i. T.** – Als völligen Wahnsinn bezeichnet der Kitzbüheler TVB-Obmann, Hotelier und Unternehmer Christian Harisch die Ankündigung der drei Orte St. Johann, Oberndorf und Kirchdorf, in Zukunft Kontrolloren für die Überprüfung von Freizeitwohnsitzen anstellen zu wollen.

Jeder Bürgerin und jedem Bürger würden dadurch die Freiheitsrechte massiv eingeschränkt werden. „Es gibt keinen Datenschutz mehr und ich gebe zu bedenken, dass diese Kontrollrechte auch die Einheimischen treffen. Im Gesetz steht drinnen, dass sogar der Zutritt möglich ist“, spricht der Touristiker davon, dass hier ein Überwachungsstaat geschaffen wird. Er glaubt nicht, dass wirklich jeder Bürger Tirols wolle, dass

plötzlich jemand an der Tür läutet, der von einem weiß, wie viel Müll, Strom und Wasser man verbrauche. Solche Methoden seien Harisch in einem freien Land bislang nicht bekannt gewesen. „Wir haben durch Corona eh schon ein so schwieriges Jahr. Jetzt werden die Gäste auch noch kriminalisiert. Ich kann mir schon die nächste Schlagzeile in der *Bild* vorstellen“, ärgert sich der TVB-Obmann. Es handele sich um Menschen, die bei uns viel Geld ausgeben, einheimische Handwerker beschäftigen, einkaufen usw.

Ein ungebremstes Wachstum an Freizeitwohnsitzen will Harisch aber nicht: „Bei Menschen, die 90 Tage im Jahr hier verbringen, soll das als Arbeitswohnsitz akzeptiert werden. Wer weniger als 90 Tage da ist, für den muss es ein Programm geben. Entweder besteht dann für den Wohnsitz eine Vermietungsverpflichtung oder eine sehr hohe Besteuerung.“ Für die Kontrolloren hätte er eine andere Verwendung: „Die sollen für die Pflege von älteren Mitbürgern eingesetzt werden.“

Landesrat Johannes Tratter begrüßt hingegen die Kontrollen: „Ein weiterer wichtiger Mosaikstein, um illegale Freizeitwohnsitze zurückzudrängen.“

**GARAGENVERKAUF**  
DO 27. & FR 28.05.  
09:00-18:00 Uhr

**MARKENSCHUHE**  
1/2 Preis  
DAMEN-, HERREN-, KINDER- & SPORTSCHUHE!

**PRANTL**  
**SCHUHE**  
6134 Vomp, Feldweg 1



(v.l.) Markus Atzl (GF Stadtwerke), Sabine Mair (GF TVB), Martin Tschurtschenthaler (Projektleiter Stadtwerke) und Georg Hörhager (Obmann TVB) eröffneten den neuen Natur-Erlebnisweg.

Foto: Hrdina

# Neuer Weg führt in Natur bei Kaiserlift

14 Stationen zum Bewegen, Entspannen und Lernen laden zum „Naturerlebnis“. Kritik im Vorfeld fruchtete.

Von Jasmine Hrdina

**Kufstein** – Familien dürfen sich über eine neue Attraktion am Kufsteiner Stadtberg freuen. Von der Mittelstation des Kaiserlifts bis zur Marienkapelle am Duxer Köpfl laden entlang des neuen „Naturerlebniswegs“ 14 Stationen zum Entspannen, Bewegen und Lernen.

Die Wanderung dauert 1,5 Stunden. 40.000 Euro investierten TVB Kufsteinerland und Stadtgemeinde in das Projekt, weitere 40.000 Euro gab's vom Land. Der Weg sei die „perfekte Ergänzung zum Angebot des gemeinsamen Naturerlebnisses am Berg im Kufsteinerland“, freut sich

TVB-Obmann Georg Hörhager. „Wir wollen Kinder früh für unsere Natur begeistern – sie sind die Gäste von morgen“, wirbt Stadtwerke-GF Markus Atzl für den Kaiserlift, den Kinder und Jugendliche in Begleitung eines zahlenden Erwachsenen kostenlos nutzen können.

Der Wegbau sei gemäß Vorschrift unter ökologischer Bauaufsicht erfolgt, zum Großteil wurden bestehende Pfade revitalisiert, versichern die Projekttreiber. Eine künftige Erweiterung wolle man nicht ausschließen.

Die Kritik von Naturschutzbeauftragten im Vorfeld nahm man sich zu Herzen: Diese orteten eine Themen-

verfehlung und wünschten sich die Besonderheiten von Flora und Fauna des Kaisergebirges im Fokus des Lehrpfads (die TT berichtete).

Der Schutzgebietsbetreuer des Landes sei nun in das Projekt eingebunden gewesen, man habe umgeplant, dank Projektleiter Martin Tschurtschenthaler für die „konstruktive Kritik“.

Statt Zitronenfalter gibt es nun einen ortstypischen überdimensionalen Weißbindigen Mohrenfalter, statt auf einer Margerite können Kinder auf einer Schneerose toben. Neben der Honigbiene hat nun auch die Wildbiene ihren Auftritt – sie verliert immer mehr an Lebensraum.

# Waches Auge auf Freizeitwohnsitze

Die drei Gemeinden St. Johann, Oberndorf und Kirchdorf stellen gemeinsam eigene Kontrolloren an, die illegale Freizeitwohnsitze aufdecken sollen.

Von Michael Mader

**St. Johann i. T.** – Eine Verwaltungsgemeinschaft der Gemeinden St. Johann, Oberndorf und Kirchdorf soll es richten – die Aufdeckung von illegalen Freizeitwohnsitzen. Bislang haben sich die Gemeinden mit der Beweisführung schwergetan, kann etwa Oberndorfs Bürgermeister Hans Schweigkofler berichten. Er habe zum Beispiel einmal höflich schriftlich nachgefragt, ob denn ein Objekt wirklich als Hauptwohnsitz diene und sofort einen zweiseitigen Brief eines Rechtsanwalts zurück bekommen. „Da stellt man sich dann natürlich schon die Frage, ob man dagegen ankommt“, erinnert sich Schweigkofler.

Jetzt jedenfalls haben die Amtsleiter der drei Gemeinden einen Vertrag ausgearbeitet, der laut Oberndorfs Bürgermeister vorsieht, Kontrollorgane im Ausmaß von insgesamt 50 Wochenstunden anzustellen. Die Oberndorfer Gemeinderäte waren die Ersten, die einen dementsprechenden Beschluss einstimmig absegneten. In St. Johann und Kirchdorf soll der Vertrag demnächst auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung aufscheinen, wie die Bürgermeister Hubert Almberger (St. Johann) und Gerhard Obermüller (Kirchdorf) bestätigen.

Die Kosten sollen aufgrund der Gemeindegröße aufgeteilt werden. St. Johann wird 55 Prozent, Oberndorf 20 Prozent und Kirchdorf 25 Prozent übernehmen.

Schweigkofler erklärt das Prozedere: „Wenn im Meldeamt etwa das Gefühl entsteht, dass jemand in der Gemeinde seinen Hauptwohnsitz angemeldet hat, diesen aber nicht nützt, wird das Kontrollorgan hingeschickt. Wird niemand angetroffen, muss das protokolliert werden. Da sprechen wir sicher über einen Zeitraum von einem halben Jahr.“ Hinzu würden noch Daten wie etwa die Müllmenge und der Wasserverbrauch kommen. Schweigkofler: „Die Daten haben wir ja im Haus,

durften sie aber nicht verwenden.“ Da habe sich gesetzlich etwas geändert. Auch der Stromverbrauch könne nun bei der Tiwag abgefragt werden. Besteht der begründete Verdacht auf einen illegalen Freizeitwohnsitz, wird das bei der Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel gemeldet.

Dass auch Going und Ellmau der Verwaltungsgemeinschaft beitreten, hat sich laut Almberger mittlerweile zerschlagen. Obermüller glaubt, dass mindestens zwei Kontrollorgane ausgeschrieben und angestellt werden müssen: „Wir brauchen hier ein gerechtes Miteinander, aber die Kontrolloren müssen natürlich auch mit Augenmaß vorgehen.“



In der Marktgemeinde St. Johann soll das Büro für die Kontrolloren von illegalen Freizeitwohnsitzen angesiedelt werden.

Foto: Mader

# Freizeitwohnsitze bringen 200 Millionen Euro

Fakten statt Vermutungen – der LEADER-Verein im Bezirk Kitzbühel will kühle Zahlen in eine ansonsten emotionale Diskussion bringen.

Von Harald Angerer

**Kitzbühel** – Sie sind in aller Munde und sorgen regelmäßig für hitzige Diskussionen. Vor allem im Bezirk flammt das Thema Freizeitwohnsitze immer wieder auf. „Wir wollten Fakten in die Diskussion bringen, die ansonsten eher emotional geführt wird“, erklärt Stefan Niedermoser vom LAG Regionalmanagement regio<sup>3</sup> Pillerseetal-Leukental-Leogang. Deshalb habe man die Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung (GAW) mit einer Studie beauftragt. Geklärt sollte werden, was die Freizeitwohnsitze bringen, sowohl positiv als auch negativ.

„Wir haben dabei nur die gemeldeten Freizeitwohnsitze dafür herangezogen, um eine wissenschaftliche Studie zu erhalten“, schildert Niedermoser. Die Ergebnisse werden nun erst dem Vorstand des Vereins präsentiert, einige Zahlen können aber schon bekannt gegeben werden und sie sind überraschend. Insgesamt gibt es im Bezirk Kitzbühel 5642 offizielle Freizeitwohnsitze, das entspricht einem Anteil von 14,1 Prozent. „Die Dunkelziffer liegt sicher höher, aber wir wollten uns auf bestätigte Zahlen verlassen“, betont Niedermoser.

„Was das Ergebnis ganz klar zeigt, ist, dass alle im Bezirk Kitzbühel von den Freizeitwohnsitzen profitieren, nicht wie oft angenommen einige wenige, wie etwa die Restaurants oder die Baubranche. Es profitiert wirklich jeder im



Das Thema Freizeitwohnsitze sorgt in Kitzbühel und Umgebung immer wieder für hitzige Diskussionen. Das Regionalmanagement hat nun Fakten zu dem Thema erheben lassen.

Foto: Angerer

Bezirk“, sagt Stefan Haigner von der GAW. Die Auswirkungen seien enorm. Nach den Berechnungen der GAW belaufen sich die Ausgaben, die durch die Freizeitwohnsitze im Bezirk entstehen, auf rund 142 Millionen Euro im Jahr. Ein genauer Blick in die Daten zeigt, dass die Freizeitwohnsitze eine Wirtschaftsleistung von knapp 124 Millionen Euro in die Region bringen. Und es ist nicht nur der Bezirk, der profitiert. „Auch die Nachbarbezirke, Tirol und Österreich profitieren davon“, betont Haigner. Wenn man auch noch die Wirtschaftsleistung

der Freizeitwohnsitze in den Nachbarregionen und Rest-Österreich mitrechnet, dann sind es sogar 200 Millionen Euro Wertschöpfung jährlich.

Das hat weiters deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Bezirk Kitzbühel. Laut Analyse werden 2000 Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen. „Das sind nur die Vollzeitstellen, in Köpfen gerechnet sind es noch deutlich mehr. Das sind Arbeitsplätze, die es ohne die Freizeitwohnsitze nicht gäbe“, sagt Haigner.

Natürlich gibt es auch eine Kehrseite, wie steigende Grundstückspreise. Daten da-

zu sind noch nicht öffentlich. „Die gesamten Ergebnisse werden wir erst dem Vorstand präsentieren und dann veröffentlichen“, erklärt Niedermoser. Auch Haigner erklärt, dass es durchaus auch negative Auswirkungen gebe. Doch ob die in Tirol geltende Freizeitwohnsitzquote die richtige ist, bezweifelt er.

Denn eine solche Quote würde regionale Eigenheiten nie mit einbeziehen. In der Schweiz sei die Quote etwa 20 Prozent, in Tirol liegt sie bei acht Prozent und wird im Bezirk Kitzbühel nahezu überall überschritten.



Gegen den Pflegenotstand wird andernorts demonstriert (z. B. in Deutschland), hierzulande steht auch die Ausbildung in Diskussion. Symbolfoto, imago

# Die Pflege, das Geld und der Notstand

Was eine mögliche Entlohnung für Pflege-Auszubildende betrifft, müssen sich Grüne und ÖVP erst noch zusammenraufen.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck – 7000.** Das ist für Tirol die magische Zahl. So viel braucht es nämlich bis zum Jahr 2030 an zusätzlichen Pflegekräften, um den kommenden Personalbedarf stillen zu können. Die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. Die Lücke, die sich da auftut, hat einen Namen: Pflegenotstand.

Selbigen zu beseitigen, haben Bund und Land versprochen. Auf unterschiedlichen Ebenen. Eine soll bereits heute vom Landtag repariert werden: mit einem neuen, stark aufgestockten Tarifmodell soll den 90 Heimen in Tirol künftig ein ausgeglichenes Wirtschaften ermöglicht werden. 26 Mio. Euro an jährlichen Mehrkosten sind hierfür zu stemmen, die *TT* berichtete.

„Stipendien oder Entschädigungen für Praktika sind weiterzuentwickeln – daran wird derzeit gearbeitet.“

Annette Leja  
(Pflege-Landesrätin/ÖVP)

Auf der Personalseite ist man von einer Lösung noch ein gutes Stück entfernt. Dass ein Attraktivierungs-Boost nicht auch ohne finanzielle Anreize gehen wird, ist Konsens. Doch in welcher Art und Höhe dieser ausfallen muss, darüber sind sich die beiden Koalitionspartner ÖVP und Grüne noch nicht einig.

Für Grünen-Klubobmann Gebi Mair bräuchte es eine Art Gleichstellung in der Ausbildung mit den Polizeischulen. Also eine Entlohnung nicht nur für Berufsumsteiger, sondern ganz allgemein. Wie die Polizei bestätigt, bekommen Polizeischüler im ersten Ausbildungsjahr 1765 Euro brutto pro Monat.

Im kürzlich beschlossenen Grundsatzbeschluss der Landesregierung zur Pflege

findet sich das Wort Entlohnung freilich nicht. Da ist im Ausbildungsbereich (neben neuen Angeboten) lediglich von einer „angemessenen Vergütung“ die Rede. Mit der Forderung der Grünen konfrontiert, verweist die neue Gesundheits- und Pflegelandesrätin Annette Leja (VP) auf *TT*-Anfrage darauf, dass die Unterstützung der Auszubildenden weiterzuentwickeln sei – beispielsweise bei Stipendien oder Entschädigungen für Praktika: „Daran wird derzeit gearbeitet.“

AZW-Direktor Walter Draxl hat dieser Tage dem Land – Grundlage war eine Entschließung des Landtages – einen Vorschlag vorgelegt, in welcher Form es möglich wäre, Bachelor-Studierenden der Gesundheits- und Krankenpflege der FH Gesundheit eine Unterstützungsleistung zukommen zu lassen. Für Pflege-(Fach-)Assistenz wird bereits ein „Taschengeld“ geleistet. Dieses wäre, so Draxl zur *TT*, in den Abstufungen 130/180/310 €/Monat (je nach Ausbildungsjahr) für das Bachelorstudium vorstellbar. Doch Draxl hat weitere Vorschläge in petto: Für Umschuler (Voraussetzung: über 30-Jährige) in Arbeitslosigkeit oder Arbeitsstiftungen seien bis zu 450 Euro als zusätzlicher Anreiz denkbar. Ebenso wie das Modell einer berufsbegleitenden Ausbildung. Hier könnten pro Heim bis zu zwei Ausbildungsplätze gefördert werden. Die Personalakquise wäre aber Aufgabe der Heime. „Natürlich gibt es unterschiedliche Zugänge – fix ist aber, dass wir mehr Personal brauchen“, so Draxl.

Dass Pflege-Auszubildende angemessen entlohnt gehören, ist für ÖGB-Chef Philip Wohlgemuth unumgänglich. Genauso wie aber für Berufstätige eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

TT, 21.05.2021



Dieser Goldschakal wurde Mitte Mai von einer Wildkamera in Söll aufgenommen. Tierrisse sind bis jetzt keine bekannt.

Foto: Land Tirol/pawet

## Raubtiere kehren nach Tirol zurück

Wolf im Achenal und Goldschakal in Söll fotografiert, Wolfsspuren auch im Stubaital.

**Neustift i.St., Eben a.A., Söll** – Die Rückkehr der großen Beutegreifer nach Tirol schreitet weiter voran. Nach einer ruhigeren Phase im Winter häufen sich nun die Nachweise ihrer Existenz. In Südtirol sorgten zuletzt Bären für Schlagzeilen, in Nordtirol sind es Wölfe und zuletzt auch Goldschakale.

In Neustift im Stubaital

trieb sich Anfang Mai ein Wolf aus der italienischen Population herum. Der genetische Nachweis gelang der Landesveterinärbehörde anhand von Proben, die am 5. Mai von einem Rotwildkadaver genommen wurden.

Auch das Tiroler Unterland erhielt zuletzt Besuch von Meister Isegrimm. Am 15. Mai tappte ein Wolf im Ge-

meindegebiet von Eben am Achensee in eine Fotofalle. Ebenfalls am 15. Mai hielt eine Wildkamera in Söll einen Goldschakal fest, der über eine Lichtung spazierte. Meldungen über Risse oder angerichtete Schäden lagen der Behörde nicht vor, teilte das Land via Aussendung mit.

Noch ausständig ist das Ergebnis der genetischen Unter-

suchung von Überresten eines tot aufgefundenen Schafs und eines toten Rehs. Beide wurden kürzlich im vorderen Zillertal entdeckt. Laut Land liegen derzeit aber keine konkreten Hinweise auf die Beteiligung eines Wolfs vor.

Hinweise über Sichtungen oder Risse seien an die Bezirkshauptmannschaften zu melden. (TT)





In Tirol sitzen nur wenige Junge als Chefs in Gemeindeämtern oder Rathäusern. Sie sind Tirols Jüngste: Waltraud Zobl-Wiedemann steht der 430-Einwohner-Gemeinde Schattwald vor. Dominik Mainusch ist Bürgermeister der Tourismushochburg Fügen mit 4300 Einwohnern. Beide sind seit 2016 im Amt.

Fotos: privat, Böhm, iStock

# 18 junge Gemeindechefs

Obwohl sich in Tirol einige langgediente Bürgermeister verabschiedet haben, ist die Quote der Jungen in diesem Amt unter dem Österreichschnitt.

Von Brigitte Wareski

**Fügen, Schattwald** – In 149 Gemeinden von Österreich sind die Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen jünger als 40 Jahre – das hat der Österreichische Gemeindebund erhoben. Damit lenken sieben Prozent Junge die Geschicke einer Gemeinde. Zehn Gemeinden in Österreich haben sogar eine Ortschefin oder einen Ortschef unter 30.

Der jüngste Bürgermeister der Nation ist der 24-jährige Michael Eibl im oberösterreichischen Windischgarsten. Bernadette Schöny ist mit 28 Jahren die jüngste Bürgermeisterin. Sie steht der niederösterreichischen Gemeinde Kaltenleutgeben vor. Am meisten junge Gemeindechefs gibt es in Oberösterreich: 38 der

438 oberösterreichischen Ortschefs sind bis zu 40 Jahre alt (8,7 Prozent). Auch wenn sich in Tirol in jüngster Zeit mehrere langgediente Bürgermeister verabschiedet haben, bleibt die Quote der Jungen unter dem Österreichschnitt.

Unter den 279 Tiroler Bürgermeistern sind 18 bis 40 Jahre alt (6,5 Prozent). Dominik Mainusch aus Fügen (4300 Einwohner) – der zudem Landtagsabgeordneter ist – ist mit 30 Jahren der jüngste von ihnen. Waltraud Zobl-Wiedemann aus Schattwald (450 Einwohner) ist mit 38 Jahren seine jüngste Amtskollegin.

Die zweifache Mutter (Kinder 2 und 5 Jahre) ist seit 2016 im Amt und sieht sich hier als Parteilose. „Ich bin keine ÖVP-Bürgermeisterin im

klassischen Sinn. Privat gehöre ich zur ÖVP, als Bürgermeisterin versuche ich alle Parteien gleichwertig zu sehen und zu behandeln“, sagt sie im Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung*. Das Bürgermeisteramt ist für sie „ein

„Die Ansprüche ändern sich im digitalen Zeitalter, es braucht neue Zugänge und moderne Ideen.“

Dominik Mainusch  
(Bürgermeister Fügen)

Beruf, bei dem man nie auslernt. Den einen Tag beschäftigst du dich mit Büroarbeit, den nächsten stehst du auf einer Baustelle.“ Möglich sei das für sie als Mutter nur, „weil ich meine Eltern habe.

Ohne sie wäre das überhaupt nicht machbar.“ Das „Politische“ spielt für Zobl-Wiedemann nur eine untergeordnete Rolle. „Es ist mir vielmehr eine Ehre, in meiner Gemeinde etwas zu bewegen.“ In Gemeindefunktionen wünscht sie sich Junge wie Alte. „Es ist der Mix, der es ausmacht. Die Alten, die die Tradition bewahren, und die Jungen, die das Moderne verkörpern.“ Dass nicht mehr junge Ortschefs werden wollen, führt sie darauf zurück, „dass alle, die sich engagieren, bereits u. a. in Vereinen anspruchsvolle Aufgaben haben“.

Nach fünf Jahren im „Brotberuf“ als Bürgermeister einer Tourismushochburg empfindet Mainusch (ÖVP) für sein Amt „noch mehr Leidenschaft denn je“. Als inhaltliche

Erfolge sieht er vor allem, das Verkehrsthema im vorderen Zillertal auf Schiene gebracht und die Spieljochbahn, die vor der Insolvenz stand, „erfolgreich“ privatisiert zu haben. Stolz ist er darauf, „dass die Gemeinde als Gemeinschaft zusammengewachsen ist. Als ich damals gegen den amtierenden BM kandidiert habe, gab es viele Streitigkeiten.“ Ein Bürgermeister soll laut Mainusch „mit Ruhe, klarem Kopf und Sachlichkeit an die Dinge herangehen, jeder Meinung einen Platz geben und für alle ein offenes Ohr haben“. Dass die Jungen Verantwortung in der Politik übernehmen, ist für ihn sehr wichtig. „Die Ansprüche ändern sich im digitalen Zeitalter, es braucht neue Zugänge und moderne Ideen.“

# Gemeinde Walchsee klingelt an Türen

**Walchsee** – Die Gemeinde Walchsee will künftig überprüfen, ob Wohnsitze entsprechend ihrer Meldung genutzt werden. Der Gemeinderat beschloss diese Woche einstimmig, eine Sicherheitsfirma mit Kontrollgängen zu beauftragen. Start könnte laut BM Dieter Wittlinger bereits im Juni sein.

Damit soll erreicht werden, dass Personen, die ihren Hauptwohnsitz in Walchsee angeben, auch wirklich ihren Lebensmittelpunkt in der Gemeinde haben, sprich, „die Kinder dort zur Schule gehen und am sozialen Leben, etwa in Vereinen, teilnehmen“, erklärt Wittlinger. Solche Maßnahmen würden allerdings weniger dazu führen, dass Wohnungen auf dem Markt frei werden, ist der Bürgermeister überzeugt. Vielmehr verspricht er sich, dass künftige Wohnprojektbetreiber Käufer suchen, die sich auch tatsächlich in Walchsee niederlassen wollen. Die Kontrollen sollen Kunden, die es auf Zweitwohnsitze abgesehen haben, abschrecken.

150 neue Wohnungen sind

in den vergangenen drei Jahren in Walchsee entstanden. Etwa 30% aller Heime sind Zweitwohnsitze – was sich in erster Linie mit den beiden Campingplätzen begründet.

Durchsetzen will sich Walchsee auch beim Kreisverkehr an der Kreuzung B171/Seestraße und eine Planungskompetenz wenn notwendig über den Rechtsweg erstreiten, erklärt BM Wittlinger. Wie berichtet, hatte das Baubezirksamt diesem eine Abfuhr erteilt. Es sei nicht Sache der Gemeinde, es gäbe keinen Bedarf für den Kreisel – eine Abbiegespur reiche aus. Wittlinger ärgert sich: „500 Meter weiter haben wir ja auch selber die Planung für die Abbiegespur von der Landesstraße ins Gewerbegebiet gemacht.“

Der Gemeinderat sprach sich nun mittels Beharrungsbeschluss erneut für den Bebauungsplan samt Kreisel aus – basierend auf Argumenten aus einem raumordnungsfachlichen Gutachten, das die Gemeinde in Auftrag gegeben hat. Wird dieses von der Behörde abgewiesen, will Walchsee vor Gericht ziehen. (jazz)

TIROLER TAGESZEITUNG  
22. 5. 2021

## Bürgerinitiativen ob Absage nun verärgert

BEZIRK. Nachdem der Bund einer Änderung der Gesetzeslage bei Deponien eine Absage erteilt, zeigen sich die Bürgerinitiativen in Schwoich und Kufstein darüber verärgert. Von Schwoich kommt Kritik an NR Hermann Gahr, für Kufstein ist die Entscheidung „befremdlich“. SPÖ-Bezirksvorsitzender Christian Kovacevic hatte 2019 einen Antrag im Nationalrat eingebracht. Das Ziel: die Gesetzeslage bei Genehmigungen von Deponien zu ändern. Nach Debatten im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen beschlossen ÖVP und Grüne, die Forderungen nicht weiter zu behandeln.

Mehr dazu auf [meinbezirk.at/kufstein/](http://meinbezirk.at/kufstein/)



Sowohl Schwoich als auch Kufstein zeigen sich verärgert. Foto: Haun/BB Archiv

# „Von Politik im

## Die geplante Baurestmassendeponie der Firma Rohrdorfer in Schwoich sorgt weiter für Unstimmigkeiten.

MAGDALENA GREGLER

SCHWOICH. Das Thema rund um die geplante Deponie der Firma Rohrdorfer Umwelttechnik GmbH in Schwoich, bei der es um die Ablagerung von Baumassen geht, ist für die Bevölkerung alles andere als hinnehmbar. Obwohl es zuerst hieß, dass Rohrdorfer das Vorhaben zurückgezogen habe, war wenig später klar, dass dem nicht so ist. Eine Bürgerinitiative und Bürgermeister Peter Payr machen sich stark, mit einem Info-Folder wollen sie nun alle Anwohner noch einmal über die Gefahren der Deponie informieren. Selbst wenn das Unternehmen auf das Deponieren von

Asbest verzichten wolle, so würden immer noch genug Giftstoffe übrig bleiben, heißt es von Seiten der Bürgerinitiative.

### Die Windmessungen

Die Gemeinde Schwoich strebe nun auch eigene Windmessungen an, welche zu einem komplett anderen Ergebnis kamen als die Messungen der Firma Rohrdorfer. Im Einreichungsgutachten der Rohrdorfer GmbH seien ortsfremde Winddaten mit viel zu kleinen Windgeschwindigkeiten für die Ausbreitungsrechnung herangezogen worden, um so zu den gewünschten, unbedenklichen Ergebnissen zu kommen. „Da kommt eine Windgeschwindigkeit von vier Metern pro Sekunde gar nicht vor, während in Schwoich an schönen Sommernachmittagen der Wind fast die Hälfte der Zeit mit dieser Geschwindigkeit bläst. Jeder, der hier wohnt, weiß das“, heißt es

von Seiten der Bürgerinitiative. An schönen Tagen im Sommer ergaben die Windmessungen hohe Windgeschwindigkeiten in der Nähe der geplanten Deponie. Diese Winde würden zu Turbulenzen mit entsprechender Staubbentwicklung führen. Die mit Schwermetallen belasteten Stäube werden weitertransportiert und würden, weil die Teilchen so klein sind, lange in der Luft bleiben und häufen sich in der Umgebung an. Für die Schwoicher Bürgerinitiative ist eine Giftigkeit dieser Stäube unbestritten. Laut des Gutachters des Landes Tirol müsse man mit vermehrter Nickelallergie bei den Bewohnern rechnen.

### Im Stich gelassen

Die Bürgerinitiative ist sich sicher, dass die Politik und das Land die Deponie in Schwoich „durchdrücken“ wollen. Sie fühlen sich alleine gelassen und bei Seite geschoben. Zu oft habe man schon

# Stich gelassen“

versucht, Hilfe von allen möglichen Parteien zu bekommen. Eine Petition wurde gestartet, einige waren sogar für einen Lokalaugenschein in Schwoich, doch geholfen hat den engagierten Bürgern niemand. Mit Ausnahme der Kommunalpolitik fühlt sich die Bürgerinitiative von den Politikern komplett in Stich gelassen. Trotzdem betonen die Mitglieder, dass man nicht gegen alles sei, sehr wohl könne man sich eine Bodenaushubdeponie vorstellen.

### Rohrdorfer reicht neu ein

Der Betreiber, die Firma Rohrdorfer, zog im Juli 2020 seinen Antrag für die geplante Baurestmassendeponie zurück und reichte am 14. September einen „konsolidierten“ Antrag beim Land Tirol ein. Man sei im neuen Antrag „umfassend auf die Verbesserungsvorschläge und Stellungnahmen der Behörde und Parteien im Genehmigungsverfahren eingeg-

gangen“, so die Firma Rohrdorfer damals gegenüber den BEZIRKSBLÄTTERN. Wirklich geändert hat sich aus der Sicht der Bürgerinitiative aber nicht viel, abgesehen von der Befeuchtung. Tatsächlich wurde im neuen Antrag von Rohrdorfer die Beregnung der Anfahrtsstraße (zur geringstmöglichen Staubbelastung) „neu projiziert“. Auch im Bereich des Naturschutzes wurden die bereits im Zuge des Bergbaus durchgeführten Maßnahmen miteinbezogen. Zudem wurden die Anlieferfrequenzen genauer definiert. Das Vorhaben zur Errichtung einer Deponie bleibt mit den damit verbundenen freiwilligen Zusagen aufrecht. Rohrdorfer arbeitet derzeit noch an Verbesserungen, die man ausarbeiten muss. In Absprache mit der Behörde werden also gewünschte technische Details zur Deponieplanung bzw. zu den Sachverständigen-Gutachten laufend nachgereicht. Dazu zählt



Die Bürgerinitiative kämpft weiter gegen die Deponie. Foto: Gregler

auch die mit Mai abgeschlossene Jahresmessung an der, mithilfe der ZAMG, neu errichteten Luftmessstation im Umfeld der projektierten Deponie. Die zusätzlichen Daten dienen einer objektiven Beurteilung des Antrages nach den strengen Vorgaben der zu prüfenden Materiengesetze durch das zuständige Amt der Tiroler Landesregierung.

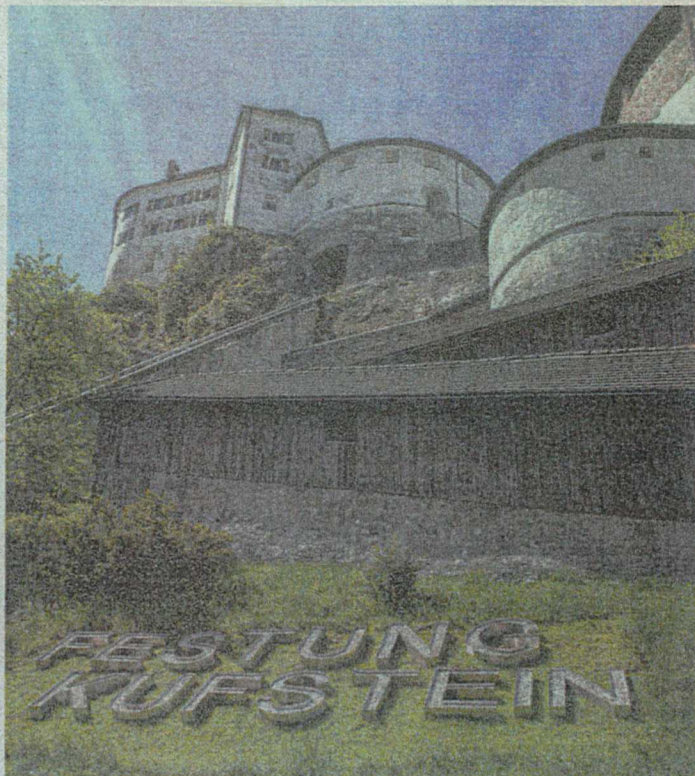
# Neues Lichtfestival spaltete Gemeinderat und Fraktionen

Für die einen ist es eine Wirtschaftsförderung, für die anderen unverantwortlich – das Lichtfestival auf der Festung Kufstein regt auf.

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – Unterschiedliche Meinungen über das Projekt Lichtfestival auf der Festung Kufstein und die folgende Abstimmung machten vor Fraktionsgrenzen nicht Halt. Mit der Veranstaltung will der TVB die Festung vom 27. Dezember bis 31. Jänner des Folgejahrs täglich in den Abendstunden bespielen und mit Lichteffekten und Ton die Geschichte der historischen Mauern erzählen. Immerhin erwartet man sich – optimistisch geschätzt – bis zu 16.000 Besucher und von denen sollen möglichst viele in der Stadt übernachten bzw. konsumieren. Daher sprach Bürgermeister Martin Krumschnabel (Parteifreie) auch von einem „Wirtschaftsförderungsprojekt“. Nur das hat seinen Preis: Eine Million Euro sollen in drei Jahren fließen – 280.000 Euro von der Stadt und genauso viel vom TVB, der Rest über Landesförderungen, Sponsoren, Nachbargemeinden und Eintrittsgelder.

Die Subvention und die Projekterstellung waren es, die für hitzige Diskussionen bei der Gemeinderatssitzung am Mittwoch sorgten. So bezeichnet GR Birgit Obermüller (NEOS) das Projekt zwar als reizvoll, aber das Finanzierungskonzept als „kaufmännisch unprofessionell und verantwortungslos, stümperhaft und unvollständig“. Kufstein könne sich „Prestigeprojekte nicht leisten. Und ob der Handel und



Die Festung Kufstein steht im Mittelpunkt eines neuen Lichtfestivals. Es soll die Zeit rund um den Jahreswechsel touristisch beleben. Foto: Böhm

Tourismus davon profitieren, sei nicht sicher. Ungewiss sei auch, ob es aus Pandemiegründen überhaupt zur Abhaltung komme. Zudem widerspreche es auch dem Status einer Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen hat. Für GR Victoria da Costa (Offenes Grünes Forum) sollte man „die Vereine fördern und sie die Festung bespielen lassen“. Denn die Kulturszene sei am Boden, wie sie und Obermüller sagten.

GR Richard Salzburger (VP) zerpflückte emotionsgeladen den Antrag, sprach von einer schleifigen Bearbeitung („Ich

soll aufgrund eines Fresszettels entscheiden“) und stellte den Projektnutzen in Frage. „Man sollte den Antrag noch einmal zurückstellen und mit den Betrieben reden, was sich die davon erwarten.“

Es gab jedoch mehr Befürworter und GR Horst Steiner (Bürgerliste) sah zum Beispiel eine sinnvolle Belebung in einer touristisch schwachen Zeit. Für Vizebürgermeister Hannes Rauch (VP) müsse der TVB jedoch ein Begleitkonzept erstellen, um die Besucher in der Stadt zu halten. SPÖ-GR Alexander Gfäller wiederum erinnerte an die

Möglichkeit, nach einem Jahr die Zahlungen zu stoppen. „Es ist kein Schnellschuss“, erklärte BM Krumschnabel. Das Festival sei seit 2019 vorbereitet und die technische Umsetzung ausgeschrieben worden. Und es werde der Kulturszene kein Geld weggenommen. Kulturreferent Klaus Reitberger (Parteifreie) konnte sich zudem nicht vorstellen, dass ein Verein die Festung bespielen möchte. Er erklärte sich jedoch für befangen. Das aus gutem Grund: Reitberger hat die Geschichte für das Festival geschrieben und dafür, so der Kulturreferent, auch ein angesichts des Aufwands bescheidenes Honorar von 2000 Euro vom TVB kassiert. Aber vom Geld, um das es bei der Sitzung ging, erhalte er nichts mehr, „jegliche weitere Arbeit an der Umsetzung ist kostenlos als Geschenk an unsere schöne Stadt“.

Die breite Mehrheit stimmte der städtischen Finanzspritze zu, die Gegenstimmen kamen nicht nur von OGF und NEOS, sondern auch aus den Fraktionen der VP und der Parteifreien.

**NORZ**  
IHR GOLDSCHMIED SEIT 1764  
www.norzgold.com

# David Alabas Penthouse in Kirchberg wird geprüft

Freizeitwohnsitzverbot: Bürgermeister Helmut Berger bestätigt Ermittlungsverfahren, Alaba soll bereits Stellungnahme abgegeben haben.

Von Peter Nindler

**Innsbruck, Kirchberg** – Das Land Tirol hat in den vergangenen Monaten die Kontrollen bei Freizeitwohnsitzen verschärft. In Gemeinden, in denen bereits acht Prozent aller Immobilien als Ferienwohnsitze gewidmet sind, dürfen sie nicht mehr genehmigt werden. 16.200 erlaubte Freizeitwohnsitze gibt es im Land, rund 10.000 werden illegal genutzt. In Kirchberg im Bezirk Kitzbühel ist die Freizeitwohnsitzquote mit 21 Prozent schon längst ausgeschöpft. Trotzdem wurden in den vergangenen Jahren dort zahlreiche exklusive Wohnanlagen errichtet, die Käufer der Immobilien stammen jedoch selten aus Tirol.

Wie vor drei Jahren an einer der begehrtesten Kirchberger Adressen: Keiner von den neuen Wohnungsbesitzern weist eine Tiroler Heimatadresse auf. Vielmehr haben Immobilienfirmen aus Deutschland oder mit deutschen Gesellschaftern sowie Kunden aus Bayern die Wohnungen erworben. Eine davon David Alaba.

**„David Alaba ist nicht in Kirchberg gemeldet. Wir prüfen generell alle an uns herangetragenen Fälle.“**

Helmut Berger  
(Bürgermeister von Kirchberg)

Der österreichische Fußball-Nationalspieler, der gerade seine Zelte in München abbricht und zu Real Madrid nach Spanien wechselt, hat sich Anfang 2018 in einer neu errichteten Anlage ein Penthouse mit fünf Tiefgaragenplätzen um 3,5 Millionen Euro gekauft. Zugleich verpflichtete er sich in dem Kaufvertrag, dort keinen Freizeitwohnsitz zu errichten. Und der Fußballer nahm „weilers zur Kenntnis, dass er im Streitfall diesbezüglich beweispflichtig ist“. Dieser Fall ist jetzt eingetreten.

Die Sensibilisierung rund um die Freizeitwohnsitzproblematik – das Land plant jetzt sogar ein teilweises Verbot, auch wenn die Quote noch nicht ausgeschöpft wurde – führte im Vorjahr im Bezirk Kitzbühel zu Tausenden Anzeigen. Auch in Kirch-



David Alaba feiert mit seiner Familie – Vater George, Mutter Gina und Schwester Rose May. Ein Familienmitglied soll in Alabas Wohnung in Kirchberg gemeldet sein.

Photo: Imag

berg. Wegen des Verdachts der nicht erlaubten Nutzung wurde die Gemeinde am 15. Juni 2020 damit konfrontiert. Auf der Liste stand, nicht überraschend, besagte Anlage mit Alabas Appartement.

Gegenüber der *Tiroler Tageszeitung* bestätigt der Kirchberger Bürgermeister Helmut Berger, dass ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Es werde dabei geprüft, ob die Wohnungwidmungskonform als Hauptwohnsitz verwendet

wird auch die Benutzung von Alabas Penthouse geprüft. Er muss ja nicht ständig dort wohnen und kann es auch vermieten – doch dann muss zumindest der Mieter seinen ständigen Wohnsitz in Kirchberg anmelden.

„David Alaba hat hier keinen Hauptwohnsitz angemeldet“, sagt Bürgermeister Berger. Eine Stellungnahme habe dieser aber bereits abgegeben. Es soll jedoch ein anderes Familienmitglied in der 380 Quadratmeter großen

Wohnung gemeldet sein. Das Ermittlungsverfahren ist laut Berger noch nicht abgeschlossen, „schlussendlich gelte es viele Fragen zu klären“.

Neben der Hahnenkammstadt Kitzbühel hat sich in den vergangenen Jahren Kirchberg zum Promi-Hotspot entwickelt, die Immobilien- und Grundstückspreise sind gleichsam in die Höhe geschossen. Bei Verwaltungsübertretungen gegen das Freizeitwohnsitzverbot drohen übrigens bis zu 40.000 Euro Strafe.

## Kommentar

### Knautschzone bei Freizeitwohnsitzen

Von Peter Nindler

**A**lle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. So steht es im Artikel 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Damit wäre auch die Debatte über das Problem der Freizeitwohnsitze in Tirol rasch beendet. Es gibt klare Richtlinien, was erlaubt oder verboten ist. Doch leider besteht zwischen dem gesetzlichen Rahmen, der Auslegung und den Entscheidungen der Behörden – von den Gemeinden bis zu den Höchstgerichten – eine Knautschzone. Und da liegt auf gut Tirolerisch „der Hund begraben“.

In den Gunstlagen dürfen vielerorts keine neuen Freizeitwohnsitze errichtet werden, weil ihre Anzahl (Quote) bereits ausgeschöpft bzw. sogar weit überschritten ist. Aber gerade dort wollen sich die großteils finanzstarken Tirol-Liebhaber ansiedeln. Kann man es ihnen verübeln, wenn der Bergdoktor mit dem wunderschönen Panorama rund um den „Wilden Kaiser“ in die Wohnzimmer flimmert? Spe-

ziell die Regionen Kitzbühel, Seefeld oder St. Anton sind so etwas wie die zweite Heimat der Bayern. Und sie sind natürlich herzlich willkommen. Allerdings werden dadurch nicht selten die strengen Bodengesetze ausgehebelt und die Grundstückspreise nach oben getrieben. Immobilienfirmen und -entwickler schürfen Jahr für Jahr in Tirol nach Betongold. Tiroler Jungfamilien können da nicht mehr mithalten.

Ob Arbeits- oder Firmenwohnsitz, untervermietet und als Appartement in einem touristischen Investorenmodell genutzt: Vieles ist bei versteckten Freizeitwohnsitzen als Rechtfertigung möglich, beinahe gar nichts unmöglich. Und das Gesetz? Die Politik muss sich endlich entscheiden, ob sie es mit allen Konsequenzen vollziehen will – aber dann wirklich. Oder angesichts ohnehin lascher und schwieriger bis aussichtsloser Kontrollen mit allen Folgen liberalisiert.

peter.nindler@t.com



# Bis zu 2200

Mit einer Leerstandsabgabe will Tirol gegen Wohnungsspekulation vorgehen. Ab Ende 2021 soll es bereits so weit sein.

**Innsbruck, Lans** – Bei der schwarz-grünen Mini-klausur zum leistbaren Wohnen Dienstag und Mittwoch in Lans gab es eigentlich nichts mehr zu verhandeln. Landeshauptmann Günther Platter (VP) forderte im Vorfeld Machbares, die Grünen einen Verkaufserfolg. Das Ergebnis: Die



„Der Großteil der Maßnahmen wird noch in diesem Jahr umgesetzt. Wohnen in Tirol soll leistbarer werden.“

Günther Platter/VP (Landeshauptmann) Foto: Pösch

Voraussetzungen für die Leerstandsabgabe werden geschaffen. Damit wird einem langgehegten Wunsch der Grünen entsprochen, schließlich

sollen allein in Innsbruck 3000 Wohneinheiten leer stehen. Laut Raumordnungs-LR Hannes Tratter (VP) könnte sich die Höhe der Abgabe je nach Wohnungsgröße zwischen 100 und 2200 Euro bewegen, als Orientierungshilfe dient dabei die seit dem Vorjahr geltende Freizeitwohnsitzabgabe.

Apropos Tratter: Er machte klar, dass vor allem die Gemeinden am Zug wären. Der sanfte Druck wird deshalb weiter erhöht. Zeitlich befristete Bausperren müssen künftig von den Gemeinden geprüft werden, wenn der Baulandüberhang zu groß ist. Tratter ließ bereits in den vergangenen Jahren an vielen Stellschrauben drehen, der Spagat zwischen Gemeindeautonomie und Landesinteressen bleibt jedoch. Aber: „Als Aufsichtsbehörde werden wir noch genauer auf die Widmungspolitik achten.“ Schließlich gebe es schon jetzt zahlreiche Instrumente.

Wohnbauandesrätin

# € Steuer auf leere Wohnungen



24 neue Maßnahmen in der Wohnbauförderung und in der Bodenpolitik sollen mehr leistbaren Wohnbau in Tirol ermöglichen. Foto: Dählmed

Beate Palfrader (ÖVP) wiederum kann 47 Mio. Euro zusätzlich in ein Paket für „Junges Wohnen“, eine verbesserte Wohnbeihilfe, in die Senkung des Baurechtszins für Mieter oder Erleichterungen bei der Mietbelastung investieren. Was den längst notwendigen Studenten-campus in Innsbruck betrifft, ist ihre Haltung klar. „Die Stadt Innsbruck ist am Zug, 50 Millionen Euro stehen für studentisches Wohnen bereit.“

Regelungen im Grundverkehr, damit in Tirol erworbene Immobilien tatsächlich für ganzjähriges Wohnen genutzt werden, sind verfassungs- und EU-rechtlich stets eine Gratwanderung. „Trotzdem werden wir wieder eine generelle Erklärungs-pflicht einführen“, betont der zuständige Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP). Wer kauft, muss bestätigen, dass er das Haus oder die Woh-

nung nicht als Freizeitwohnsitz verwendet. Und die Interessentenstellung der Gemeinden wird hinsichtlich des Landeskultur- und des Bodenfonds erweitert, damit sie ebenfalls Grünland kaufen können.

Die grüne Landeshauptmannstellvertreterin Ingrid Felipe freut sich naturgemäß über die Leerstandsabgabe, die bis Ende des Jahres realisiert werden soll und damit auch ihrem Parteikolle-

gen und Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi für dessen vielfach torpedierte Bemühungen eine Rut-sche legt. Andererseits wird sie als Umwelt- und Naturschutzreferentin darauf achten, dass bodensparend gebaut und nicht in Schutzgebiete „gewidmet“ wird.

Der Landeshauptmann bildete schlussendlich die Klammer. Es gebe keine Generallösung, aber die Landesregierung werde an allen zur Verfügung

stehenden Schrauben drehen. Das wird auch notwendig sein: In der 17-Umfrage zum Jahresbeginn erklärten 75 Prozent der Befragten einmal mehr, dass leistbares Wohnen das dringlichste Anliegen sei, welches von der Politik (noch) stärkere Berücksichtigung finden müsse. Insbesondere die Gruppe der 31- bis 50-Jährigen (80 Prozent) fordert mutige Schritte.

Das Mittwoch-präsentierte Wohnpaket findet naturgemäß in der schwarz-grünen Koalition Zustimmung. Für den grünen Wohnbausprecher Michael Mingler wird mit der Leerstandsabgabe die Verschwendung von wertvollem Wohnraum eingedämmt, die Anpassung der Mietzinsbeihilfe bezeichnet er als wichtige soziale Abfederung. VP-LA Dominik Mainusch unterstützt das „umfangreiche Paket“, das 24 Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, des Grundverkehrs und der Wohnbauförderung vorsehe.

Weniger schmeichelhaft fällt das Restimee der Opposition aus: Es handle sich um ein Paket mit Überschriften, Ankündigungen und Absichtserklärungen, sagt Liste-Fritz-Mandatar Markus Sint. (pn)

TIROLER TAGESZEITUNG

4.6.2021

36.2021

## +++ Wohnpaket 2021 +++

**Wohnbauförderung:** 47 Millionen Euro werden u. a. von der Wohnbauförderung zusätzlich für ein „Paket Junges Wohnen“ aufgewendet: Erleichterung des Eigentums mit neuer „Subjektförderung light“, neue Förderung „Zuschuss Junges Wohnen“, neues Modell „Starterwohnungen“ (Basis: Modell 5-Euro-Wohnen) und Erhöhung des Fördersatzes für Heime um 600 Euro auf 1600 Euro pro Quadratmeter.

**Flexibilisierung der Tiroler Wohnbauförderung:** Wegen stark steigender Baukosten infolge der Covid-Krise dürfen bei Bauvorhaben mit zwei oder mehr freistehenden Gebäuden die Gesamtbaukosten künftig um fünf Prozent angehoben werden. Bei besonderen Erschwernissen ist eine Kostenhöhung um 15. statt zehn Prozent möglich, bei ökologisch vorteilhaften Baustoffen eine Kosten-

erhöhung um acht statt vier Prozent.

**Studentisches Wohnen:** Sechs Projekte befinden sich dazu in der Landeshauptstadt Innsbruck bereits in der Umsetzungsphase. Für studentisches Wohnen wurden vom Land Tirol 50 Millionen Euro reserviert.

**Spekulation im geförderten Wohnbau verhindern:** Es soll ein Gutachten in Auftrag gegeben werden, um den Handlungsspielraum für das Land Tirol auszuloten, um Spekulation im geförderten Wohnbau zu verhindern und eine längere Preisbindung von wohnbaugeförderten Immobilien sicherzustellen.

**Partielles Freizeitwohn-sitzverbot:** Dort, wo in den Tiroler Gemeinden Sonderflächenwidmungen für geförderten Wohnbau benötigt werden, wird eine Genehmigung neuer Freizeitwohnsitze nicht mehr möglich sein.

Auch wenn die Quote von möglichen Freizeitwohnsitzen von acht Prozent noch nicht ausgeschöpft wurde.

**Prüfung von Bauverboten.** Im Zuge der Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzepts in den Gemeinden sollen alle unbebauten gewidmeten Flächen beurteilt werden. Schließlich werden in Tirol seit Jahrzehnten rund 3000 Hektar an Baulandreserven gehortet und somit einer Bebauung entzogen. Mit zeitlich befristeten Bausperren des Überhangs will man diesen mobilisieren, bevor neu gewidmet wird.

**Erklärungspflicht im Baulandgrundverkehr:** Die Wiedereinführung der Erklärungspflicht bei Rechtserwerben an allen Immobilien wird umgesetzt, um gegen illegale Freizeitwohnsitznutzungen bis hin zur Versteigerung vorgehen zu können. Dadurch soll die Immobilie oder das Baulandgrundstück wieder auf den Markt gebracht werden.

**Stärkung der Rolle des Tiroler Bodenfonds:** Als Instrument zur Verwirklichung der örtlichen Raumordnungsziele wird dem Bodenfonds die Möglichkeit eingeräumt, Grundflächen, die nicht umgehend einer Bebauung zugeführt werden, zu erwerben.



Baugründe in Tirol sind knapp und deshalb teuer.

Foto: Imago

# Preis-Wahn Wohnen:

Das zweite Wohnpaket nach 2019 präsentierte gestern die schwarz-grüne Landesregierung in Innsbruck 24 konkrete Maßnahmen sollen die schlimmsten Auswüchse beim Wohnen in Tirol künftig verhindern. Geplant ist unter anderem eine Leerstandsabgabe. Der gesetzliche Rahmen soll bis zum Jahresende stehen.

„Wir nutzen jeden Hebel“. „Wir drehen an allen Stellschrauben“. Die Landesregierung mit LH Günther Platter vermittelte gestern Entschlossenheit, die davongaloppierenden Wohnkosten einzufangen.

Für einige Diskussionen wird die geplante Leerstandserhebung mit anschließender -abgabe sorgen. „Dafür sind einige Gesetzesänderungen nötig, zum Beispiel die Türnummernverordnung“, erläuterte Raumordnungs-LR Johannes Tratter. Bis Ende des Jahres soll der rechtliche Rahmen stehen. Eine brisante Materie: Der Verfassungsgerichtshof hat einen Versuch der Bundeshauptstadt Wien bereits einmal gekippt. Tratter will prüfen, warum es bei den

## Bemühen kommt um Jahre zu spät

Man darf der Landesregierung wohl ehrliches Bemühen attestieren, die Problematik der explodierenden Wohnkosten in Tirol lösen zu wollen. Nur: Dieses Bemühen kommt um Jahre zu spät. Das zeigt sich am Leerstand. Im Ländle gibt es das „Sichere Ver-



LH Günther Platter präsentierte das zweite Wohnpaket

# Leerstand soll etwas kosten

Baukosten ein West-Ost-Gefälle gibt. Im Paket finden sich einige Punkte, bei denen die Gemeinden schlucken werden:

- In einigen Regionen soll es ein „partielles Freizeitwohnsitz-Verbot“ geben;
- Gemeinderäte sind künftig bei Umwidmungen zur Prüfung der Eigentumsverhältnisse der Widmungswerber verpflichtet;
- Weiters Verpflichtung der Gemeinden zur Prüfung von Bauverboten: Alle unbebauten, gewidmeten Flächen

sollen beurteilt werden.

➤ Für Gemeindeorgane soll es Schulungen in Raumordnungsfragen geben. Tratter betonte, dass alle Punkte des Vorgänger-Wohnpaketes 2019 umgesetzt wurden, „und auch da waren einige Brocken dabei“.

## Was Paket Familien und Alleinerziehenden bringt

Wohnbau-Landesrätin Beate Palfrader rechnete vor, dass das Wohnpaket Familien und Alleinerziehenden bares Geld beim Im-

mobilienkauf bringt – und zwar bis zu 18.000 Euro Zuschuss bei der „Subjektförderung light“ – neben einigen anderen Punkten der Wohnbauförderung. Hier soll es eine Glättung der Mietpreiskurve geben: „Ziel ist es, die Mietbelastung noch gleichmäßiger über die Laufzeit zu verteilen.“

„Wir haben einen immens hohen Druck beim Wohnen“, betonte LH Platter: „Wir würden uns alle einen großen Befreiungsschlag wünschen. Der Bereich ist so komplex wie wenige andere. Wer hier einfache Lösungen verspricht, ist nicht ehrlich zu den Menschen“, sagte Platter. Philipp Neuner

mieten“, das nun bei uns bis Jahresende beschlossen werden soll, bereits seit knapp zehn Jahren. Noch vor fünf Jahren hieß es, der Aufwand stünde in keiner Relation zum erzielbaren Ergebnis. Und wenn LR Tratter verkündet, dass sich die Leerstandsabgabe in etwa in Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe bewegen wird, ist kaum davon auszugehen, dass deswegen

in den großen Investment-Gesellschaften das große Zittern ausbricht, weil ihr Betongold plötzlich unrentabel wird. Was wäre, wenn das Paket schon vor Jahren beschlossen worden wäre? Mit Sicherheit würden sich in der Zwischenzeit positive Effekte bemerkbar gemacht haben und die Preissprünge wären vielleicht nicht ganz so heftig ausgefallen. Ph. Neuner



In Innsbruck stehen laut Erhebungen 2000 Wohnungen leer

KRONEN ZEITUNG

3 6 2021





**Sebastian Kolland**  
Mitglied des Bundesrats, Ebbs

## Wenn Wohnen zum Luxus wird

Es gibt kaum einen Bereich, auf den ich abseits von Corona so oft angesprochen werde, wie auf das Thema Wohnen. Die Immobilien- und Grundstückspreise entwickeln sich auch in unserer Region in einer Dynamik, die es jungen Menschen zunehmend unmöglich macht, sich Eigentum aufzubauen. Wenn das Grundrecht Wohnen zum Luxus wird, hat die Politik die Pflicht energisch gegenzusteuern. Die europäische Kapital- und Personenfreizügigkeit, die wir im Grunde alle sehr schätzen, ist in der Wohnbaupolitik ein Problem. Chaletdörfer, Investorenmodelle und illegale Freizeitwohnsitze verknappen das in Tirol ohnehin begrenzte Grundstücksangebot weiter und treiben den Preis nach oben. Um solche Auswüchse einzudämmen, müssen wir bereit sein, rechtlich an die Grenzen zu gehen. Aber auch in den Gemeinden müssen wir unsere Hausaufgaben machen – das sage ich als Vizebürgermeister von Ebbs durchaus auch selbstkritisch. Mit der Vertragsraumordnung oder der Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau haben wir auf kommunaler Ebene schon jetzt Instrumente in der Hand, um einzugreifen. Manche Faktoren, wie die europäische Niedrigzinspolitik, die dazu führt, dass Kapital in hohem Maße in Immobilien fließt, können wir nicht beeinflussen. Aber dort, wo wir die Möglichkeit haben, müssen wir entschlossen handeln.

DUFSTEIN BICK 2.6.2021

Ich freue mich über Meinungen, Anregungen und auch Kritik an [sebastian.kolland@parlament.gv.at](mailto:sebastian.kolland@parlament.gv.at)

# Volle

**Der grenzüberschreitende Ausflugsbus im Euregio Inntal-Raum startete bereits am 22. Mai in die Saison.**

**MAGDALENA GREGLER**

BEZIRK. Nach der langen „De-Facto“-Grenzschließung zwischen Bayern und Tirol freuten sich Euregio Inntal-Präsident Walter J. Mayr und die beiden Geschäftsführer der RoVG, Hans Zagler und Oliver Kirchner (Land Tirol), nun besonders auf diesen Saisonstart.

## **Zum 5. Mal**

Bereits zum 5. Mal verbindet der grenzüberschreitende Ausflugsbus in den Sommermonaten seit 22. Mai bis voraussichtlich 3. Oktober die Gemeinden Bernau, Aschau, Ebbs, Niederdorf und Oberaudorf.

# (Bus)Fahrt voraus

## **Die Finanzierung**

Finanziert wird der Bus von den Gemeinden Bernau, Aschau und Oberaudorf sowie dem Landkreis Rosenheim (RoVG), dem Tourismusverband Kufsteinerland und dem Verkehrsverbund Tirol. Sowohl Gäste als auch Einheimische bekommen so die Möglichkeit, Ausflugsziele im Sommer einfach und unkompliziert mit dem Bus anzusteuern. Das Besondere – an den Grenzen stoßen die Reisenden auf „keine Grenzen“. Mit der Gästekarte der beteiligten Gemeinden ist der Bus noch dazu kostenlos. Das attraktive Linienangebot mit der Streckenführung Chiemseepark, Bernau-Felden, Bernau, Aschau, Sackring, Ebbs, Niederdorf und Oberaudorf kann von Montag bis Sonntag und auch an Feiertagen genutzt werden. Also volle Fahrt voraus!



**Die Gemeinden Bernau, Aschau, Ebbs, Niederdorf und Oberaudorf verbindet der grenzüberschreitende Ausflugsbus.**

Foto: Pixabay

## **Corona-Vorschriften**

Fahrgäste, die in Tirol aussteigen wollen, müssen einen negativen Test vorweisen und derzeit noch ein Einreiseformular ausfüllen. Aber diese Regelung wird vermutlich in absehbarer Zeit durch eine 24-Stunden-Aufenthaltsregel mit erheblichen Vereinfachun-

gen abgelöst. Die Fahrgäste aus und nach Tirol / Bayern sind für die Einhaltung der Vorschriften selbst verantwortlich.

**Die aktuellsten Meldungen aus dem Bezirk finden Sie Online unter:**

**[www.meinbezirk.at/kufstein](http://www.meinbezirk.at/kufstein)**

# Naturerlebnis Kaisergebirge startet mit neuem Weg in die Saison

Der Kaiserlift Kufstein startet mit einem neuen Highlight in die Sommersaison: dem Naturerlebnisweg nahe der Mittelstation des Einzelsessellifts. An 14 interaktiven Stationen können große und kleine Gäste selbst zu einem Schmetterling werden, Tierspuren im Wald entdecken oder in einer überdimensionalen Bienenwabe verweilen. Dadurch soll die Wertigkeit der Natur und der Tierwelt unter der mächtigen Kulisse des Kaisergebirges im Naturschutzgebiet aufgezeigt werden.

Der neue Naturerlebnisweg startet bei der Mittelstation Duxer Alm und führt über einen neu errichteten Steig beim Hohlweg zum Gasthof Hinterdux. Entlang des Weges wurden themenbezogene Erlebnisstationen integriert. „Das Naturschutzgebiet Kaisergebirge zeichnet sich durch seine vielfältige Flora und Fauna in einzigartiger Naturkulisse aus. Einige der Stars des Kaisergebirges wie die Schneerose, verschiedene Arten von Schmetterlingen, aber auch Wildbienen und Tierspuren werden im neuen Naturerlebnisweg interaktiv dargestellt“, so Philipp Larch, der als Schutzgebietsbetreuer mit seinem Know-How bei der Planung unterstützte. Spielerische Elemente runden das familienfreundliche Angebot ab und machen den neuen Naturerlebnisweg zum Highlight für kleine und große Entdeckerinnen und Entdecker.

## Ein Erlebnis rund um die Biene

Der zweite Abschnitt des Naturerlebnisweges startet unterhalb des Gasthauses Hinterdux und ist dem Thema „Erlebnis



V. l.: Markus Atzl (GF Stadtwerke Kufstein), Martin Tschurtschenthaier (Stadtwerke Kufstein), Sabine Mair (GF TVB Kufsteinerland) sowie Georg Hörhager (Obmann TVB Kufsteinerland) Foto: Sven Roscher

Biene“ gewidmet. Dieser Abschnitt wurde in Kooperation mit dem Kufsteiner Imkerverein „Biene Kufstein“ errichtet. Neben den spielerischen Stationen vermitteln Informationstafeln, wie wichtig die Wild- und Honigbienen für Mensch und Natur sind.

Bei der Marienkapelle am Duxer Köpfl angekommen erwartet alle Naturfreunde zum Abschluss noch ein atemberaubendes Panorama über die Festungsstadt Kufstein. Von hier aus bestehen die Möglichkeiten, entspannt ins Tal zurückzuwandern oder zur Mittelstation zu spazieren.

„Pünktlich zum Re-Start des Tourismus in Österreich präsentieren wir eine neue Inszenierung am Kaiserlift. Gerade die Natur-Nähe der Stadt Kufstein und den Umlandgemeinden ist ein großer Vorteil der Region in Zeiten in denen Gäste nach Abgeschiedenheit suchen. Hier kann das Kufsteinerland mit einer großen Angebotsvielfalt aufwarten“, so TVB Obmann Georg Hörhager. Dies bekräftigt Sabine Mair, GF des TVB: „In den letzten Jahren haben wir mit einer umfassenden Infrastruktur-Offensive den Aufenthalt für den Gast Stück für Stück sicherer und spannender gemacht. Dabei

waren der achtsame und bewusste Umgang mit der Natur Herzstück in der Planung und Umsetzung. Dieser neue Weg ist ein weiteres Puzzlestück im Ausbau der touristischen Marke Kufsteinerland.“

„Der Kaiserlift ist die einzige

Aufstiegshilfe ins Naturerlebnis Kaisergebirge, beliebtes Ausflugsziel und Erholungsort für Einheimische und Touristen. Das schöne Kaisergebirge wird dabei aber oft nur erwandert, obwohl es so viel mehr zu entdecken gibt. Genau diese Vielfalt wollen wir mit dem neuen Naturerlebnisweg aufzeigen“, so Markus Atzl, GF der Stadtwerke Kufstein, abschließend.

## Lust auf eine Entdeckungstour?

Die familienfreundliche Wanderung nimmt dabei rund 1,5 Stunden Zeit in Anspruch. Der Kaiserlift Kufstein ist durchgehend bis zum 7. November 2021 von 8.30 bis 16.30 Uhr in Betrieb.

**Globale Corona-Zahlen**

**ÖSTERREICH** (8,9 Mio. Einwohner)

Infierte ges.:	639.054	+899
Derzeit positiv:	9.754	+896
Todesfälle:	10.508	+9
Testungen:	9.701.473	+105.995
Genesen:	618.792	-6

**DEUTSCHLAND** (82,8 Mio.)

Infierte ges.:	3.618.314	+8402
Derzeit positiv:	190.710	-11.059
Todesfälle:	87.204	+261
Testungen:	58.093.759	k.A.

**FRANKREICH** (67 Mio.)

Infierte ges.:	5.898.347	+17.210
Derzeit positiv:	k.A.	k.A.
Todesfälle:	108.040	+228
Testungen:	81.932.887	+238.824

**GROSSBRITANNIEN** (66,4 Mio.)

Infierte ges.:	4.452.527	k.A.
Derzeit positiv:	40.818	-4987
Todesfälle:	127.694	k.A.
Testungen:	172.256.865	+2.100.694

**ITALIEN** (60,5 Mio.)

Infierte ges.:	4.172.525	+5500
Derzeit positiv:	306.730	-8578
Todesfälle:	124.646	+149
Testungen:	63.571.711	+287.256

**KROATIEN** (4,1 Mio.)

Infierte ges.:	351.997	+1000
Derzeit positiv:	5.223	+352
Todesfälle:	7792	+27
Testungen:	1.946.021	+8426

**SCHWEDEN** (10,2 Mio.)

Infierte ges.:	1.051.762	+4619
Derzeit positiv:	k.A.	k.A.
Todesfälle:	14.349	+48
Testungen:	9.461.745	k.A.

**SCHWEIZ** (8,6 Mio.)

Infierte ges.:	684.954	+1554
Derzeit positiv:	47.610	-3348
Todesfälle:	10.755	+8
Testungen:	7.390.415	+29.873

**SLOWENIEN** (2,1 Mio.)

Infierte ges.:	250.453	+532
Derzeit positiv:	6.673	-398
Todesfälle:	4338	+5
Testungen:	1.240.948	+3369

**SPANIEN** (46,7 Mio.)

Infierte ges.:	3.619.848	+3.988
Derzeit positiv:	198.322	-4519
Todesfälle:	79.502	+70
Testungen:	48.928.535	k.A.

**TSCHECHIEN** (10,7 Mio.)

Infierte ges.:	1.655.414	+1195
Derzeit positiv:	23.348	-1057
Todesfälle:	29.948	+15
Testungen:	22.005.586	+303.967

**UNGARN** (9,8 Mio.)

Infierte ges.:	799.588	+633
Derzeit positiv:	k.A.	k.A.
Todesfälle:	29.329	+52
Testungen:	5.670.793	+14.662

**USA** (327,2 Mio.)

Infierte ges.:	33.777.624	+27.122
Derzeit positiv:	k.A.	k.A.
Todesfälle:	601.413	+804
Testungen:	468.131.555	+881.138

Stand: 19. 5. 2021 im Vergleich zum Vortag

# Grüner Pass kommt mit großer Datensammlung

Ab 4. Juni soll das elektronische System auf nationaler Ebene kommen. Kritiker sehen dabei aber Arg Datenschutz-Probleme.

Mit dem Grünen Pass soll u. a. der 3-G-Nachweis – getestet, genesen, geimpft – via QR-Code möglich werden oder auch grenzenloses Reisen. Das Gesundheitsministerium hat dazu eine Novelle des Epidemie- und Covid-Maßnahmegesetzes erarbeitet. Darin ist aber auch eine Datensammlung fast aller Bürger vorgesehen: Die im Zuge der elektronischen Gesundheitsakte ELGA vorgenommenen Impfungen sollen in das Epidemiologische Meldesystem (EMS) kopiert werden. Damit würden dort Covid-19-Erkrankte und Geimpfte zusammengeführt und so fast

die ganze Bevölkerung abgebildet. Was dazukommt: Im Register sollen aktuelle und historische Daten über Erwerbsleben, Einkommen, etwaige Arbeitslosigkeiten, Bildungsweg, Reha-Aufenthalte und Krankenstände der einzelnen Personen verbunden werden. **Datenschützer drohen mit Verfassungsklage** In der Novelle finden sich auch Verordnungsmöglichkeiten für den Minister, mit der er noch weitere Register zur Datenzusammenführung bestimmen könnte. Es sei hier zwar generell eine Pseudonymisierung

angedacht: Die ist aber „gänzlich wirkungslos, da Menschen anhand der Kombination der Merkmale in dieser Datenbank eindeutig identifizierbar werden“, warnt die Grundrechtsplattform „epicenter.works“ und droht mit einer Verfassungsklage. Das Ministerium erklärt dazu, dass in der Pandemie klar geworden sei, dass oftmals Daten für optimale Maßnahmen fehlten. Damit soll ein „effektives Pandemie-Management“ geschaffen werden. Wo Datenschutzbedenken sind, werde man das prüfen, aber „ich gehe davon aus, dass die Daten zentral im Gesundheitsministerium gut aufgehoben sind“, so Minister Wolfgang Mückstein. Eine Überarbeitung des Entwurfs fordern u. a. auch FPÖ und Neos.

Grenzenloser Urlaub mit dem Grünen Pass.



Fotos: www.wienreport.at/Lionel Urman

/// RUND UM DAS VIRUS /// RUND UM DAS VIRUS /// RUND UM DAS VIRUS ///

**Registrieren bei der Einreise ist Pflicht!**

Ob an den Gardasee, München oder Kurtatsch an der Südtiroler Weinstraße: Trotz der Reiseerleichterungen – 3-G-Regel und Wegfall der Quarantäne – muss man sich bei der Einreise nach Tirol wie bisher elektronisch registrieren.

Darauf verweist das Land Tirol. Die kann unter <https://entry.ptc.gv.at/> frühestens 72 Stunden vor Einreise erfolgen. Pendler müssen sie alle 28 Tage erneuern. „Ausgenommen sind ausschließlich Durchreisende oder der Transit“, betont Elmar Rizzoli, Leiter des Einsatzstabes Corona im Tiroler Landhaus.

**Covid-Medikament aus Österreich**

Das von Genetiker Josef Penninger (Apeiron) entwickelte Covid-19-Medikament APN01 wird im Zuge einer großen US-Studie auf dessen Schutzwirkung vor schwerem Krankheitsverlauf getestet. Die Ergebnisse sind vielversprechend.



# Schritt für Schritt zurück zur Normalität.

Ab 19. Mai können wir vorsichtig und mit Sicherheitsvorkehrungen die ersten Öffnungsschritte setzen. Wir im Parlament haben die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen:

## Gastronomie & Tourismus



Gäste müssen sich namentlich registrieren und benötigen für den Zutritt einen negativen Covid-Test, ein Impfzertifikat oder einen Genesungsnachweis. Es gilt – außer am eigenen Tisch – FFP2-Maskenpflicht. Sperrstunde ist vorerst 22 Uhr. In Innenbereichen sind maximal vier Erwachsene mit bis zu sechs minderjährigen Kindern pro Tisch erlaubt, in Außenbereichen maximal zehn Erwachsene mit bis zu zehn minderjährigen Kindern.

## Sport



In Indoor-Bereichen ist eine Registrierung verpflichtend und es gilt die 20 Quadratmeter-Regelung. In nicht-öffentlichen Sportstätten ist ein negativer Covid-Test, ein Impfzertifikat oder ein Genesungsnachweis notwendig. Es gilt – außer bei der Sportausübung und beim Duschen – FFP2-Maskenpflicht. Zu anderen Personen ist ein Abstand von zwei Metern einzuhalten, der bei Kontaktsportarten kurzfristig unterschritten werden kann. In nicht-öffentlichen Sportstätten können Sportarten in der für den jeweiligen Sport üblichen Gruppengröße ausgeübt werden. Auch bei der Ausübung von Kontakt- und Mannschaftssport ist ein negativer Covid-Test, ein Impfzertifikat oder ein Genesungsnachweis verpflichtend.

## Kultur & Veranstaltungen



Veranstaltungen ab elf Personen sind behördlich anzeigepflichtig, ab 51 Personen ist auch eine Genehmigung der Gesundheitsbehörde nötig. Bei Veranstaltungen mit zugewiesenen Sitzplätzen sind outdoor maximal 3.000 und indoor maximal 1.500 Personen zugelassen. Veranstaltungsorte mit fixen Sitzplätzen dürfen maximal zu 50 Prozent ausgelastet werden, ohne fixe Sitzplätze maximal mit 50 Personen. Auch bei Veranstaltungen gibt es die Pflicht, sich zu registrieren, und grundsätzlich sind FFP2-Masken zu tragen.

## Blasmusik & Chöre



Blasmusikkapellen und Chöre dürfen outdoor bis zu einer Größe von 50 Personen auftreten. Indoor müssen pro Person 20 Quadratmeter zur Verfügung stehen, außerdem ist ein negativer Test, ein Impfzertifikat oder ein Genesungsnachweis nötig.

**Mit Disziplin und Ausdauer werden wir bald weitere  
Öffnungsschritte setzen können. Bleiben Sie gesund!**



**Josef Hechenberger**  
Abgeordneter zum Nationalrat



**Sebastian Kolland**  
Bundesrat

# Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt

„sommer:KIK“ bietet auch dieses Jahr wieder ein spannendes Ferienprogramm rund um Kufstein.

MAGDALENA GREDLER

BEZIRK. Die Kids bekommen zwischen 26. Juni und 20. August viel Gelegenheit, sich kreativ zu entfalten. In insgesamt 14 Workshops ist für jeden etwas dabei. Das Angebot reicht von Malerei, Siebdruck, Collagen, Maskenbau, einer Natur- und Tonwerkstatt, Tanz, Theater und Musik, Architektur und Handwerk, Schreibwerkstatt, Re- und Upcycling, Trickfilmen, Skateboard bis hin zur Imkerwerkstatt. All das gibt es dieses Jahr beim „sommer:KIK“ in Kufstein und Umgebung. Jeweils bis zu einer Woche lang werden in den verschiedenen Workshops die Ziele gemeinsam erarbeitet. Als Abschluss werden die Ergebnisse präsentiert. Die jeweiligen Kursbeiträge liegen zwischen 12 und 55 Euro. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

## Über „sommer:KIK“

Die Idee zu „sommer:KIK“ entwickelte Birgit Obermüller, Obfrau des Bildungsausschusses und Direktorin der Volksschule Kufstein/Zell. Mit Andrea Achrainger wurde die Vision dann in einem konkreten und vielfältigen Workshop-Programm ausgearbeitet und umgesetzt. Die 14 Kurse bieten den Kin-



Andrea Silberberger (KUUSK), Ina Hsu (Künstlerin Plakat), Birgit Obermüller (Integrationsausschuss), Andrea Achrainger (Projektleiterin) (v.l.).

Foto: Gredler

dern und Jugendlichen eine spannende Entdeckungsreise rund um Kunst, Kultur und Kreativität. Dabei geht es den Initiatoren darum, Talente und Fähigkeiten, die alle Kinder in sich tragen, zu entdecken und zu fördern. Entscheidend ist für die Verantwortlichen, dass sich die Kinder und Jugendlichen bis zu einer Woche lang einem bestimmten Thema widmen können. Zudem sei es auch wichtig, dass Experten auf dem jeweiligen Gebiet die Workshops leiten. „Junge Leute arbeiten miteinander, lernen voneinander und schaffen damit ein kreatives Umfeld und erfahren ein offenes und respektvolles Miteinander“, heißt es von Seiten der Organisatoren.

## Förderung und Stipendium

„sommer:KIK“ ist ein EU-Leader-Projekt und wird unter anderem mit Fördergeldern der EU unterstützt. Workshops finden nicht nur in Kufstein,

sondern auch in den Nachbargemeinden statt und Kinder und Jugendliche aller zwölf KUUSK-Gemeinden können an allen Kursen teilnehmen. Eines ist den Verantwortlichen aber besonders wichtig: „Alle Kinder und Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, 'sommer:KIK' zu besuchen – unabhängig von der finanziellen Lage der Eltern. Daher gibt es auch heuer wieder das Kreativstipendium, zur Verfügung gestellt von den Kufsteiner Serviceclubs. Unter einer bestimmten Familien-Netto-Einkommensgrenze werden die Kosten für die Teilnahme übernommen.“

Die Durchführung der Workshops wird höchstwahrscheinlich aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen mit Maske und/oder mit einem Covid-19-Test verbunden sein. Sollte „sommer:KIK“ durch die Corona-Pandemie abgesagt werden, wird der volle Betrag rückerstattet.

# Kufstein ist Kokain-Hauptstadt

TT, 19.05.2021

In keiner österreichischen Gemeinde wurden 2020 mehr Kokainrückstände gemessen als in der Festungsstadt. Das ergaben Abwasseranalysen der Gerichtsmedizin.

Von Thomas Hörmann

**Innsbruck** – Die Abwässer in den Kläranlagen – für den Chemiker Herbert Oberacher von der Innsbrucker Gerichtsmedizin ein Spiegel der Gesellschaft. So zeigen die chemischen Analysen seines Teams deutlich, welche legalen und illegalen Drogen wann, wo und in welchem Ausmaß konsumiert werden. Für das Vorjahr führten die Untersuchungen zu einigen bemerkenswerten Erkenntnissen. Etwa, dass die Drogenhauptstadt Tirols nicht Innsbruck, sondern Kufstein heißt. Sorgenfalten bereitet aber auch die Zunahme von Metamphetamin in den Abwässern. Ein Hinweis darauf, dass die Crystal-Meth-Seuche aus den USA und Osteuropa auch in Österreich und Tirol auf dem Vormarsch ist. Oberacher stellte weiters fest, dass der erste Lockdown nicht nur wirksam gegen Covid war: Auch der Konsum von Partydrogen ging zurück.

Die Ergebnisse aus neun österreichischen (davon vier Tiroler) Kläranlagen im Detail: In den Kufsteiner Abwässern stellten die Chemiker im Vorjahr die höchste Konzentration bei Kokain- und Ecstasy-Rückständen fest. Damit liegt die 20.000-Einwohner-Gemeinde noch vor deutlich größeren Städten wie Innsbruck oder Graz. Beim Cannabis belegt Kufstein Rang drei im Österreich-Ranking – knapp hinter der Tiroler Landeshauptstadt, die beim Haschischkonsum noch vor Kapfenberg (Steiermark) an der Spitze liegt. Abgeschlagen sind die Tiroler Gemeinden nur beim Amphetamin. Die Substanz, die im Aufputschmittel Speed enthalten ist, wird in Ostösterreich häufig konsumiert. Für Obera-



Das Abwasser aus dem Innsbrucker Klärwerk verrät, welche Suchtmittel konsumiert werden.

Foto: IWB

cher keine Überraschung: „Europa ist bei den Drogen zweigeteilt. Im Westen dominiert Kokain, im Nordosten Amphetamin. Die Trennlinie zieht sich mitten durch Österreich.“

Die ebenfalls analysierten Abwässer von Hall und Strass im Zillertal bestätigen im Gegensatz zu Kufstein die These, dass illegale Drogen im ländlichen Raum seltener konsumiert werden als im urbanen Bereich. Die Konzentration von Cannabis, Kokain, Ecstasy und Amphetamin ist durchwegs geringer als in Innsbruck oder in der Festungsstadt. Mit einer Ausnah-

me: Bei den Crystal-Meth-Rückständen führt Strass die Tiroler Rangliste an.

Oberacher und sein Team analysierten auch Abwasser-Proben aus Bozen. Das Ergebnis: Die Südtiroler Hauptstadt kann nur beim Kokainkonsum mit Innsbruck und Kufstein mithalten. Cannabis und Co. sind allerdings weniger verbreitet.

Die Tests der Innsbrucker Gerichtsmedizin sind Teil eines Großprojekts, bei dem die Abwässer von insgesamt 99 europäischen Städten bzw. Regionen untersucht werden. Im internationalen Vergleich ist der Drogenkonsum in Ös-

terreich eher moderat. So ist der Pro-Kopf-Verbrauch von Cannabis in Amsterdam und Zagreb etwa viermal so hoch wie in Innsbruck. Beim Kokainkonsum liegt Antwerpen in Belgien mit der dreifachen Menge von Kufstein an der europäischen Spitze. Die Amphetamin-Konzentration im Abwasser von Zagreb entspricht dem 57-fachen von Innsbruck. Beim Ecstasy haben die Holländer mit der vierfachen Menge von Kufstein die Nase vorn. Die meisten Metamphetamin-Rückstände (Crystal Meth) wurden in der Kläranlage von Ostrau in Tschechien

festgestellt. Die Menge entspricht dem Hundertfachen von Strass. Dennoch wertet Oberacher gerade dieses Messergebnis als Alarmsignal. „Wir haben beim Crystal Meth eine leichte, aber signifikante Zunahme.“ Mit dieser Droge sei nicht zu spaßen. „Die Entwöhnung ist nur schwer möglich“, so der Chemiker. Der Konsum kann mit dem Tod enden.

Oberacher hat auch den tatsächlichen Konsum anhand der Abwasser-Analysen hochgerechnet: „Im Mittel trinkt jeder Innsbrucker pro Tag ein Glas Wein und raucht drei Zigaretten.“ Illegale Substanzen werden deutlich seltener konsumiert. So rauchen 100 Personen in der Landeshauptstadt pro Tag insgesamt sechs Joints und schnupfen eine Portion Kokain.

Auffällig war für den Chemiker auch, dass die Covid-Einschränkungen den Konsum von Suchtmitteln beeinflusst haben: „Unsere Ergebnisse legen nahe, dass es zu Rückgängen beim Wochenendkonsum von Partydrogen, insbesondere Alkohol und MDMA (Ecstasy; Anm.) gekommen ist.“ Besonders signifikant war die Auswirkung während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020. Zwischen dem 12. März und dem 15. April 2020 wurden an 35 Tagen in Innsbruck Abwasserproben genommen und die Rückstände von 23 Markern analysiert. „Wir konnten sehen“, so Oberacher, „dass die gesperrte Gastronomie und der Wegfall von Veranstaltungen vor allem an Wochenenden zu einer Abnahme des Konsums von Partydrogen, inklusive Alkohol, führten. Auch bei Medikamenten wie Erkältungsprodukten war der Konsum rückläufig.“

TT, 15.05.2021



Nach 23 Bürgermeisterjahren übergibt Josef Kofler (r.) die Amtsgeschäfte an Vize-BM Johannes Piegger. Gewählt wird wohl am 31. Mai. Foto: Gern. Sistrans

## „41 Jahre in der Politik sind genug“

Mit Josef Kofler aus Sistrans legt der nächste Langzeitortschef vorzeitig sein Amt nieder. Als Nachfolger steht Johannes Piegger bereit.

**Sistrans** – Bereits Ende 2019 hatte der Sistranser Langzeitbürgermeister Josef Kofler angekündigt, nach vier Amtsperioden 2022 nicht mehr zu kandidieren. Diese Woche hat er in der Gemeinderatssitzung nun schriftlich seinen vorzeitigen Amtsverzicht übergeben, am Montag ist sein letzter Arbeitstag – dann übernimmt Vize-BM Johannes Piegger die Gemeindeführung. Die Bürgermeisterliste „Gemeinsam für Sistrans“ schlägt Piegger auch für die Nachfolge Koflers vor, über die der Gemeinderat voraussichtlich schon am 31. Mai entscheiden wird.

Nach 41 Jahren in der Gemeindepolitik, davon 23 Jahre als Bürgermeister, und kurz vor seinem 66. Geburtstag sei der richtige Zeitpunkt für den Rückzug in die Politipension, sagt Kofler zur TT. Prägende Infrastrukturprojekte fallen in seine lange Ära – von der Wildbachverbauung bis zum Volksschulneubau, von der Kindergartenerweiterung (samt Ganztages- und Ganzjahresbetreuung) über die Sportplatzerneuerung bis hin zum Unternehmerzentrum.

Koflers erste Bürgermeisterperiode ab 1998, „im Rückblick die einfachste“, begann mit der Schaffung zeitgemäßer Gemeindeamts-Räume im damals neu angekauften Haus Unterdorf 15. Mit dem laufenden Großprojekt des neuen Gemeindezentrums, das Piegger nun weiterführt (geplante Übergabe: Herbst 2022), schließt sich daher ein Kreis: Neben Musikschule, Veranstaltungssaal und Wohnungen wird dort nämlich auch das Gemeindeamt einziehen – und so quasi an den alten Standort zurückkehren. Pläne, im ersten Stock eine Arztpraxis anzusiedeln, haben sich nämlich zerschlagen.

Piegger ist seit 1998 Gemeinderat und seit 2010 Vizebürgermeister, als solcher habe er „die Anforderungen gut kennen gelernt“. Sein Arbeitgeber, die Landwirtschaftskammer, zu der er nach der Steuerberaterprüfung zurückgekehrt ist, ermögliche ihm Teilzeitarbeit. Und er könne bei der „schönen Aufgabe“ als Bürgermeister auf die Unterstützung seiner Liste und seiner Familie zählen. (md)





Gäste müssen geimpft, genesen oder getestet sein und Abstände von zwei Metern einhalten. Trotz vieler Herausforderungen läuten (von links) Patrick Rauter (Bäder-Fachgruppengeschäftsführer), Barbara Traweger-Ravanelli (IMAD) und Bäder-Sprecher Ulrich Mayerhofer den Sommer ein. Foto: WK Tirol/Die Fotografen

# Ein Sommer zum Durchtauchen

Am 19. Mai öffnen Tirols Frei- und Hallenbäder. Es wird eine außergewöhnliche Saison.

**Innsbruck** – Völlig ins Schwimmen kommen werden die Betreiber der heimischen Bäder nicht. Selbst wenn ab der Öffnung am 19. Mai viele neue Regeln gelten – im Freien und in der Halle. Für Gäste soll der Besuch so angenehm wie möglich sein. Dass die außergewöhnliche Zeit der Pandemie nicht vorbei ist, werden sie allerdings auch in diesem Sommer spüren

Die Vorfreude auf die Badesaison ist bei den Tirolerinnen und Tirolern jedenfalls groß. Wie aus einer von der Wirtschaftskammer in Auftrag gegebenen Befragung durch das Institut für Marktforschung und Datenanalyse (IMAD) hervorgeht, die gestern präsentiert wurde, wollen 74 Prozent, also knapp drei Viertel, zumindest ab und zu schwimmen gehen. „Nur jeder Zehnte wird Coronabedingt darauf verzichten“, sagt IMAD-Geschäftsleiterin Barbara Traweger-Ravanelli.

„93 Prozent glauben, dass Frei- und Seebäder im heurigen Sommer aufgrund der eingeschränkten Urlaubsaktivitäten eine wichtigere Rolle in der Freizeitgestaltung spielen werden.“

Foto: WK Tirol/Die Fotografen



„Nicht gewünscht ist, dass sich die Besucher am Beckenrand auffädeln und länger plaudern.“

Ulrich Mayerhofer  
(Sprecher der Tiroler Bäder)

Ulrich Mayerhofer, bei den Innsbrucker Kommunalbetrieben für den Bäderbereich zuständig und zugleich Sprecher aller Tiroler Bäder, ist erleichtert, kommende Wo-

che in die Saison starten zu können. Obwohl dies mit „Wermutstropfen, starken Einschränkungen und Unsicherheiten“ verbunden sei. „Nicht nur in den Hallen-, sondern auch in den Freibädern gilt die Drei-G-Regel. Gäste müssen geimpft, genesen oder getestet sein. Für sie, wie auch für die Betreiber ein Nachteil.“ Letztere müssen laut Mayerhofer nämlich die Einhaltung der Vorschriften kontrollieren, was „beispielsweise im Tivoli, wo 5000 Leute gleichzeitig sein können, logistisch eine große Herausforderung ist. Pro Kassa benötigen wir dafür mindestens einen zusätzlichen Mitarbeiter.“ Bei großem Andrang werde selbst das nicht reichen, befürchtet er. Ansonsten sieht Mayerhofer die Vorgaben für die Freibäder gelassen. Zwischen Personen, die nicht aus einem Haushalt kommen, müssten etwa zwei Meter Abstand gehalten werden – zu

Land wie im Wasser. „Nicht gewünscht ist, dass sich die Besucher am Beckenrand auffädeln und länger plaudern.“

Hallenbäder müssen zusätzlich die Kontaktdaten aller Gäste erheben, für jeden von ihnen müssen mindestens 20 Quadratmeter Fläche zur Verfügung stehen. „Einige sperren deshalb gar nicht erst auf. Mit 25 Prozent der Besucher ist eine Öffnung nicht wirtschaftlich machbar.“ Noch weniger im Sauna- und Wellness-Sektor, wo die meisten Einrichtungen zu bleiben werden, erklärt Mayerhofer.

„Nachschärfungspotenzial“ bei der Verordnung für die Schwimmanstalten sieht der Bäder-Fachgruppengeschäftsführer in der Wirtschaftskammer, Patrick Rauter. „Vieles ist nicht hundertprozentig gelöst. Wohnzimmertests für den Zutritt können kommen, wie das in der Praxis passieren soll, ist noch unklar.“ (bfk)

TT, 15. 05. 2021

# Tirols Industrie optimistischer

**Innsbruck** – Die Stimmungslage in den Tiroler Industriebetrieben wird nach über einem Jahr Corona-Pandemie zunehmend freundlicher, geht aus der neuen Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (IV) hervor. Demnach nehmen

die negativen Auswirkungen von Corona für immer mehr der befragten Unternehmen ab, die meisten Betriebe seien dabei, die Folgen der Krise langsam zu überwinden. Die Auslastung der Produktion hat gegenüber der letzten Befragung im Februar

weiter zugenommen.

Die Zahl der Arbeitsplätze wird bis zur Jahresmitte von 51 Prozent der befragten Firmenchefs als konstant und mit über einem Drittel sogar als steigend eingeschätzt. Noch sinken könnte der Personalstand demnach nur bei etwas mehr als einem Siebtel der Betriebe.

Getrübt wird das immer positiver werdende Bild durch die wachsenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von benötigten Vormaterialien (49 Prozent), ausstehende Genehmigungen (22 Prozent) und negative Auswirkungen im Export (23 Prozent).

Erstmals unter ihren Mitgliedern abgefragt hat die Tiroler IV auch hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Corona-Management von

Bund und Land. Dabei zeigt sich ein recht unterschiedliches Bild. Immerhin vergeben nur 4 Prozent ein „Nicht Genügend“, aber auch nur 16 Prozent ein „Sehr Gut“. In den Anmerkungen zu den Antworten fordern etliche der Unternehmen, dass die für den Export so wichtigen Schlüsselkräfte endlich geimpft werden müssten. Hingegen wird das in Tirol sehr große Gratis-Testangebot vielfach gelobt. Kritik gibt es bei der Abwicklung des Impfens in den Betrieben, wo vor allem die bisher fehlende Information beklagt wird. Aus den Antworten geht laut Industriellenvereinigung „ganz klar hervor, dass jetzt möglichst viel geimpft und alle Bereiche der Wirtschaft geöffnet werden müssen“. (TT)



Etliche Industriebetriebe wollen ihren Personalstand ausweiten. Foto: TVB Wipptal

# Schwimmbäder tragen nur zu 46 Prozent ihre Kosten

Landesrechnungshof prüfte Gemeindegewinnbäder, sie sind in der Regel unwirtschaftlich. Durchschnittlicher Zuschuss von 4,6 Euro pro Eintritt.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Vier kommunale Schwimmbäder in Tirol, die entweder von der Gemeinde selbst oder durch eine gemeindeeigene Gesellschaft betrieben werden, hat der Landesrechnungshof in den vergangenen Monaten unter die Lupe genommen. Und zwar in Ellmau, in Pettneu am Arlberg, in Steeg und in Wattens. „Allen vier Schwimmbädern war gemeinsam, dass die Gemeinden beträchtliche Zuschüsse bzw. Aufwendungen leisten mussten. Diese Leistungen bezogen sich insbesondere auf die Deckung des Betriebsabgangs, den Schuldendienst für Darlehen der Gesellschaften oder Arbeiten von Bauhofmitarbeitern“, so das Fazit der Prüfer.

Öffentliche Schwimmbäder sind Bestandteil der kommunalen Freizeit- und Sportinfrastruktur sowie eines Bildungsauftrags für die Schulen (Schulschwimmen), sie fallen für den Landesrechnungshof (LRH) aber nicht unter die Pflichtaufgaben einer Gemeinde. „Denn der Betrieb von Schwimmbädern ist aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht in der Regel unwirtschaftlich.“ Der durchschnittliche finanzielle Deckungsgrad der vier vom LRH geprüften Bäder beträgt rund 46 Prozent, die Band-



Gemeindegewinnbäder sind eine beliebte Freizeitinfrastruktur, doch für viele Gemeinden sind sie meist ein Fass ohne Boden.

Foto: Böhm

breite erstreckt sich von 36 bis 62,5 Prozent.

Im Alpenbad Wattens wurde 2019 ein Abgang von 283.000 Euro verzeichnet, im Jahr 2018 wendete die Gemeinde Wattens insgesamt 1,25 Mio. Euro für das Schwimmbad auf.

In Steeg mussten die Gesellschafter im Vorjahr bei einem Betriebsabgang von

86.000 Euro mehr als 96.000 Euro zuschießen. Der Wellnesspark Pettneu schloss 2019 mit einem Minus von 274.000 Euro das Betriebsjahr ab, die kumulierten Verluste erhöhten sich damit auf 3,5 Mio. Euro. Die Gemeinde Ellmau verbuchte in ihrem Schwimmbad einen Verlust von 500.000 Euro. Wegen der Gewinnbeteiligung an den

Bergbahnen Ellmau-Going – 2019 waren es immerhin 940.000 Euro – konnten trotz der negativen Betriebsergebnisse Jahresüberschüsse erzielt werden.

Durchschnittlich haben die Gemeinden jeden Eintritt in ihre Schwimmbäder mit 4,6 Euro „gefördert“. „Den niedrigsten Zuschuss pro Eintritt wies die Gemeinde Ellmau mit 1,1 Euro auf, Pettneu mit 8,4 Euro den höchsten“, heißt es in dem LRH-Bericht. Und: Größere Anlagen seien tendenziell wirtschaftlicher zu führen, die Schwimmbäder in Ellmau und Wattens würden deshalb einen höheren Kostendeckungsgrad erzielen. Da die Kosten der Schwimmbäder nicht durch die Eintrittsentgelte und sonstige Erlöse gedeckt werden konnten, belasten die notwendigen Zuschüsse die Standortgemeinden. Kooperationen mit den umliegenden Kommunen gab es allerdings nicht.

Wegen der regionalen Bedeutung empfiehlt der Landesrechnungshof deshalb allen vier Gemeinden, ihre Bemühungen zu verstärken, „die Umlandgemeinden und die jeweiligen Tourismusverbände gesellschaftsrechtlich einzubinden oder Mitfinanzierungen bei größeren Investitionen und/oder dem laufenden Betrieb zu erhalten“.

# Eine blumige Wanderung

Der Kufsteiner Stadtberg ist bei Wanderern wie auch Bikern beliebt. Der TT-Tourentipp entführt diesmal auf verschlungenen Wegen zum Aschenbrennerhaus – viel Flora inklusive.

Von Irene Rapp

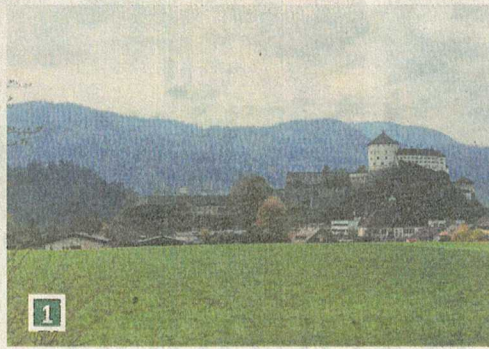
**Kufstein** – Vor zwei Jahren haben wir im Rahmen des TT-Tourentipps die Biketour hinauf auf das Weinbergerhaus bzw. auf die Brentenjochalm am Kufsteiner Stadtberg gemacht. Das war im Spätherbst 2019 und von Corona noch keine Rede.

Am vergangenen Wochenende sind wir zu Fuß auf dem 1272 Meter hohen Berg, der ein Vorberg des Wilden Kaisers ist, unterwegs gewesen. Denn auch wenn das Gelände von breiten Forststraßen durchzogen ist, finden sich dort zahlreiche verschlungene, romantische Pfade. Und besonders jetzt im Frühjahr besticht in diesem Teil des Naturschutzgebietes Kaisergebirge die Blumenwelt – doch dazu später.

**So kommt man hin:** Man startet entweder im Kufsteiner Ortsteil Mitterndorf (am Ende der Mitterndorfer Straße gibt es Möglichkeiten zum Parken) oder beim Motorikpark (auch hier Parkmöglichkeit). Zunächst in nordöstlicher Richtung noch am Talboden dahin, bis man zu einer unübersehbaren Büste von Josef Madersperger gelangt (der Erfinder der Nähmaschine wurde am 6. Oktober 1768 in Kufstein geboren).

Hier zweigt man rechts in einen Weg ab und gleich wieder rechts auf einen mit Holzstämmen gesicherten Steig (Wegweiser Duxeralm). Zunächst geht es recht steil durch lichten Mischwald – den so genannten Elfenhain – in zahlreichen Kehren bergauf. Einige Brückchen sind zu überqueren und es gibt auch zahlreiche Bänke zum Ausrasten. In wenigen Tagen werden hier wohl unzählige Maiglöckchen blühen, noch allerdings sind deren Blüten nicht ausgebildet.

Man hält sich brav an die Wegweiser, dann geht es hoch am Rand der Kienbachklamm dahin, auf der anderen Seite kann man gut die Forststraße erkennen, auf der sich die Mountainbiker bewegen. Bei einer Wegteilung samt Wegweiser bleibt man dann links und erreicht nach weiteren, gemüthlicheren Höhenmetern eine Forststraße. Diese führt



1



2



3



4



5



6

Im Angesicht der Festung Kufstein (1) geht die Wanderung auf den Stadtberg los, die ersten Meter führen über diesen mit Holzpfählen versehenen Weg hinauf (2). Mit zunehmender Höhe wird der Ausblick schöner, u. a. auf das Inntal (3) und den Wilden Kaiser. Im Frühjahr blühen hier viele Schneerosen, einige wenige sind noch zu sehen (4). Ziel ist das Aschenbrenner-Haus (5). Auf dem Weg ins Tal kommt man u. a. an der Krampuswand samt Maske vorbei (6). Fotos: Rapp

zur Duxeralm (897 m), gleich daneben ist der Kaiserlift. Der hat übrigens seit 1. Mai geöffnet. Nun fallen immer mehr Blumen auf, von Schlüsselblumen über Leberblümchen bis Vergissmeinnicht. Auch Schneerosen sind noch zu sehen, wenn auch nicht mehr so üppig wie noch vor wenigen Wochen. Nicht umsonst trägt hier ein Weg auch den Namen Schneerosenweg. Die schönen Blumen stehen unter

Naturschutz, dürfen also nicht gepflückt werden.

Bei der nächsten Wegteilung rechts bleiben (Wegweiser Aschenbrenner). Wieder hinein in ein schönes Waldstück und dem nächsten Wegweiser „Aschenbrenner“ folgen. Durch lichten Wald weiter und wenn man auf einen Forstweg kommt, dem man folgt, sind es nur noch wenige Meter bis zum Aschenbrenner-Haus.

Peter Aschenbrenner ist u. a. als legendärer Bergsteiger, Bergführer, Bergretter und langjähriger Hüttenwirt des Stripsenjochhauses in die Geschichte eingegangen. Bei der Erstbesteigung des Nanga Parbat durch Hermann Buhl war er als bergsteigerischer Expeditionsleiter mit dabei. Aschenbrenner – er wurde auch Himalaya-Peter genannt – wurde 1902 in Ebbs geboren, starb 1998 in Kufstein und bekam von der Stadt auf dem Stadtberg ein Grundstück, wo er sich den Traum einer Hütte verwirklichte. Am Aschenbrennerhaus auf 1135 Metern Höhe erinnert heute – von außen – nichts mehr an die historische Persönlichkeit. Dafür liefern mehrere Tafeln Infos zu heilenden Kräutern, die u. a. am Stadtberg wachsen.

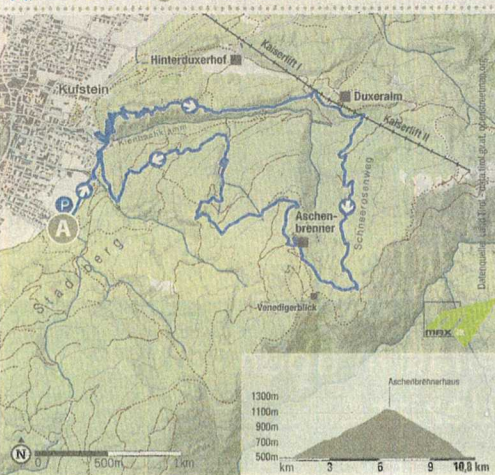
Nun weiter auf dem Forstweg, auf welchem man zurück ins Tal zum Ausgangspunkt gelangt. Im Winter wird diese Straße auch gerne zum Rodeln benutzt.

Wir allerdings haben gleich den ersten Waldsteig genommen, der sich nach wenigen Metern rechts aufgetan hat. Überhaupt finden sich auf dem Weg zurück nach Kufstein zahlreiche Abkürzungen, die man getrost nehmen kann. Vorbei kommt man dann bei der Waldkapelle: An dieser Stelle auf rund 698 Metern Höhe wurde bereits 1700 ein Platz zum Beten errichtet, in den Wäldern oberhalb von Kufstein arbeiteten früher nämlich viele Holzarbeiter. Und einen Blick sollte man auch auf die Krampuswand werfen: Diese tut sich nach einer Kurve auf, auf der schroffen Felswand ist eine kleine Tafel samt Holz-Krampus-Maske zu sehen.

Was eine mögliche Einkehr betrifft: Bei unserer Wanderung war das Berghaus Aschenbrenner geschlossen. Bleibt zu hoffen, dass alle derzeit Corona-bedingt geschlossenen Einkehrmöglichkeiten auf den Bergen bald wieder ihre Pforten öffnen.

TIROLER TAGESZEITUNG 7.5.2021

## Wanderung zum Aschenbrennerhaus → 10,8 km ↑ 650 hm



**Ausgangspunkt**  
Entweder am Ende der Mitterndorfer Straße oder beim Motorikpark in Kufstein.

**Streckendaten**  
Streckenlänge gesamt 10,8 km  
Zurückgelegte Hm 650 m  
Höchster Punkt 1151 m  
Niedrigster Punkt 507 m  
Gezeit ab 3,5 Std.

**Wegbeschaffenheit, Infos:**  
Waldsteige, Forstwege.

**Einkehrmöglichkeiten**  
Keine aktuelle Info.

- A Ausgangspunkt
- ➔ vorgeschlagene Richtung
- 🚶 leichte Wanderung
- 🚗 Straße
- 🚶 Fußweg
- 🏠 Wald-, Feldweg
- 🏠 Hütte
- P Parkplatz

Mehr zur Tour

Sie finden den Track zur Tour und weitere Tourentipps der TT online unter [tourentipps.tt.com](http://tourentipps.tt.com)

Tour-Track



Weitere Tipps





Die Kufsteiner Innbrücke verbindet Stadtteile, aber auch die Begegnungszonen. Um den Lückenschluss gibt es heftige Debatten.

Foto: Otter

# In die Begegnungszone kommt jetzt Bewegung

Tempo 20 oder Begegnungszone? Über diese strittige Frage wird in einer der nächsten Kufsteiner Gemeinderatssitzungen entschieden.

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – Begegnungszonen sollen auch zum Flanieren und Entspannen einladen. In der Kufsteiner Kommunalpolitik sorgen sie hingegen für Anspannung, besonders jene, die zwischen den Begegnungszonen Fischergries und Bahnhofsvorplatz (samt Innbrücke) geplant ist. Bekanntlich hat das Thema für eine Begegnung der Opposition gesorgt, bei der sie den Antrag rundum ablehnte, der zuvor im Stadtrat eine Mehrheit hatte. VP, Gemeinsame Kufsteiner Liste (GKL), Grüne und NEOS fordern hingegen ein 20-Stundenkilometer-

Limit. Damit wäre auch ein gleichbleibendes Tempo zwischen den Zonen gegeben.

Für die Oppositionsparteien ist besonders eine Begegnungszone auf der Innbrücke ein „sündhaft teures Prestige-projekt“ der Bürgermeisterfraktion (Parteifreie).

Das wies Stadtrat Stefan Hohenauer, Motor der Regelung in der Festungsstadt, zurück. Es seien nämlich gar keine kostspieligen Maßnahmen nötig. Das wiederum weist das Politquartett zurück. „Die fragwürdige Widmung einer Begegnungszone ohne bauliche Maßnahmen umzusetzen, wie Bürgermeister Martin Krumschna-

bel und Stadtrat Hohenauer angemerkt haben, kann nicht ernstgemeint sein“, ist einer gemeinsamen Erklärung zu entnehmen. Mit dieser Maßnahme wäre nach Ansicht der Opposition die Verwirrung der Verkehrsteilnehmer komplett und „es würde eine große Gefahr für Kinder, Fußgänger und Radfahrer entstehen“. Die vier Fraktionen sind der Meinung, dass es sich dabei nur um einen Täuschungsversuch handle, um vom geplanten „teuren Bau einer fragwürdigen Begegnungszone auf einer Brücke“ abzulenken.

Welche Variante die Mehrheit bekommt, wird sich in

einer der nächsten Gemeinderatssitzungen zeigen. BM Krumschnabel erklärt, dass er am Plan festhalten möchte, „aber alle gesetzlichen Vorschriften überprüft werden“. Derzeit sei man von einer sündhaft teuren Zone weit entfernt. Geplant sei, wenn gesetzlich möglich, nur Verkehrsschilder aufzustellen und keine baulichen Maßnahmen vorzunehmen. Übrigens wird auch der Obere Stadtplatz in diese Überlegungen einbezogen. Bevor es überhaupt keine Lösung gebe, werde er auch Tempo 20 zustimmen. Aber es sei für ihn nur eine Vorbereitung für die Begegnungszone.

# Erl fordert Schutz vor Bahnlärm

Das Passionsspieldorf ist durch die geplante Bahntrasse zum Brennerbasistunnel in Bayern stark betroffen.

**Erl, Wörgl** – Lautstark machten in Bayern die Bürgerinitiativen ihrem Unmut gegen die aktuelle Trassenauswahl der DB/ÖBB für die Brennerzulaufstrecke von Schaftenau bis Rosenheim mit einer Lärmwelle Luft. Bei der Bürgerinitiative sieht man keine Notwendigkeit für den Neubau, die bestehende Strecke reiche für sie aus.

Auch die Gemeinde Erl hat keine Freude mit der Trasse. Gefordert hatte man eine unterirdische Verknüpfungsstelle, geworden ist es eine offene im nur durch den Inn getrennten bayerischen Niederaudorf. „Die Ortsteile Scheiben, Öd und Schwaigen, welche mit vielen Wohnobjekten bebaut sind, erhalten zur Autobahn eine zusätzliche Lärmquelle“, hatten die Mandatäre bereits in einer Resolution angeprangert.

Daher fordert BM Georg Aicher-Hechenberger jetzt einen umfassenden Lärmschutz, der trotzdem

immer nur die zweitbeste Lösung sei.

ÖBB und DB starten indessen eine breite Info-Kampagne für die Zulaufstrecke. Am 6. Mai ab 18 Uhr können in einem Live-Webcast (Internetadresse: [infomarkt.brennernordzulauf.eu/webcast](http://infomarkt.brennernordzulauf.eu/webcast)) Fragen an die Planer gestellt werden. Zudem informieren die ÖBB am Bahnhof Wörgl auch über den Trassenabschnitt zwischen Schaftenau bis Radfeld. (wo)



In Wörgl wird über die Zulaufstrecke informiert. Foto: ÖBB/Berger

TIROLER TAGESZEITUNG 1. 12. MAI 2021

## Liste Fritz will Freizeitwohnsitze verbieten

**Kitzbüchel** – Desinteresse und fehlenden politischen Mut wirft die Liste Fritz der schwarzen Landesregierung im Zusammenhang mit illegalen Freizeitwohnsitzen vor. Wie berichtet, hatte die Liste 258 Mel-

dungen mutmaßlich illegaler Freizeitwohnsitze im Bezirk Kitzbühel gesammelt.

Mittels Landtagsanfrage hat die Liste Fritz 30 Fragen an Landesrat Tratter gestellt, um aufzuklären, was aus den Mel-

dungen geworden ist. Der zuständige ÖVP-Landesrat Tratter habe „nur eine Antwort parat, er wisse es nicht“, wirft LA Markus Sint nun LR Tratter Desinteresse vor.

„Wir als Liste Fritz fordern ein Verbot von

Freizeitwohnsitzen. Das Zuckerl für den ÖVP-Bauernbund, neue Freizeitwohnsitze auf Bauernhöfen zu genehmigen, gehört abgeschafft. Um den Bürgermeistern bei der Kontrolle zu helfen, verlangen wir end-

lich die Einsetzung einer Taskforce gegen illegale Freizeitwohnsitze“, verlangen Sint und Bezirkssprecher Sepp Niedermoser sowie GR Marielle Haidacher. Es ginge darum, den Ausverkauf Tirols zu verhindern. (TT)

# Gemeinwohl-Projekt der LEADER-Region Kufstein ist Vorbild für weitere Regionen

Im Rahmen des EFRE-Projekts rund um Kufstein nahmen acht Unternehmen an einer Workshopreihe zur Gemeinwohl-Bilanzierung teil. Dies motiviert nun weitere Regionen, dem Beispiel zu folgen.

Die Stadtwerke Kufstein und Wörgl sowie die Unternehmen Strom vom Dach, Trafik Doppelhammer, Bichlbäck, TVB Wilder Kaiser, Pichler Ebbs und Georg Hörtnagl nahmen aktiv an einer Workshopreihe zur Gemeinwohl-Bilanzierung teil. Das Projekt wurde vom Land Tirol und der Europäischen Union (EFRE) gefördert. Die Initiatorin Birgit Pristauz ist in der Region bekannt durch ihr Engagement zum Thema Nachhaltigkeit und konnte die Unternehmen gewinnen, mit ihr gemeinsam in den Prozess der Gemeinwohl-Bilanzierung einzusteigen. Und dies mit Folgen. Ein ähnliches Projekt mit bilanzierenden Unternehmen wurde zeitgleich in Osttirol umgesetzt. Nun laufen Gesprä-



**Die Workshops** wurden abwechselnd in den Räumlichkeiten der einzelnen Teilnehmer durchgeführt – auf dem Bild bei den Stadtwerken Kufstein  
Foto: Brünker

che mit den Regionen Imst und Landeck, wie man dieses Thema gemeinsam und somit fast tirolweit vorantreiben kann.

Die Gemeinwohl-Bilanz bietet einen 360-Grad-Blick auf die soziale, ökologische und ökonomische Verantwortung und liefert eine wertvolle Basis für strategische Entscheidungen. Darüber hinaus erfüllt sie – wie in einem juristischen Gutachten bestätigt – die Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Anhand der Gemeinwohl-Matrix können die Stärken eines Unternehmens dokumentiert

und nächste Ziele mit allen Berührungsgruppen/Stakeholder auf dem Weg zum Gemeinwohl aufgezeigt werden. Die Orientierung erfolgt an vier Wertensäulen der Gemeinwohl-Ökonomie: Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Transparenz und Mitentscheidung. Unter der Seite gwoc-kufstein.at wurden die Audits und Videopräsentationen der Firmen nun online gestellt und geben Einblicke in den Werdegang und die Erkenntnisse der einzelnen Teilnehmer.





Die Stimmung im Wängler Gemeinderat ist am Tiefpunkt angelangt. Die Mandatäre stellten sich geschlossen gegen den Bürgermeister. Foto: Tschol

# Gemeinderat sprach Ortschef Misstrauen aus

Von Simone Tschol

**Wängle** – Das Klima im Wängler Gemeinderat ist vergiftet. Montagabend gipfelte dies in einem geschlossenen Misstrauensvotum aller Gemeinderäte gegen BM Christian Müller. „Wir werden in nichts eingebunden. Ich weiß nicht einmal, wann du im Urlaub bist oder ob du zu Sitzungen gehst“, nahm sein Vize Peter Schautzgy Stellung, um sogleich eine ganze Reihe an „Vergehen“ des Bürgermeisters aufzuzählen. GV Paul Barbist fügte an: „Wir haben deine Verfehlungen immer wieder nachträglich repariert, aber damit ist jetzt Schluss.“ Müller nahm die 10:1-Abstimmung schweigend zur Kenntnis und ging zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Das brachte GR Roswitha Storf in Rage: „Nimmst du das einfach so hin?“ Müller: „Ihr habt alle unterschrieben. Das ist alles, was ich dazu wissen muss.“

Als die Mandatäre daraufhin die Rückführung der von Müller für die Planung des

Feuerwehrzentrums getätigten Ausgaben in Höhe von 30.234,98 Euro in den Gemeindehaushalt forderten, riss dem Ortschef der Geduldsfaden: „Das ist eine feige und schwache Leistung, das Projekt erst vorantreiben zu wollen und mich jetzt im Regen stehen zu lassen. Ich habe mich informiert. Das ist alles rechtskonform.“ Amtsleiter Wilfried Weirather: „Für so was macht man einen Voranschlag. Im Budget waren 30.600 Euro für Planungen enthalten.“ Barbist konterte: „Selbst wenn es rechtlich in Ordnung wäre, ist es eine Sauerei, so was am Gemeinderat vorbei zu machen. Dann können wir ja jetzt den Voranschlag für 2021 machen und dann alle zuhause bleiben.“ „Wir haben damit nichts zu tun, dafür gab es keinen Gemeinderatsbeschluss. Wir haben ja auch nie einen Plan gesehen“, waren sich die Mandatäre einig. Die Rückzahlung wurde mit 10:1 beschlossen. Jetzt wird die Aufsichtsbehörde die Vorgänge in Wängle prüfen.

TIROLER TAGESZEITUNG  
28. 4. 2021

# Stadt Kitzbühel zieht gegen Gemeinderat vor Gericht

Es sind 90 m<sup>2</sup>, welche die Stadt Kitzbühel und GR Manfred Filzer trennen. Über eine Grundgrenze sind sich die Kontrahenten zutiefst uneinig.

Von Harald Angerer

**Kitzbühel** – Eine Fortsetzung vor Gericht folgt der Diskussion um eine Grundgrenze am Kitzbüheler Hahnenkamm. Besonders pikant: Die Kontrahenten sind die Stadt Kitzbühel und der Gemeinderat Manfred Filzer (UK). Auslöser ist ein Zaun, welcher von Filzer versetzt wurde. Er hatte vor Jahren das Holzmeisterhaus am Hahnenkamm gekauft. Einer der Nachbarn ist die Stadt. Der neue Eigentümer hat dann den Zaun auf die Katastergrenze verlegt.

Diese Grenze sei aus Sicht der Stadt jedoch nicht richtig. Daher hat man einen unabhängigen Vermesser eingeschaltet, wie Bürgermeister Klaus Winkler (ÖVP) in der Gemeinderatssitzung am Montag schilderte. Der Vermesser habe bestätigt, dass die Grundgrenze nicht jener im Kataster entspricht. Verhandlungen mit Filzer seien gescheitert. „Bedauerlicherweise müssen wir nun vor Gericht gehen“, sagt Winkler.

Für FPÖ-Gemeinderat LA



Stadt Kitzbühel und Manfred Filzer sind sich über den Grenzverlauf nicht einig. Der Zaun steht nun nicht mehr dort, wo er einmal war (blaue Linie).

Foto: Stadt Kitzbühel

Alexander Gamper ist das Ganze allerdings eine „persönliche Sache“, wie er sagt, und weiter: „Ich kann nicht verstehen, dass man deshalb so ein Fass aufmacht.“ Die UK-Listenkollegin von Filzer, Marielle Haidacher, wollte einige Fragen zu der Sache beantwortet wissen, etwa ob der Bürgermeister ein Gespräch dazu mit Filzer gesucht habe. „Nein, weil ich eben nicht wollte, dass es ein Politikum wird“, sagt Winkler. Vielmehr sollten die Fakten entscheiden.

„Der Bürgermeister war an meiner Meinung nicht ernst-

haft interessiert, sodass es zu keinem gemeinsamen Termin vor Ort gekommen ist“, sagt dazu Filzer auf Anfrage. Er war bei der Gemeinderatssitzung nicht anwesend.

Die Sachlage ist aus seiner Sicht eine andere. Nach dem Kauf sei eine Vermessung erfolgt, „welche teilweise andere Grenzverläufe ergab“, erklärt Filzer. Er habe daraufhin den Zaun errichtet und wurde dann vom Stadtförster kontaktiert. „Bei einem nicht wirklich professionell vorbereiteten Lokalaugenschein wurden seitens der Vertreter der Stadt verschiedene Grenz-

verläufe gezeigt, die aber nicht erklärt werden konnten, sodass der Termin ohne Ergebnis verlief“, sagt Filzer.

Vizebürgermeister Gerhard Eilenberger (ÖVP) erklärte bei der Gemeinderatssitzung, dass die Stadt Filzer schon oft entgegengekommen sei, „jetzt reicht es aber“. Er spricht damit an, dass Filzer für das Haus weder eine Zufahrt hatte noch ein Zufahrtsrecht aus dem Tal. Beides wurde ihm zugesprochen. Dem Weg zum Gericht stimmten 14 Gemeinderäte zu, zwei waren dagegen, zwei enthielten sich und einer nahm nicht teil.

  
  
**Schutzengel**  
für unterwegs

WAMS Radwerkstatt CONRAD  
Ampfererstr. 30 Innsbruck  
www.wams-radwerkstatt.at

TIROLER TAGESZEITUNG 28.4.2021

# Wenn der Bürgermeister abends klingelt

In Scheffau geht auch  
Bürgermeister Christian Tschugg  
kontrollieren, um illegale  
Freizeitwohnsitze aufzuspüren.

Von Wolfgang Otter

**Scheffau a. W. K.** – Ein Bürgermeister einer Gemeinde hat viele Aufgaben. Der Scheffauer Ortschef betätigt sich auch als Detektiv, um illegale Freizeitwohnsitze aufzuspüren. Die, so der Ortschef, sind mitverantwortlich, dass es einen Druck auf die Grundstückspreise gibt „und sie sind verboten, also gibt es da bei uns keine Ausnahme“. Immerhin werden in der idyllischen Kaisergemeinde bis zu 1000 Euro für den Quadratmeter Grund hingebältert. Jungfamilien kommen da ins Schwitzen. Daher führt die Gemeinde ein strenges Raumordnungsregime. „Gewidmet wird nur nach Bedarf und genauen Richtlinien“, sagt Christian Tschugg. Was nun das Aufdecken von illegaler Nutzung von Wohnsitzen anbelangt, ist von den Gemeinden Ausdauer und Akribie gefordert. „Wir müssen nachweisen, dass hier wirklich kein Hauptwohnsitz oder Leerstand besteht“, sagt

Tschugg. Daher habe man ein Dienstrad der Verwaltungsbeamten im Gemeindeamt erstellt, um die Anwesenheit von Bewohnern zu kontrollieren. Und der Bürgermeister hat sich da nicht ausgenommen.

Von den 815 Wohnobjekten in Scheffau sind 154 offizielle Freizeitwohnsitze. Zusätzlich sind 45 Verdachtsfälle einer illegalen Nutzung im Gemeindeamt bekannt. Und Tschugg glaubt nicht, dass man damit bereits den Pfand erreicht hat. In zwei Fällen sind jetzt Bescheide der Untersagung der Nutzung ergangen. Tschugg wartet noch auf die Reaktionen.

In Ellmau hat man diese bereits bekommen. In zehn Fällen sind die Bescheide ergangen. Wobei mehrere davon, „vom Landesverwaltungsgerichtshof bestätigt worden sind“, verrät Bürgermeister Klaus Manz. Weitere 30 Fälle seien noch zu überprüfen, aber dafür werde man sich eines Externen bedienen müssen, erklärt Manz.



BM Christian Tschugg will bei illegalen Freizeitwohnsitzen durchgreifen und erinnert die Besitzer an die gesetzlichen Vorgaben. Foto: Otter

TIROLER TAGESZEITUNG

28. 4. 2021

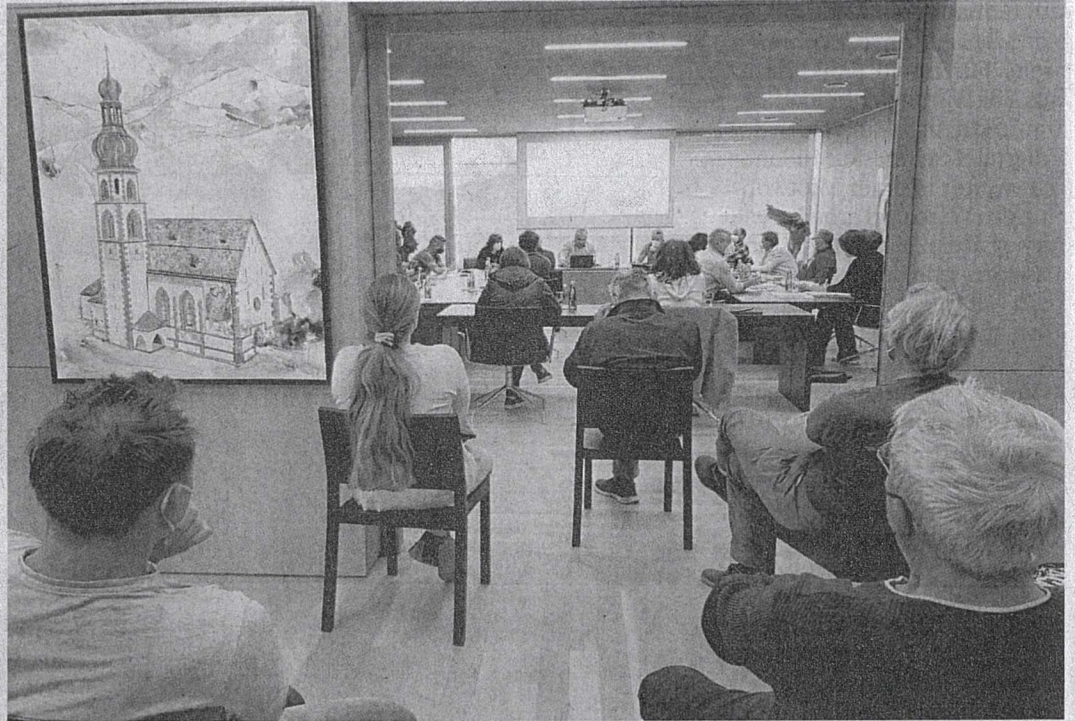
# Haiming gibt grünes Licht für Baulandumlegung

Die Bürgervertreter wollen am Ende eines langwierigen Umlageverfahrens mittels Vertragsraumordnung 35 Bauplätze schaffen.

Von Thomas Parth

**Haiming** – Allorts im Oberland ist das Wohnen Thema. Die Gemeinde Haiming ist da keine Ausnahme. Seit etlichen Monaten ist die Gemeindeführung rund um Bürgermeister Josef Leitner dran, in Zusammenarbeit mit dem Land Tirol und privaten Grundbesitzern mehr als 20.000 Quadratmeter Freiland in Bauland „umzulegen“. Aufgrund der generellen Knappheit an bebaubaren Flächen schreibt das Land allen Beteiligten mehrere Voraussetzungen vor, um zum begehrten „Häuslbauand“ zu kommen.

„Das Land schreibt eine 70:30-Regelung vor“, informiert BM Josef Leitner seinen Gemeinderat. Demnach müssen die Grundbesitzer zustimmen, 70 Prozent der entstehenden Flächen um einen günstigen Preis zu verkaufen. Nur 30 Prozent dürfen am Ende von den Eigentümern selbst verwertet bzw. am freien Markt zu ebensolchen Preisen angeboten werden. „Hinzu kommt, dass die Gemeinde ein Jahr Zeit hat, die entstehenden Bauparzellen zuzuteilen. Falls dies nicht gelingt, muss die Gemeinde selbst die Gründe zu 110 Euro je Quadratmeter erwerben“, zeigt



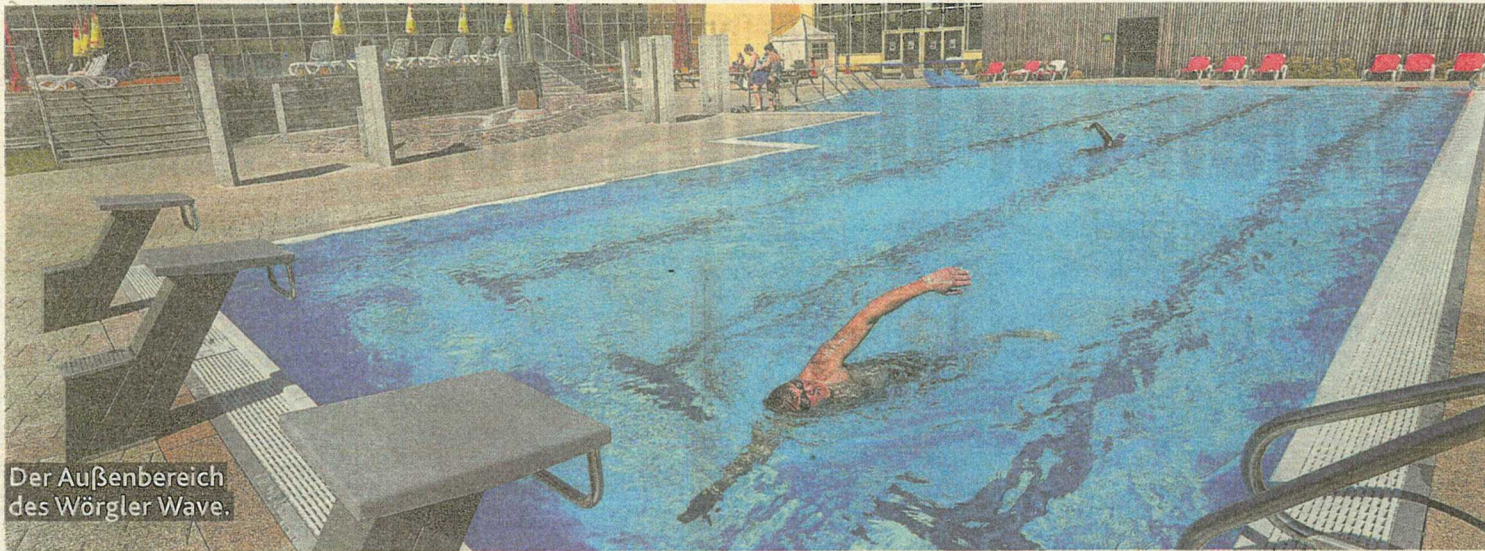
Großer Andrang herrschte bei der jüngsten Gemeinderatssitzung in Haiming. Die Bürgervertretung beschloss einstimmig, einem Baulandumlageverfahren zuzustimmen und so rund 35 neue Parzellen zu schaffen. Foto: Parth

Leitner auf. Eine weitere Voraussetzung sei überdies, dass sämtliche Wegflächen, die für die Erschließung nötig sind, kostenfrei dem Wegerhalter zufallen. Auch die Verwertung als Bauparzelle müsse binnen zehn Jahren erfolgen, da sonst die Widmung verfallen würde. Eine Teilfläche hat bereits eine aufrechte Bauland-Widmung und ist von diesen Bestimmungen aus-

genommen. Auch könne hier die Widmung nicht verfallen, da schon vor Verfahrensbeginn eine gültige Widmung bestanden hat.

„Die Parzellierung liegt lediglich als Entwurf am Tisch. Sie muss jedoch noch im Detail erfolgen, zumal auch die Wegflächen noch nicht fixiert worden sind“, verweist Vize-BM Christian Köfler auf einen „längeren Weg“, der allen

Beteiligten noch bevorstehe. Die Gemeinde habe nun in einem ersten Schritt den Rahmenbedingungen der Baulandumlegung zugestimmt. Köfler übernimmt übrigens mit sofortiger Wirkung die Amtsgeschäfte von BM Leitner, der aus gesundheitlichen Gründen, voraussichtlich für einen Monat, eine Auszeit von der Politik nehmen muss.



Der Außenbereich  
des Wörgler Wave.

Foto: Christof Birbaumer

➤ Gemeinderat soll Aus übermorgen besiegeln ➤ Dringlicher Grün-Antrag:

# „Nachdenkpause bei Wave“

Mit dem Tagesordnungspunkt 7 im Wörgler Gemeinderat soll übermorgen Donnerstag das Aus für das „Wave“ besiegelt werden. Die Grünen wollen mit einem dringlichen Antrag eine Nachdenkpause erzwingen. Auch die ÖVP signalisiert auf „Krone“-Anfrage Zustimmung und verweist zudem auf den Mai-Landtag.

Die grüne Vize-Landtagspräsidentin Stephanie Jicha sieht es als untragbar, dass das Schulschwimmen in der Region „unter die Räder“ komme. Sie ärgert sich: „Im Februar 2020 hat der Gemeinderat die Einholung eines Gutachtens um 100.000 Euro beschlossen, doch das wurde nie umge-

setzt.“ Für Grün-Gemeinderat Richard Götz wäre es in Zeiten des hohen Bodenverbrauchs unverantwortlich, ein Regionalbad auf der „grünen Wiese“ zu errichten. Seine Fraktionskollegin Catarina Becherstorfer kündigte für Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag an – „eine Nachdenkpause, denn

wichtige Fakten sind noch immer nicht auf dem Tisch.“

Beim dringlichen Antrag dürfen die Grünen auf die Stimmen der ÖVP zählen. Stadtparteichef Michael Riedhart will zudem, dass der Schließungsbeschluss nicht vor dem 11. Mai fällt. Da geht es im Landtag um einen Regierungsantrag bezüglich des Schwimmangebotes im Unterland. Konkret wird Hilfe des Landes für ein Regionalbad unter Einbeziehung anderer Gemeinden am derzeitigen Wave-Standort signalisiert.

Beim Dringlichkeitsantrag dürften die Wörgler Freiheitlichen das Zünglein an der Waage sein. Stadtparteichef Mario Wiechenthaler winkt aber ab: „Nachgedacht haben wir lange genug, wir werden den Antrag nicht unterstützen.“

Eine Volksbefragung hatte am 11. April mit einer mageren Beteiligung von 27,1 Prozent geendet. Davon hatten sich aber 69,65 Prozent für den Erhalt des „Wave“ ausgesprochen. Ein Ergebnis, das viele Interpretationen zuließ... Andreas Moser

# „Wer, wenn nicht sie?“

Knapp drei Viertel der Tiroler Bürgermeister sind älter als 50 Jahre. Um junge Menschen für die Kommunalpolitik zu begeistern, wurde die Initiative „Gemeindeschmiede“ gegründet.

Von Benedikt Mair

**Wattens, Kauns** – Matthias Schranz ist 34 Jahre alt, als Diplomierter Gesundheits- und Krankenpfleger derzeit Bereichsleiter zweier Chirurgie-Stationen im Krankenhaus Zams und einer der jüngsten Bürgermeister in Tirol. Seit Oktober 2017 steht Schranz dem 500-Einwohner-Ort Kauns im Bezirk Landeck vor. „Mit 24 Jahren bin ich in die Gemeindepolitik gegangen, war vorher schon bei Jungbauernschaft und Landjugend aktiv. Ich war schon immer im Gestalten tätig. Und habe meinen Weg nie bereut“, sagt er.

Nicht viele junge Menschen haben es so wie der Oberländer gemacht. In der heimischen Kommunalpolitik gibt es Nachwuchssorgen. Mehr als 200 der 279 Bürgermeister, etwa drei Viertel, sind älter als 50 Jahre. Deshalb haben Gemeindeverband, GemNova und Land die Initiative „Gemeindeschmiede“ erdacht, mit der Tirolerinnen und Tiroler im Alter zwischen 15 und 30 Jahren für die politische Arbeit in ihren Heimatorten gewonnen werden sollen. Gestern wurde das Projekt in Wattens vorgestellt.

Ab dem 2. Juni finden in allen Bezirken Auftaktveranstaltungen statt, bei denen sich junge, für die Arbeit in der Politik offene Männer und Frauen mit erfahrenen Gemeinderäten, Bürgermeistern oder Landtagsabgeordneten austauschen. In weiterer Folge soll für Interessierte eine Ausbildung organisiert werden, bei der alles Wissenswerte rund um Orga-



Land, Gemeindeverband und GemNova wollen Tirolerinnen und Tiroler im Alter zwischen 15 und 30 Jahren für die politische Arbeit in ihren Heimatorten gewinnen.

Symbofoto: Böhm

nisation und Funktion der Kommunen vermittelt wird. Schließlich sollen sich daraus Gruppen bilden, die sich regelmäßig treffen.

„Im Vereinsleben vieler Orte gibt es quer durch Engagement von unter 30-Jährigen auch in Führungspositionen“, sagte Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes. „Wieso sollen wir die also nicht abholen?“ Die Tätigkeit für die Menschen

im direkten persönlichen Umfeld sei eine „hochinteressante und spannende Aufgabe“, für die auch vermehrt wieder Junge begeistert werden sollen.

Das sei machbar, betonte Johannes Tratter, als Landesrat zuständig für Gemeindeagenden. Wenngleich er schon auch bemerkt habe, dass Heranwachsende „für einzelne Projekte eher motiviert werden können als für Arbeit über

einen längeren Zeitraum. Es ist ein parteiübergreifendes Angebot“, war es Tratter wichtig anzumerken. Demokratie lebe von vielen verschiedenen Gruppierungen, die ihre Ideen einbringen.

Thomas Oberbeirsteiner, Bürgermeister von Wattens, nannte den Versuch, junge Menschen von der Betätigung in den Gemeinden zu überzeugen, „dringend notwendig“. Der fehlende Nachwuchs

habe ihm Sorgen bereitet. „Nicht nur um den eigenen Ort, sondern das ganze Land. Wir müssen alles daran setzen, das Image der Politik aufzubessern.“ Denn es sei, alles in allem, eine „sehr sinnerfüllende Aufgabe“.

Eine Werbeaktion und alle Probleme sind vom Tisch? „Es ist zumindest der berühmte erste Schritt“, sagte Gemeindeverbands-Präsident Schöpf. „Ich gehe aber nicht davon aus, dass wir bei den Gemeindewahlen im kommenden Februar 150 neue Bürgermeisterkandidaten haben werden. Je mehr Junge es sind, desto größer die Freude.“ Und wenn die Maßnahme Erfolg zeige, soll sie – so die Vorstellung der Verantwortlichen – in regelmäßigen Abständen wiederholt werden.

Laut dem Ortschef von Kauns, Matthias Schranz, ist in der Kommunalpolitik vor allem eine „gesunde Mischung aus Alt und Jung wichtig. Damit das bereits Gewachsene weiterwachsen kann, aber Dinge auch neu gedacht werden.“ Das Amt des Bürgermeisters sei mit viel Verantwortung verbunden, jederzeit könne ein wichtiger Anruf eintreffen, das Gehalt dafür sei durchschnittlich. „Schöne Momente gibt es natürlich auch, es sind meist die kleinen, etwa wenn dem 80-Jährigen zum Geburtstag oder frischgebackenen Eltern zum Familienzuwachs gratuliert werden kann.“ Schranz rät jungen Menschen, sich solchen Aufgaben zu stellen. „Hier haben sie die beste Möglichkeit, die eigene Zukunft zu gestalten. Wer, wenn nicht sie, kann das tun?“

# Einfamilienhaus statt Bauträger

Gewerbliche Bauträger fühlen sich zu Unrecht von Gemeinden blockiert. Dadurch würden zu wenige Wohnungen für Einheimische gebaut. Das Land stärkt die Gemeinden.

Von Anita Heubacher

**Innsbruck** – Michael Kugler ist Bauträger und Sprecher der Fachgruppe in der Wirtschaftskammer. Als Unternehmer hat er allein seit 1. Jänner 2020 bis heute 113 Wohnungen verkauft. „13 an Anleger, 100 an Eigentümer“, sagt Kugler. Die Zahlen legt er auf den Tisch, weil es ihn ärgert, „dass in Tirol dauernd behauptet wird, wir bauen nur für Investoren“.

Ausgewertet hat Kugler auch, was sich in Innsbruck



Foto: Hummel

„Wir können zu wenig Wohnungen bauen. Auch weil Gemeinden uns nicht bauen lassen wollen.“

Michael Kugler, Bauträger  
(Fachgruppensprecher WK)

so tut. Jährlich erstellen er und seine Mitstreiter einen Marktbericht. Daraus geht hervor, dass 91 Prozent der Wohnungskäufer in Innsbruck Österreicher sind, 5,6 Prozent Deutsche und knappe drei Prozent Italiener, in vielen Fällen Südtiroler.

87 Prozent der Wohnungen würden von ein oder zwei Privatpersonen gekauft, 13 Prozent von Unternehmern. Kugler ist bemüht, das Image der Branche zu heben. Denn immer öfter stünden gewerbliche Bauträger bei den Gemeindeämtern vor verschlos-



Für wen bauen wir? Zu 85 Prozent für den Eigenbedarf und den Rest für Investoren, erklären Bauträger. Foto: Böhm

senen Türen. „Wir werden nicht mehr gewollt“, sagt er. Stattdessen würden mit Vorliebe Einfamilienhäuser gewidmet. „Bodensparendes Bauen ist das nicht.“

Tatsächlich gibt es in Tirol viele Gemeinden, die nach jahrelangem Zuzug diesen nun bremsen wollen. Neue Gemeindebürger bringen in vielen Fällen hohe Infrastrukturkosten mit. Für die Zuzügler braucht es mehr Kindergarten- und Schulplätze. Kugler stellt sich vor, dass das

Land die Gemeinden stärker unterstützt. „Das muss man neu denken.“

ÖVP-Raumordnungslandesrat Johannes Tratter weist darauf, dass das Land den Gemeinden bei wichtigen Bauvorhaben bereits über den Gemeindeausgleichsfonds mit 130 Millionen Euro unter die Arme greift. „Der Druck auf Grund und Boden seitens privater Bauträger ist im Zentralraum dermaßen groß, dass ein zu hohes Bauvolumen jegliche Infrastruk-

tur einer Gemeinde an ihre Grenzen bringt“, sagt Tratter. Die Gemeinden wüssten daher am besten, wie viele Bauvorhaben es innerhalb der Kommune verträge.

Für wen bauen wir? Für Investoren oder doch, so wie die Bauträger behaupten, überwiegend für den Eigenbedarf? Diese Frage könne man so pauschal nicht beantworten, meint Tratter. Da gebe es sehr große Unterschiede zwischen den Zentralräumen und den entlegeneren Ge-

meinden. „Wichtig ist, dass der geschaffene Wohnraum am Wohnungsmarkt unserer Bevölkerung auch zur Verfügung steht und Leerstände zur Gänze vermieden werden.“

Beim Thema Leerstand verdreht Kugler zum zweiten Mal die Augen. „Das mag schon sein, dass ein paar die Wohnungen leer stehen lassen, die Masse ist das aber sicher nicht.“ Er sieht das politische Versprechen des leistbaren Wohnens in weite Ferne rücken, „weil zu weni-



Foto: Böhm

„Die Tiroler Gemeinden wissen am besten, wie viele Bauvorhaben ihre Gemeinde verträgt.“

Johannes Tratter, ÖVP  
(Raumordnungslandesrat)

ge Wohnungen gebaut werden“. Auch da hat Kugler ein Säulendiagramm zur Hand. 2011 wurden in Innsbruck 306 Erstverkäufe getätigt, 2015 waren es 617. Das Niveau hielt bis 2019 und 2020. Da stürzten die Säulen ein. 148 Erstverkäufe im Jahr 2019 und 380 im Jahr 2020.

Und wer hat verkauft? Zu 58 Prozent waren es in Innsbruck Private, zu 33 Prozent gewerbliche Bauträger und zu neun Prozent Unternehmer. Das lässt sich offenbar leichter beantworten als die Fragen „Wer kauft?“ und „Für wen bauen wir?“.

# Freizeitwohnsitz-Verbot in Regionen mit Wohnbedarf

Aufsichtsbehörde prüft Freizeitwohnsitz in Schrebergartensiedlung. Schwarz-Grün legt Gesetz mit Verbot in „belasteten“ Gemeinden vor.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Dass jetzt sogar in Schrebergartensiedlungen Gartenhäuschen auf zehn Jahre an Bürger aus anderen EU-Staaten vermietet werden, sorgt in der Landespolitik für Aufregung. Schließlich ist die Nutzung von Schrebergärten klar geregelt. Der Niederländer, der das Gartenhaus um monatlich 750 Euro gemietet hat, wird wohl nicht täglich anreisen und am Abend dann in seine Heimat zurückkehren. Im Gemeinderat der betreffenden Gemeinde wurde die seinerzeitige Umwidmung in eine Sonderfläche Kleingartenanlage (Schrebergartensiedlung) positiv befürwortet, um Einheimischen die Anmietung eines Gartens zu ermöglichen. Das war politisch gut gemeint, aber schlecht getroffen. Denn errichtet wurde eine „Gartensiedlung de luxe“.

Raumordnungs-LR Hannes Tratter (VP) sieht die Situation sehr kritisch. „Im konkreten Fall eines offenbar gesetzeswidrig genutzten Häuschens in einer Schrebergartensiedlung ist im Baubescheid sogar explizit ausgeführt, dass kein Freizeitwohnsitz begründet werden darf. Dementsprechend habe ich die Aufsichtsbehörde beauftragt, die zuständige Baubehörde aufzufordern, umgehend tätig zu werden.“ Generell nimmt er die Gemeinden in die Pflicht. „Die illegale Nutzung von Freizeitwohnsitzen ist kein Kavaliersdelikt. Entscheidend ist, dass die Gemeinden mitmachen und die Gesetze auch



Das Seefelder Plateau ist ebenfalls ein Hotspot, der Anteil von Freizeitwohnsitzen beträgt 24 Prozent.

Foto: Böhm

streng vollziehen.“

Der ÖVP-Politiker kündigt gleichzeitig eine Gesetzesinitiative zur Verschärfung des



Foto: Rudy De Moor

„Tirol hat die Gangart verschärft. Die illegale Nutzung von Freizeitwohnsitzen ist kein Kavaliersdelikt.“

LR Johannes Tratter/ÖVP  
(Raumordnungsreferent)

Freizeitwohnsitzverbots an. „Dass Maßnahmen wie die beispielsweise 2019 eingeführte Freizeitwohnsitzabgabe Wirkung zeigen, belegen die vielen laufenden Verfahren, die derzeit anhängig sind. Darüber hinaus werden wir den Druck aber noch-

mals deutlich erhöhen. Mit zwei Gesetzesnovellen wollen wir einerseits die Kontrollmöglichkeiten für die Ge-



Foto: Böhm

„Wir wollen die Hebel der Raumordnung für leistbares Wohnen viel stärker nutzen als bisher.“

Gebi Mair/Grüne  
(Klubchef)

meinden ausweiten und zum anderen die rechtliche Basis für ein gänzlich Verbot von neuen Freizeitwohnsitzen in belasteten Regionen schaffen.“

Sollte das Ausmaß der bereits als Bauland oder Vorbehaltsflächen für den

geförderten Wohnbau gewidmeten und noch unbebauten Grundflächen nicht ausreichen, dürfen unabhängig von der Acht-Prozent-Regelung – bis zu dieser Grenze sind Widmungen für Freizeitwohnsitze in Gemeinden möglich – keine Wohnsitze mehr für eine Ferienutzung genehmigt werden.

Die Grünen erwarten sich von den Nachschärfungen vor allem positive Auswirkungen auf den vielerorts angespannten Wohnungsmarkt in Tirol. „Freizeitwohnsitze sind nicht nur in touristischen Hotspots ein Problem. In jeder Gemeinde Tirols, in der es nicht ausreichend leistbaren, geförderten Wohnbau gibt, sollen neue Freizeitwohnsitze verboten werden.“ Die Grünen würden die Hebel der Raumordnung für leistbares Wohnen viel stärker nutzen als in der Vergangenheit, fügt Mair abschließend hinzu.





In der Gemeinde Schönwies hängt der Haussegen schief.

Foto: Wenzel

# Dorfchef machte Rücktritt vom Rücktritt

**Schönwies** – „Das wird sich auf die künftige Zusammenarbeit niederschlagen. Ab Montag weht ein anderer Wind“, kündigte Bürgermeister Willi Fink (SPÖ) Konsequenzen an. Eigentlich wollte der Schönwieser Dorfchef Freitagabend seine po-



**„Wir haben das mit einem Handshake besiegelt, das ist eine linke Aktion aus meiner Sicht.“**

Harald Peham  
(BM-Kandidat)

Foto: Reichle

litische Karriere nach 41 Jahren beenden. Stattdessen musste er einen Rücktritt vom angekündigten Rücktritt machen. In der Gemeinde herrscht nun dicke Luft.

„Ich werde meinen Rücktritt nicht einreichen“, erklärte Fink die

geplante Amtsübergabe an seinen designierten Nachfolger Harald Peham für gescheitert. Der Bürgermeister bleibt nun bis zur offiziellen Wahl im Februar 2022.

Dabei glaubte die SPÖ, der nur eine Stimme auf die Mehrheit fehlt, noch vor wenigen Tagen, dass die vorzeitige Amtsübergabe bereits in trockenen Tüchern sei. Die Unterstützung der oppositionellen Liste „Für Schönwies“ hatte man sich für diesen Fall schon 2016 in einem Arbeitsübereinkommen gesichert. Doch die wollte jetzt mit Vizebürgermeister Reinhard Raggl selbst einen Kandidaten für die Wahl im Gemeinderat aufstellen. Der SPÖ drohe im ungünstigen Fall ein Verlust des Bürgermeisters.

„Wir haben das mit einem Handshake besiegelt. Das ist aus meiner Sicht eine linke Aktion“, ärgerte sich Peham. 2018 hatte er noch – wie im Arbeitsübereinkommen vereinbart – auf seinen Vizebürgermeistersessel zugunsten der Opposition verzichtet.

Raggl hingegen fühlte sich nicht mehr an die

Abmachung gebunden, er sah keinen Wortbruch. „Die meisten Punkte im Arbeitsübereinkommen sind von der Bürgermeisterliste nicht eingehalten worden“, konterte er. Das war aber Voraussetzung dafür, dass sie den SPÖ-Kandidaten unterstützen.



**„Das Übereinkommen hat 15 Punkte. Die meisten sind von der Bürgermeisterliste nicht eingehalten worden.“**

Reinhard Raggl

(Vizebürgermeister) Foto: Reichle

Fink sah das anders: „Das ist eine Interpretation deinerseits. Für uns ist es ein klassischer Wortbruch.“

Peham und Raggl kündigten beide an, 2022 zu kandidieren. Dann dürfen die Schönwieser wieder selbst in den Wahlkabinen entscheiden. (mr)

KRONEN ZEITUNG



Unterwegs auf zwei Rädern im Tiroler Unterland

# Radfahren rund um Kufstein: Genuss für Körper und Seele

Rasant geht es in Richtung Tal. Das Läuten der Kuhglocken vermischt sich mit dem Rauschen des Fahrtwindes. Eine kulinarische Stärkung auf der halben Strecke zum Tal. Regionale Köstlichkeiten auf der Alm umgeben von den Tiroler Bergen. Radfahren im Kufsteinerland ist ein wahrer Genuss für Körper, Geist und Seele.

Das Kufsteinerland mit der naturnahen Festungsstadt und den acht malerischen Dörfern ist durch die vielfältige Tiroler Naturlandschaft ein Eldorado für Radfahrer. Von sanften Anstiegen bis hin zu Touren ins hochalpine Gelände bietet die Tiroler Bergwelt des

Kufsteinerlandes unzählige Strecken. Hier findet man ideale Bedingungen für ausgedehnte Touren, ohne unbezwingbaren Steigungen zu begegnen.

Als Teil der weltweit größten E-Bike Region ist das Kufsteinerland bestens ausgestattet den Service, den

Verleih und die Ladestationen für E-Bikes betreffend. Rennradfahrer genießen die facettenreichen Streckenmöglichkeiten. Speziell ausgemessene Touren laden zum Rennradgenuss.

Das sportliche Wettkampfhilighlight für Rennradfahrer ist der Kufsteinerland Radmarathon quer durch das Kufsteinerland mit attraktiven Side-Events rund um das Rad. Wer den großen und langen Genuss sucht, wird bei zwei Fernradwegen fündig.



Für Biker bieten sich im Kufsteinerland allerhand Möglichkeiten.



KRONEN ZEITUNG

# Erlebnis Kaisergebirge

Das Kaisergebirge ist ein Paradies für alle Genusswanderer und Bergsteiger. Die intakte Bergwelt und das einmalige Panorama garantieren eine unvergessliche Zeit.



Ab 1. Mai kann man wieder in das Naturerlebnis Kaisergebirge „schweben“.

Fotos: Mathäus Gartner

**R**und um die Kaiserlift-Bergstation Brentenjoch lockt das Kaisergebirge, das mit dem Kaiserlift ab 1.5. auch wieder „schwebend“ zu erreichen ist. Der Einzelsessellift transportiert Wanderer von Mai bis Oktober über zwei Sektionen ins Naturschutzgebiet. Von entspannten Familienrouten bis hin zu atemberaubenden Gipfel- und Klettertouren ist für jeden Wander-Typ etwas dabei. Seit über 50 Jahren steht das Kaisergebirge unter Naturschutz. Trotz Kultstatus bleiben Flora und

Fauna ursprünglich und vielfältig. Ein wahres Wunderland für Wanderer: Heller, bizarrer Kalkstein, 1000 Meter hohe Abbrüche und spitze Felsnadeln über malerischen Almen verleihen dem Kaisergebirge seinen Mythos.

## Neuer Naturerlebnisweg

Für all jene, die das Naturerlebnis Kaisergebirge gemeinsam mit einem Guide erwandern möchten, gibt es

die Erlebnistouren. Auch dieses Jahr nehmen Sie die fachkundigen Guides mit zu spannenden Touren. Dabei wird nicht nur dem Guide gelauscht – kleine und große Entdecker dürfen sich die Hände schmutzig machen, ausprobieren und eigene Erfahrungen machen.

Sinne schärfen, Schätze beim Geocaching entdecken, ein Abenteuer auf der Alm erleben, in die geologische Vergangenheit abtau-

chen, das Wetter im Gebirge verstehen lernen, Orchideen erforschen, Pflanzenschätze ausfindig machen oder mit Qi Gong und Tai Chi das innere Gleichgewicht finden – die Erlebnistouren sind so facettenreich wie das Naturschutzgebiet selbst.

Spielerisch können Sie die Natur auf einem neuen Naturerlebnisweg mit 14 interaktiven Stationen erleben. Infos: [www.naturerlebnis-kaisergebirge.at](http://www.naturerlebnis-kaisergebirge.at)

ANZEIGE

**PANORAMA**  
TIROL

**SCHWERPUNKTE**

Sa., 01.05.21 **Gesundheit**

So., 09.05.21 **Motor**

So., 16.05.21 **Bauen/Wohnen**

So., 23.05.21 **Freizeit**

☎ 051727 57207



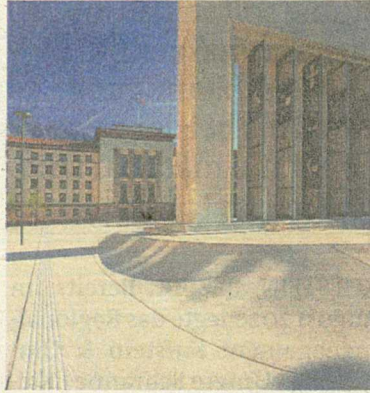
# Ausgleich bringt 4,9 Millionen

Land fördert Infrastruktur im Bezirk durch Gemeindeausgleichsfonds.

**BARBARA FLUCKINGER**

BEZIRK. Die erste Ausschüttung des Gemeindeausgleichsfonds (GAF) steht für das Jahr 2021 an. Neben allgemeinen Bedarfszuweisungen erhalten die Gemeinden zusätzliche Mittel aus Covid-19-Sonderförderungsprogrammen.

Beschlossen wurde die erste Ausschüttung durch die Tiroler Landesregierung auf Antrag von Gemeindevorstand Johannes Tratter. In Tirol werden dabei über 34,4 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Für den Bezirk Kufstein sind es 4,5 Millionen, die nun aus dem GAF ausgeschüttet werden. Mit Hilfe dieser Gelder soll es den Gemeinden ermöglicht werden, Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen – sei es der Umbau eines Mehrzweckhauses oder beispielsweise die Erweiterung des



**Rund 4,9 Millionen Euro gehen an den Bezirk Kufstein.** Foto: Land Tirol/Wett

örtlichen Recyclinghofes. 3,25 Millionen Euro der Ausschüttung sind Allgemeine Bedarfszuweisungen, hinzu kommen noch Bedarfszuweisungen für Feuerwehrzwecke.

Der Großteil der Gelder fließt im Bezirk Kufstein in den Neuausbau oder Umbau von Volksschulen (rund 2,5 Millionen Euro) sowie in die vorschulische Kinderbe-

treuung (400.000 Euro). VP-Bezirksobmann LA und Bgm. von Breitenbach Alois Margreiter nennt drei konkrete Beispiele: „In meiner Heimatgemeinde ist gerade der Neubau der Volksschule im Gang, in Brixlegg wurde diese umfassend saniert. Ebenso wurde der Kindergarten in Schwoich mit Unterstützung aus dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF) realisiert.“

**Sonderförderung für Ausfälle**  
Weitere 420.000 Euro fließen aus der Covid-Sonderförderung in den Bezirk Kufstein. Das Land Tirol bezweckt damit, Einnahmeausfälle etwa durch die Kommunalsteuer abzufedern. „In Söll beispielsweise kann mithilfe dieser Gelder der Dorfplatz neu gestaltet werden. Aber auch Kommunalfahrzeuge oder Projekte zur Wasserversorgung werden damit finanziert“, so Alois Margreiter.

➤ Beteiligung an

## Wave:

Seit Monaten hängt nun schon das Damoklesschwert über dem Wörgler Wave – und es wird wohl nach Ende August Platz für die Abrissbirne machen. Die Bürgermeisterin stellt hingegen ein Freibad in Aussicht – allerdings erst in drei bis vier Jahren.

Keine 30 Prozent der Wörgler haben bei der gestrigen Volksbefragung ihr Kreuzerl gemacht. „Soll die Wörgler Wasserwelt saniert werden und die Kosten die Stadtgemeinde Wörgl durch Aufnahme eines zusätzlichen Bankkredites finanzieren?“, war die Frage, auf die nur 27,11% eine Antwort gaben. Bürgermeisterin Hedi Wechner, Verfechterin des Abrisses, hatte im Vorfeld angekündigt, dass sie das Ergebnis dieser Volksbefragung nur dann berück-

Volksbefragung bei 27% ➤ Für Bürgermeisterin Wechner klares Abriss-Zeichen

# Es hat sich „ausgeplantscht“

sichtigen werde, wenn mindestens 70% der Wörgler zur Befragung kommen. Für sie spielt es also keine Rolle, dass fast 70% der 2768 gültigen Stimmen für den Erhalt der maroden Wörgler Wasserwelt gestimmt hatten.

Gabi Hausberger von der Initiative „Erhaltung des Wave“ und Klubobfrau des Triathlon-Vereins gibt sich dennoch optimistisch: „Der Schwimmsport im Unterland wird nicht sterben! Wir sind motivierter denn je – unser Weg geht weiter!“

### Wörglern wird Freibad in Aussicht gestellt

Wechner erklärte nach Bekanntwerden des Ergebnisses noch einmal, warum ihrer Ansicht nach eine Sanierung nicht sinnvoll ist: „Es ging bei dieser Befragung um sehr viel Geld. Geld, das die Stadtgemeinde

Foto: ZOOM.TIROL



Die schwer sanierungsbedürftige Wörgler Wasserwelt wird nun wohl bald Geschichte sein

Wörgl im Fall einer Erhaltung des Waves flüssig machen muss, und zwar – so wie es aussieht – die Stadtgemeinde alleine. Diese Sanierungskosten sind der Stadt nicht zuzumuten“, erklärt

Wechner. Die Stadt brauche das Geld für beispielsweise Kinderbetreuung oder ein bis zwei Feuerwehrautos.

Dem Wunsch nach einem Freibad habe sie aber durchaus gehört – sie setze alles

daran, diesem in drei bis vier Jahren nachkommen zu können. In der nächsten Gemeinderatssitzung wird man nun noch einmal – vielleicht zum letzten Mal – über das Wave diskutieren. . . N. Isser

Die heutige Volksbefragung wird das Schicksal besiegeln

# Wörgl entscheidet über Wave

Wie geht es mit dem Wörgler „Wave“ weiter? Über die Zukunft des beliebten, aber zweifellos sanierungsbedürftigen Schwimmbades ist man sich bekanntlich uneins. Die heutige Volksbefragung soll Klarheit bringen. Aber: Nur wenn mindestens 70 % der Wörgler mittun.

„Soll die Wörgler Wasserwelt saniert werden und die Kosten die Stadtgemeinde Wörgl durch Aufnahme eines zusätzlichen Bankkredits finanzieren?“, lautet die

Frage, die heute beantwortet werden soll. Bürgermeisterin Hedi Wechner versprach, sich an das Ergebnis zu binden – wenn mindestens 70 % abstimmen. Ein wohl unrealistisches Ziel.

Wird die Wasserwelt nicht saniert, soll sie mit Ende August geschlossen und dann abgerissen werden. Vor allem die Finanzierung macht der Bürgermeisterin Kopfzerbrechen, sind doch bereits Millionen Euro in das Bad geflossen. Sollte es tatsächlich geschlossen werden, stehen wage Pläne für die Zukunft im Raum: Ein reines Freibad beispielsweise, oder ein gemeindeübergreifendes Schwimmbad an einem neuen Ort. Nach der heutigen Befragung könnte das Schicksal des Wave besiegelt sein. . . Nadine Isser

Foto: Christof Birbaumer



Die Wörgler sind heute aufgerufen, über das Wave abzustimmen



Unter anderem betreuen Soldaten des Bundesheeres die Teststationen in den Bussen.

Foto: Bundesheer/Nalter

## Testbusse werden in den Bezirk Kufstein verlegt

**Kufstein** – Die Ausreisetestpflicht für den Bezirk Schwaz ist beendet. Wenige Kilometer weiter, im Bezirk Kufstein, gilt sie nach wie vor und bis mindestens 14. April. Deshalb werden drei Testbusse, die bisher in Weer, Jenbach und Strass standen, heute nach Ebbs, Ellmau und Rattenberg verlegt. Durchgeführt werden

die Tests in den mobilen Stationen unter anderem durch Mitglieder des Bundesheeres. 670 Soldaten sind in Tirol derzeit insgesamt im Einsatz – auch bei Kontrollen. Laut Militärkommandant Ingo Gstrein werden so auch die Voraussetzungen „für eine rasche Rückkehr in ein normales Leben“ geschaffen. (TT)

9.4.2021

TIROLER TAGESZEITUNG

## **Bürgermeister von Halle suspendiert**

Ein Bürgermeister ließ sich gegen Covid-19 impfen, obwohl er noch gar nicht an der Reihe war: Was in Österreich mehrfach passierte und sanktionslos blieb, hat in Deutschland Konsequenzen. Der Stadtrat von Halle an der Saale (Sachsen) hat

jetzt entschieden, Oberbürgermeister Bernd Wiegand deshalb zu suspendieren. Wiegand hatte eingeräumt, gemeinsam mit mehreren Stadträten und Mitarbeitern der Verwaltung bereits im Januar eine Impfung erhalten zu haben. Später begründete er das damit, die Impfstoffe vor dem Wegwerfen bewahrt zu haben.

*Arten Zeitung 9.4.2021*



# Innsbruck geht gegen Airbnb vor

Vermietungen über Ostern sorgen für Wirbel. Viele Freizeitwohnungsbesitzer aus Deutschland ließen sich in Kitzbühel gratis testen.

**Innsbruck** – Über Wochen hinweg haben Deutschland und Bayern vor Tirol gewarnt und die Grenzen dichtgemacht. Das hielt ihre Landsleute allerdings nicht davon ab, die Osterfeiertage in Tirol zu verbringen. Und auch das breitflächige Testangebot zu nützen. Laut 77-Informationen stammten bis zu 50 Prozent der Testwilligen an der Kitzbüheler Screeningstation nicht aus Österreich. Überwiegend seien sie aus Deutschland gekommen, heißt es.

Rund 5000 Kontrollen haben die Tiroler Behörden am Osterwochenende vor allem im Zusammenhang mit den Quarantänebestimmungen bei Freizeit- und Zweitwohnungsbesitzern durchgeführt. Dabei erfolgten 153 Anzeigen wegen Übertretungen, 31 davon im Bezirk Kitzbühel. Einmal mehr ist die Politik jedoch mit Problemen bei Airbnb konfrontiert. Diese Vermietungen sind nämlich kaum zu kontrollieren.

Für Innsbrucks Gesundheitsreferenten und Vizebürgermeister Johannes Anzengruber (ÖVP) ist das ein Ärgernis, schließlich gebe es immer wieder Beschwerden von Anrainern. „Über die Vorkommnisse habe ich das Meldeamt, die Stellen für das Gebäude- und Wohnungsregister sowie die Gewerbe- und die Baurechtsabteilung informiert“, sagt er. Nicht zum ersten Mal sei er von den betroffenen Anrainern informiert worden. „Das ist auch die einzige Möglichkeit, dagegen vorzugehen.“ Die gewerblichen

Airbnb-Vermieter würden sich an die Spielregeln halten, nicht aber jene, „die einfach Immobilien kaufen und dann über Airbnb vermieten“.



„So kann es wirklich nicht gehen. Die Beherbergungsbetriebe in der Stadt dürfen nicht die Dummen sein.“

Johannes Anzengruber, ÖVP (Vizebürgermeister) Foto: Rudy De Moor

Rund 1500 Wohnungen werden in Innsbruck über Airbnb angeboten. „Zukünftig soll eine eigens dafür eingerichtete Taskforce ‚Airbnb‘, bestehend aus Mitarbeitern der verschiedenen städtischen Dienststellen, solche Fälle bearbeiten und klären. Diese Taskforce wurde am 10. März vom Stadtsenat beschlossen“, betont der ÖVP-Vizebürgermeister. Er hofft, dass Bürgermeister Georg Willi (Grüne) diese rasch installiert.

Detail am Rande: Besagter Vermieter von Airbnb-Wohnungen, der offenbar seine Immobilien über Ostern zur Verfügung stellte, hat auch mehrere Wohnungen im Pema-2-Gebäude in der Landeshauptstadt erworben. Auch dort werden die Wohnungen zur Vermietung über Buchungsplattformen angeboten. (pn)



Über Airbnb wurden auch während der Osterfeiertage Wohnungen in Innsbruck an Touristen vermietet. Foto: AFP

# Hohe Wellen um die Wasserwelt

Die Mitglieder einer Initiative zur Rettung des Wörgler Bades und die ÖVP sind überzeugt: „Das Wave ist noch nicht am Ende.“

**Wörgl** – „Save das Wave“ – mit diesem Slogan wollen die Initiative rund um Gabi Hausberger sowie die Volkspartei und das ebenfalls bürgerliche Team Wörgl das Erlebnisbad retten und machen zugleich Stimmung für die Volksbefragung am 11. April. Als Fürsprecher hat man sogar einen ganz prominenten Sportler gefunden: Toni Innauer spricht sich dafür aus – „wenn es eine Möglichkeit gibt, den Betrieb im Wave so lange aufrechtzuerhalten, bis eine andere Infrastruktur verfügbar ist, dann soll sie unbedingt gesucht werden“.

Ein Alternativangebot Sommerbad wäre aus gesundheitlicher Sicht zu wenig, wie der Diätologe Alexander Osl erklärt. Es bräuche ein Ganzjahresangebot. Hausberger befürchtet sogar, dass das Aus für das Wave auch das Aus für den Schwimmsport ist. „Auch das Schulschwimmen wäre nicht mehr möglich“, sagt sie. Das nächste Hallenbad wäre im bayerischen Kiefersfelden „und das ist mit den eigenen Leuten und Kufsteinern voll ausgelastet“. Doch ist das Wave überhaupt zu retten? Gutachter Johannes Schmidt

hatte bei der jüngsten Gemeinderatssitzung nach einer Begehung mit Bürgermeisterin Hedi Wechner von einem „kaputten Gebäude“ gesprochen. „Das war aber kein Gutachten“, stellt dazu GR Andreas Taxacher (Team Wörgl) fest. Der Zustand dürfte auch keine Überraschung für die Stadtführung gewesen sein, „weil die Bürgermeisterin laufend die Berichte bekommen hat“, weiß Hausberger. Und das Bad sei auch sanierbar. „Das Wave ist noch nicht am Ende, das Wellenbecken ist gerade um 600.000 Euro saniert worden“, sagt VP-GR Michael Riedhart.

Die Grünen werden bezirksweit aktiv und bringen Anträge in anderen Gemeinden ein. Damit werden die Bürgermeister gebeten, Gespräche mit der Wörgler Stadtführung über die Erhaltung des Wave aufzunehmen, sagt Bezirkssprecherin Iris Kahn. „Bei so einer wichtigen Infrastruktur würde ich mir eigentlich mehr Engagement von Seiten der Bürgermeisterin erwarten, sie hat ihre Hausaufgaben jedoch nicht gemacht“, stellt der grüne GR Richard Götz fest. (wo)

# Wohnungen unter der Hand an Verwandte vergeben

Ehemaliger Obmann der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Siedlerbund gerät durch Sonderprüfbericht massiv unter Druck. Justiz prüft Ermittlungen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Im Auftrag des Landes Tirol hat der Revisionsverband der gemeinnützigen Bauvereinigungen, der das Aufsichtsorgan der Gemeinnützigen ist, die letzten Jahre der 25-jährigen Obmannschaft von Josef Altenweisl im Siedlerbund (GHS) penibel durchleuchtet. Sein Führungsstil war umstritten. Der gewählte Obmann und ehemalige ÖVP-Bürgermeister von Nußdorf-Debant führte die Baugenossenschaft mit Sitz in Innsbruck und Lienz so, als wäre es sein eigenes Unternehmen. Wie, das bricht jetzt auf. Der vor-

„Wir prüfen derzeit, ob wir Ermittlungen aufnehmen.“

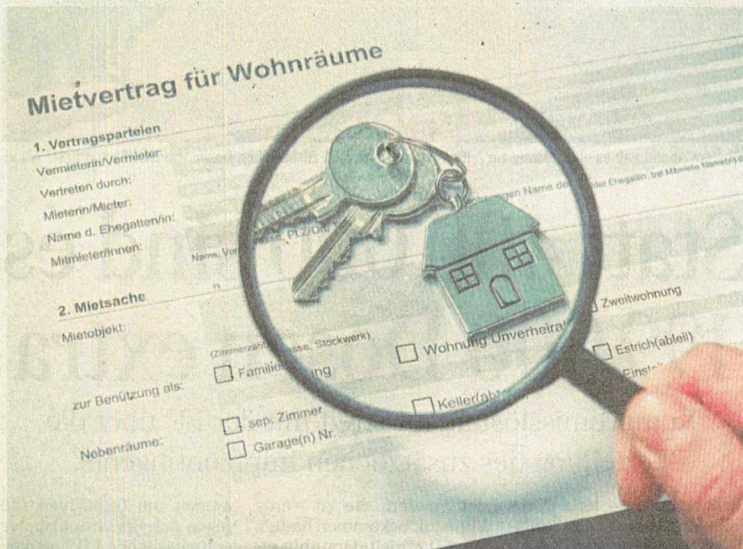
Hansjörg Mayr  
(Staatsanwaltschaft Innsbruck)

liegende Sonderprüfbericht gibt nämlich tiefe Einblicke, wie der Osttiroler „sein Unternehmen“ definierte.

Im Vorjahr wurde ein Abwahlantrag gegen ihn eingebracht, mit allen Mitteln versuchte Altenweisl, die Generalversammlung noch hinauszuzögern. Nachdem die Aufsichtsbehörde im Land eine außerordentliche Überprüfung seiner Tätigkeit im Siedlerbund angeordnet hatte, zog sich Altenweisl dann allerdings von sich aus zurück.

Neben internen Vorgängen, Spesenabrechnungen, „Promotionsgeschenken“ oder Karten für die Salzburger Festsche auf Kosten der GHS kommen vor allem zahlreiche dubiose Wohnungsvergaben ans Tageslicht. Aber auch ein geheim gehaltener und auf vier Jahre unkündbarer Dienstvertrag für eine im Siedlerbund angestellte Verwandte Altenweisls. Sie wurde zwischenzeitlich entlassen, beim Rechtsstreit geht es aktuell um mehr als 400.000 Euro – siehe nebenstehenden Artikel.

Wegen der massiven Vorwürfe im Prüfbericht – Altenweisl weist sie entschieden zurück und spricht lediglich von einzelnen Sachen während seiner 25-jährigen Tätigkeit – hat das Land Tirol darüber hinaus die Staatsanwaltschaft Innsbruck eingeschaltet. Der Sprecher der Anklagebehörde



In Innsbruck hat Ex-Obmann Altenweisl Wohnungen an diverse Verwandte vergeben. Die Aufsichtsbehörde und das Land Tirol habe diese Vorgänge jetzt unter die Lupe genommen. Foto: iStock

Hansjörg Mayr bestätigte am Donnerstag gegenüber der TT, dass „wir derzeit prüfen, ob wir Ermittlungen aufnehmen“.

Besonders pikant sind die Wohnungsvergaben: Unter Altenweisls Regie wurde beispielsweise wurde an die

Lebensgefährtin seines Nefen eine Wohnung statt um 63.000 Euro um 53.000 Euro verkauft. Laut Revisionsverband konnte die Kaufpreisreduktion nicht nachvollzogen werden. In Innsbruck hat sich der ehemalige Obmann

über das Vergaberecht der Stadt Innsbruck hinweggesetzt. Zum Zug kamen u. a. der Sohn eines Aufsichtsrats, wobei der Funktionär Altenweisls Neffe ist.

Eine andere Wohnung teilte er wiederum einer Verwandten seiner Ehefrau zu, auch gute Bekannte erhielten eine GHS-Wohnung in der Landeshauptstadt. Dies, obwohl die Stadt Innsbruck Altenweisl mehrmals darauf hingewiesen hat, dass die Stadt die Wohnungen zu vergeben habe. Laut Revisionsverband setzte sich der GHS-Obmann jedoch „bewusst“ darüber hinweg.

„In einer Gesamtbetrachtung zeigt sich ein Sittenbild, das geprägt ist von offensichtlichen Eigeninteressen.“

Sonderprüfbericht zu Altenweisl

In Kufstein bevorzugte er schließlich die Tochter eines Freundes, der außerdem für die GHS nebenberuflich tätig war. Schlussendlich gelangt der Revisionsverband in seinem Prüfbericht zu Altenweisl zur Überzeugung, dass sich in einer Gesamtbetrachtung ein Sittenbild zeigt, das geprägt ist von offensichtlichen Eigeninteressen, auch in dem Sinne, bestimmten Dritten Vorteile zu verschaffen.

## Ein unkündbarer Dienstvertrag

**Innsbruck** – Im Dezember 2019 wurde eine Verwandte von Ex-Siedlerbundobmann Josef Altenweisl vom Vorstand und Aufsichtsrat zum Mitglied der GHS-Geschäftsleitung bestellt. Bereits einen Monat später erfolgte dann eine zusätzliche Vereinbarung: Diese wurde erst jetzt bekannt, als die neue Geschäftsführung der engen Vertrauten Altenweisls die einvernehmliche Kündigung angeboten hat.

Altenweisl und sein damaliger Stellvertreter hatten ihr nämlich schriftlich zugesichert, dass der Siedlerbund bis Ende 2024 auf das Recht zur ordentlichen und außerordentlichen Kündigung bzw. zur Entlassung verzichtet. Das Schreiben war allerdings weder im Personalakt abgelegt noch



Gegen Altenweisl werden massive Vorwürfe erhoben. Er weist sie zurück. Foto: Oblasser

dem dritten Vorstandsmitglied bekannt.

Zwischenzeitlich hat sich der Siedlerbund von der Mitarbeiterin getrennt, ein Arbeitsgerichtsprozess steht im Raum. Mehr als 400.000 Euro stehen für den Siedlerbund dabei auf dem Spiel. (pn)

# Scharfe Kontrollen der „Freizeit“-Quarantäne

Alle Besitzer von Zweit- und Freizeitwohnsitzen, die ihren Osterurlaub in Tirol verbringen, werden kontrolliert.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Nicht nur Bayern hat derzeit strenge Quarantänebestimmungen für Einreisende, sondern auch Österreich. Wenngleich diese nicht so strikt sind: Wer bis 31. Mai aus dem Ausland nach Österreich bzw. Tirol einreist, muss sich grundsätzlich einer verpflichtenden, zehntägigen Quarantäne nach Einreise unterziehen, die frühestens nach fünf Tagen durch einen negativen PCR- oder Antigentest beendet werden kann. Zuletzt hat es während der Weihnachtsfeiertage Diskussionen darüber gegeben, weil sich in Tirol trotz der Reisebeschränkungen doch sehr viele Gäste aufgehalten haben. Das ist vor allem auf die Besitzer von Freizeitwohnsitzen zurückzuführen.

In Tirol gibt es bekanntlich 16.200 gewidmete Immobilien, die zu Ferienzwecken benutzt werden können. Dazu kommen noch geschätzte 10.000 illegale. Um Debatten wie vor drei Monaten zu verhindern – schließlich stehen die Osterfeiertage bevor –, wird das Land Tirol in den nächsten Tagen seine Kontrolltätigkeit erhöhen. Man geht davon aus, dass viele Freizeitwohnsitz-Besitzer ihre Osterferien in Tirol verbringen wollen. Gestern hat Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) deshalb von allen Bezirkshauptmannschaften einen Lagebericht über

die Kontrolle der Quarantänemaßnahmen angefordert. Das Ausmaß und die praktische Umsetzung der Kontrollen bei der selbstüberwachten Heimquarantäne sollte geschildert werden. Zugleich sind Platters Anweisungen klar.

„Als Ziel sollten bei allen registrierten Zweit- bzw. Freizeitwohnsitzen von ausländischen Personen Kontrollen durchgeführt werden.“

Günther Platter/VP  
(Landeshauptmann)

Als Ziel, so der Landeshauptmann, sollten bei allen registrierten Zweit- bzw. Freizeitwohnsitzen von ausländischen Personen Kontrollen durchgeführt werden. Dabei sei darauf zu achten, ob die Registrierung der Heimqua-

rantäne nach Einreise eingehalten werde. Überprüft werden aber nicht nur die Freizeitwohnsitze, sondern auch Fahrzeuge, deren Lenker den Kennzeichen nach nicht aus Tirol stammen. „Hierzu muss auch die Einhaltung der geltenden Ausreisebeschränkungen aus den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland im Zuge des dort vorherrschenden Oster-Lockdowns kontrolliert werden“, heißt es in dem Schreiben an alle Bezirksbehörden. Ab Gründonnerstag beginnt ja in den östlichen Bundesländern die „Osterruhe“.

Schlussendlich wird auch ein wachsames Auge auf Beherbergungs- und Appartementbetriebe geworfen. Hotels und Pensionen sind derzeit noch geschlossen. Bis heute soll es einen Zwischenbericht über bisher getätigte Maßnahmen geben.



Die Kontrolltätigkeit wird erhöht, vor allem bei Gästen wird die Einhaltung der Quarantänebestimmungen überprüft. Foto: Böhm

## Politik in Kürze

### Bauern beharren auf Feriensitzen

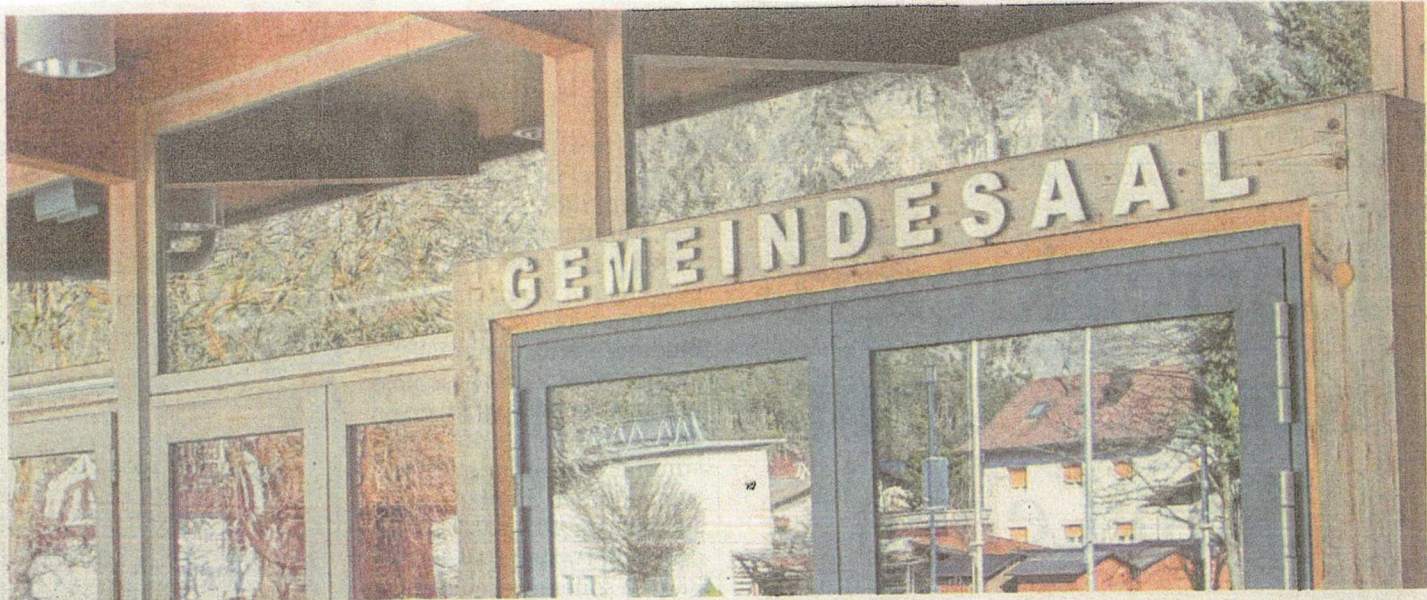
Unterstützung für das von Raumordnungslandesarat Johannes Tratter (VP) geplante partielle Verbot von Freizeitwohnsitzen kommt heute von den Tiroler NEOS. „Für die geplante Verschärfung des Raumordnungsgesetzes kann Tratter mit voller Rückenbedeckung von uns rechnen“, so der NEOS-Klubobmann Dominik Oberhofer. Sehr wohl würden die NEOS aber auch anerkennen, dass dies nur ein Teil der Lösung sein könne: „Landtagskollegen wie etwa Fritz-Abge-



Oberhofer unterstützt Raumordnungsreferent Tratter. Foto: Böhm

ordneter Markus Sint, die der Ansicht sind, das wäre das Allheilmittel in Sachen leistbares Wohnen, liegen mit der Einstellung meilenweit daneben.“

Das mit dem Verbot neuer Freizeitwohnsitze in Tirol auch die 2016 geschaffene Möglichkeit von Feriensitzen auf den Bauernhöfen wieder korrigiert wird, lehnt der stellvertretende ÖVP-Klubchef und Bauernbundmandatar Hermann Kuenz ab. „Sie können ohnehin nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gewidmet werden. Außerdem gibt es hier keinen Verkauf, sondern lediglich eine Verpachtung bzw. Vermietung.“ Das Eigentum bleibe gewahrt. (pn)



In Schönwies sorgte die Polizei für Irritationen und Ärger: An die 30 Zuhörer der Gemeinderatssitzung mussten den Saal verlassen.

Foto: Wenzel

TIROLER TAGESZEITUNG - 31.3.2021

# Polizei verwies Zuhörer aus Gemeinderatssitzung

Saal-Räumung in Schönwies sorgt für Irritationen. Polizei sieht Vorrang für die Gesundheit. Gemeindeabteilung widerspricht: Demokratie hat Vorrang.

**Schönwies** – Kopfschütteln, Irritationen und Ärger hat eine Polizei-Aktion am Montagabend in Schönwies ausgelöst. Die Polizei forderte sämtliche Zuhörer der Gemeinderatssitzung auf, den Saal zu verlassen. Es waren rund 30 Feuerwehrmänner und Bergretter, die Neuigkeiten zum geplanten Blaulichtzentrum erfahren wollten. Alle trugen FFP2-Masken, auf den Sitzplätzen hielt man sich an die Abstandsregeln.

Gegen 20.30 Uhr öffnete sich die Saaltüre. Ein Polizist und eine Polizistin forderten Bürgermeister Willi Fink auf herauszukommen. Dieser erklärte, dass eine Gemeinderatssitzung stattfinde. Laut Informationen des Landes ist die Anwesenheit von Zuhö-

rem erlaubt, „vor allem, wenn es auch um die Gemeindefinanzen geht“, so Fink.

Die Gesetzeshüter sahen das anders und ordneten an, dass sämtliche Besucher aus dem rund 300 Quadratmeter großen Saal rausmüssten. „In Räumen darf nur eine Person pro 20 Quadratmeter anwesend sein“, argumentierte der Polizist. Er habe nicht gewusst, „dass für Gemeinderatssitzungen jetzt auch schon die Kaufhaus-Regelungen gelten“, bemerkte der Bürgermeister irritiert.

Die Besucher kamen der polizeilichen Aufforderung unter mehr oder weniger leisem Protest nach und verließen die Sitzung. „Angezeigt haben sie uns nicht“, schilderte Feuerwehrkommandant Herbert

Traxl. „Für uns war es ärgerlich, weil wir die Debatte zum Blaulichtzentrum versäumt haben.“ Gestern habe es weder am Gemeindeamt noch bei ihm persönlich irgendwelche Nachfragen der Polizei gegeben, bestätigte der Bürgermeister. „Es war, als ob nichts gewesen wäre.“ Für die Polizei-Aktion fehle ihm jedoch jedes Verständnis.

Norbert Ladner, stellvertretender Bezirkspolizeikommandant in Landeck, sagte, den beiden Beamten seien zahlreiche geparkte Pkw vor dem Saal aufgefallen. Das sei der Anlass zum Einschreiten gewesen. „Es hätte ja auch eine illegale Party stattfinden können.“ Eine Sprecherin der Landespolizeidirektion erklärte, die beiden Beamten

hätten korrekt gehandelt: „Im Zweifel hat die Gesundheit Vorrang. Der Bürgermeister hätte für die Interessierten ja auch eine Video-Übertragung einrichten können.“

Die Leiterin der Gemeindeabteilung des Landes, Christine Salcher, widerspricht den Ausführungen der Polizei klar: „Eine Einschränkung der Öffentlichkeit bei Gemeinderatssitzungen wegen Corona ist unzulässig. Das demokratische Recht auf Teilnahme muss gewährleistet bleiben.“ Eine Entscheidung des LVwG (Landesverwaltungsgericht) liege vor, zudem gebe es Verordnungen des Bundes. Die von der Polizei-Anordnung betroffenen Personen könnten eine Maßnahmenbeschwerde einreichen. (hwe)

# Deutsche Anwälte „tarnen“ ihren Freizeitwohnsitz

Das Land Tirol will ein teilweises Verbot von Freizeitwohnsitzen einführen, zugleich fliegen immer mehr illegal genützte Ferienappartements auf.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Gestern ließ Raumordnungsreferent und Landesrat Hannes Tratter (VP) mit der Ankündigung aufhorchen, dass er die rechtliche Umsetzung eines partiellen Verbotes von Freizeitwohnsitzen vorbereitet. „Es gibt Regionen in Tirol, da sind neue Freizeitwohnsitze nicht zu akzeptieren“, begründet er seinen Vorstoß. Außerdem wirkt der Kontrolldruck, der Wildwuchs an (illegalen) Freizeitwohnsitzen in den vergangenen Jahren wird immer offensichtlicher. Das zeigt auch ein Fall, der jüngst am Landesverwaltungsgericht verhandelt wurde.

2017 hat ein deutsches Ehepaar in Tirol eine 86 Quadratmeter große Immobilie mit 96,20 m<sup>2</sup> Balkon sowie zwei Tiefgaragen-Abstellplätzen erworben. Als Freizeitwohnsitz darf es das Appartement in der Wohnanlage jedoch nicht nutzen. Seit vier Jahren ist das Ehepaar dort allerdings mit Nebenwohnsitz gemeldet und entrichtet überdies die Tourismuspauschale (!). Weil in der Anlage sechs Wohnungen nur teilweise bewohnt werden, wurde die Gemeinde hellhörig. Sie leitete ein Verfahren ein, führte umfangreiche Kontrollen durch und untersagte schließlich die Benützung der Wohnung als Freizeitwohnsitz.

Das ließ sich das Ehepaar nicht gefallen und legte Beschwerde ein. Sein Argument: Die Wohnung werde nämlich als Arbeitswohnsitz



Freizeitwohnsitze in Tirol sind vor allem in Deutschland heiß begehrt. Viele Wohnungen davon werden aber illegal zu Ferienzwecken genützt. Foto: Böhm

verwendet. Als spezialisierte Rechtsanwältinnen seien sie in Wirtschaftskanzleien tätig, Klientenkontakte für sie nicht die Regel. Und weiters: Mandantengespräche würden zumeist über Skype oder Zoom stattfinden. Auch seien keine regelmäßigen Gerichts- und Behördentermine wahrzunehmen, sondern die „absolute Ausnahme“. Sollten sie einen Termin haben, würden sie in der Früh losfahren und meist erst am Abend wieder in ihre Wohnung zurückkehren.

Aus diesem Grund sei bei den Kontrollen vermutlich niemand angetroffen worden.

Das Landesverwaltungsgericht beurteilte den Sachverhalt jedoch völlig konträr: Es geht von einer überwiegenden beruflichen Tätigkeit der beiden Anwälte in Deutschland aus. Schließlich ist das Auto des Rechtsanwalts auch dort zugelassen, die finanziellen Agenden werden fast ausschließlich über Banken in Deutschland abgewickelt. Fazit des Gerichts: „Die seitens

der Rechtsvertretung behauptete Nutzung des Wohnsitzes analog einem Berufspendler erweist sich daher als völlig aus der Luft gegriffen.“

Damit die Entwicklung mit den Freizeitwohnsitzen nicht aus dem Ruder läuft – 16.200 gewidmete gibt es, 10.000 dürften illegal genützt werden –, steigt die schwarz-grüne Landesregierung jetzt auf die Bremse. Die Grünen unterstützen dabei Tratter. „Dass die bestellten Gemeindeaufsichtsorgane auch die Freizeitwohnsitze kontrollieren sollen, war für uns Grüne eine von mehreren Bedingungen dafür, dass die Bestellung von Gemeindeaufsichtsorganen überhaupt gesetzlich ermöglicht wird“, sagt Landtagspräsidentin Stephanie Jicha. Die Grünen würden sich nicht nur für die massive Beschränkung neuer Freizeitwohnsitze aussprechen, sondern darüber hinaus für eine konsequente Kontrolle der bestehenden.

Aus der ÖVP kommt ebenfalls breite Unterstützung. „Dieser Schritt war schon längst überfällig“, betont AK-Präsident Erwin Zangerl. Schließlich würden zahlungskräftige Investoren dadurch die Grundstückspreise in die Höhe treiben. Dass vor fünf Jahren Freizeitwohnsitze auf Bauernhöfen ermöglicht wurden, bezeichnet Zangerl als falsches Signal.

ÖVP-Wirtschaftsbundobmann NR Franz Hörl kann den „kalten Betten“ ohnehin nichts abgewinnen. „Ich sehe die Entwicklung bei den Freizeitwohnsitzen sehr kritisch.“

# Westendorf stellt die Weichen

Heute Abend stimmt der Westendorfer Gemeinderat über den Optionsvertrag zum Grundstück der Stadt Innsbruck ab. Danach kann die Ausarbeitung eines Projekts für die neue Freizeitanlage starten.

Von Harald Angerer

**Westendorf** – Es ist eine sehr, sehr lange Geschichte, die nun ins letzte Kapitel zu gehen scheint. Schon seit Jahrzehnten wird über die Zukunft des Schwimmbades in Westendorf diskutiert. Vor allem in den vergangenen Jahren ist Bewegung ins Spiel gekommen und heute Abend wird es wohl eine entscheidende Sitzung des Gemeinderates in Westendorf geben. Die Mandatäre müssen über den Optionsvertrag zum Areal der Stadt Innsbruck abstimmen. Damit wäre wohl auch die Geschichte des Schwimmbades im Ort besiegelt, denn auf der Fläche der Stadt Innsbruck soll eine Freizeitanlage mit Badesee entstehen.

Kürzlich hatte schon die Stadt Innsbruck ihr Okay zu dem Vertrag gegeben. Es handelt sich dabei um ein Baurecht für die Gemeinde Westendorf für die 10,8 Hektar große Fläche. Der Baurechtszins liegt bei 80.000 Euro.

**„Für mich geht es heute nur um den Vertrag, das ist noch keine Entscheidung für den See.“**

Walter Leitner-Hözl (Vizebürgermeister)

„Für mich geht es heute nur um den Vertrag, das ist noch keine Entscheidung für den See“, betont Vizebürgermeister Walter Leitner-Hözl. Es müssten erst die Pläne für

die neue Freizeitanlage ausgearbeitet werden. „Es sollte aber auch parallel an Plänen für die Sanierung des alten Schwimmbades gearbeitet werden, sonst stehen wir am Ende wieder ohne etwas da“, fordert Leitner-Hözl. Die Bürgermeisterin wurde ja vom Gemeinderat bereits im September des Vorjahres damit beauftragt, mit der Planung für die Sanierung des Schwimmbades zu beginnen. „Passiert ist da nichts, soweit ich weiß“, sagt der Vizebürgermeister.

Auch für die Liste „Aufwind“ ist die Entscheidung heute Abend erst ein Startschuss dafür, ein Projekt für das Innsbrucker Areal auszuarbeiten. „Entschieden ist dann noch nichts, aber wir brauchen endlich einmal ein klares Projekt und damit Zahlen. Erst dann wird es eine Entscheidung geben“, sagt Gemeinderat Leonhard Schroll (Aufwind). Ohne genaue Zahlen könne keine Entscheidung gefällt werden. Das sieht auch Bürgermeisterin Annemarie Plieseis (WIR) so: „Wir haben heute nur den Optionsvertrag auf der Tagesordnung. Den brauchen wir, um weitermachen zu können.“

Bereits bei einer Gemeindeversammlung im Jahr 2019 wurde den Westendorfern ein erster Ausblick gegeben, wie eine solche Freizeitanlage auf dem Grundstück verwirklicht werden könnte. Diese soll gemeinsam mit dem Tourismusverband und der Bergbahn Westendorf entstehen,



Der Gemeinderat in Westendorf entscheidet über den Optionsvertrag zu einem 1,8 Hektar großen Grundstück der Stadt Innsbruck in der Gemeinde.

Foto: Angerer

Kommentar

## Eine Frage des Respekts

Von Harald Angerer

Die Diskussion um das Schwimmbad Westendorf spaltet und nervt zugleich. Seit 16 Jahren schafft es die Gemeindepolitik nicht, eine Lösung für das alte Bad zu finden. Sanieren, neu bauen oder einen See als Alternative. Die Auswahl ist groß, vor allem da mit dem Baurecht auf ein Grundstück der Stadt Innsbruck eine neue Freizeitanlage mit See wieder ins Spiel zurückkommt. Bei allem Hin und Her, die Frage, was eigentlich die Westendorfer wollen, ist bisher nicht beantwortet. Zumindest gibt es 1600 Unterschriften, die sich für den Erhalt des Bades aussprechen. Das sind weit mehr, als jede einzelne Liste im Gemeinderat an Stimmen bekommen hat. Auch wenn das nur Unterschriften auf einer Liste sind, sie hätten es sich wohl wenigstens verdient, dass die Westendorfer selbst befragt würden zu einem Projekt, welches die Gemeinde über Jahrzehnte bindet und verschuldet.



welche den See dann auch als Speicherteich nutzen möchte. Die geschätzten Kosten für die Sanierung des bestehenden Schwimmbades liegen bei vier Millionen Euro, jene für einen Neubau der Freizeitanlage bei etwa dem Doppelten. Doch genaue Zahlen erhofft man sich nun aus der Projekterstellung.

Nicht leichter wird die Entscheidung heute Abend für die Westendorfer Gemeinde-

räte wohl auch, weil bei einer Unterschriftenaktion einer Gruppierung im Jahr 2019 mehr als 1600 Unterschriften für den Erhalt des bestehenden Schwimmbades gesammelt wurden. Diese wurden dann auch Bürgermeisterin Annemarie Plieseis übergeben. „Wir sind enttäuscht, da unsere Unterschriften überhaupt kein Gehör gefunden haben“, sagt ein Mitglied der Initiatoren der Unterschriften-

tenliste. Immerhin 1200 der insgesamt 1615 Unterschriften würden auch von Westendorfern stammen. „Das ist belegt und die Liste liegt auch der Bürgermeisterin vor“, sagt das Mitglied und fordert weiter, „dass bei so einer wichtigen Entscheidung noch das Volk befragt wird“. Man wünsche sich eine Volksbefragung vor der Letztentscheidung, ob Schwimmbaderhaltung oder Seneubau.

**Brücken-Kundgebungen in Niederndorf und Oberaudorf:**

**„Wir bieten den Medien keine negativen Bilder“**



Unter dem Motto „Menschen in ihrer Eigenständigkeit stehen zusammen“ fand am Sonntagnachmittag eine Brücken-Kundgebung sowohl in Niederndorf als auch in Oberaudorf statt. „Lassen wir uns nicht spalten“, forderte Kundgebungsleiter Harald Körber einige hundert Teilnehmer auf, die friedvoll ihren Unmut äußerten.

Ein Zusammenkommen der Teilnehmer auf beiden Seiten der Grenze war nicht möglich und auch die Technik spielte nicht mit, sodass jeder für sich seine Demonstrationen gegen die Corona-Auflagen kundgeben musste. Per Telefon und Mikrophon konnte man sich einen ungefähren Eindruck davon machen, was auf der Oberaudorfer Seite los war – offensichtlich waren dort etwas mehr Menschen vertreten als auf der Tiroler Seite.

Alexander Ehrlich war der Hauptredner der Kundgebung. Er sprach klipp und klar aus, was man sich seitens der Regierung erwartet, nämlich, dass sie abdanken und gehen sollte. „Ich war so froh, als Österreich der EU beigetreten ist und deshalb ist es für mich unglaublich, dass jetzt wieder Polizei und Bundesheer an der Grenze stehen“,

sagt Ehrlich.

**Keine Corona-Leugner**

Weder die Organisatoren noch die Teilnehmer verleugnen das Virus, jedoch zeigt man Unverständnis darüber, dass wegen einer Krankheit die Grenze geschlossen wird. „Wir stehen das gemeinsam durch“, lautete die Parole. Wenn jemand für ein ganzes Land entscheidet, dann müsse er vorher mit dem Volk reden, war man der Ansicht. Eine entscheidende Rolle in der momentanen Situation spielt die Polizei. Körber warnte davor, dass man seinen Frust bei diesen Beamten ablässt. „Ich verstehe es, dass niemand von ihnen momentan seinen Job aufs Spiel setzen will“, erklärte Körber, der zu jenen zehn Personen zählt, die seit vielen Monaten die wöchentliche Demonstration in Kufstein organisiert. Sollte jemand eine Strafe bekommen, wegen des Nichttragens einer Maske oder des Nichteinhaltens des Abstands, dann rät er, dass man die Strafanzeige über sich ergehen lassen und diese dann beeinspruchen sollte. Die Chance, dass diese Anzeigen halten, seien äußerst gering und die Vereinigung arbeite zudem mit einer Reihe von Rechtsanwälten

zusammen, die sich intensiv mit dieser Problematik beschäftigen.

Heftig kritisiert wurden die Testungen an den Schulen und die Verpflichtung des Maskentragens während des Unterrichts. „Es hinterlässt tiefe Spuren in den Kindern, wenn sie positiv – möglicherweise sogar falsch positiv – getestet und abgesondert werden“, weiß Körber. Die 14-jährige Schülerin Luna aus Fieberbrunn erklärte in ihrem Brief, den sie im Dezember an die Medien geschrieben hatte, dass es nie ein Ende der Einschränkungen geben wird, solange immer mehr getestet wird. Auch dass der Tiroler Bezirk Schwaz zum Versuchslabor für ganz Europa wurde, ist den Veranstaltern unverständlich. Kritisiert wird auch die Handlungsweise der Politik gegenüber Corona-Medikamenten, die erwiesenermaßen helfen und wenig kosten und auf die man mit Anzeige reagiert. Zudem sei es unverantwortlich, dass man nichts davon hört, wie man das eigene Immunsystem stärken kann.

„Wenn alle Verantwortung für sich selbst übernehmen, dann ist der Spuk rasch vorbei“, waren sich die Redner einig. -be



Einige Hunderte kamen zur Brücken-Kundgebung



Kundgebungsleiter Harald Körber



Ein Polizei-Aufgebot marschiert in Richtung Innbrücke



Klare „Aussage“ der Hündin Stella



Luna verlas ihren Leserbrief, der im Dezember viele Reaktionen brachte





## Vignettenbefreiung bis Kufstein Süd bleibt aufrecht

Ende Jänner sorgte ein Gutachten der ASFINAG für Aufregung: Eine dauerhafte Vignettenbefreiung auf bestimmten Autobahnabschnitten könne nicht begründet werden. Der Verkehrsausschuss beschloss jedoch, die Mautbefreiung aufrecht zu erhalten.

Ein Gutachten kommt zu dem Schluss, dass aufgrund der veränderten Verkehrssituation aufgrund der Covid-19-Pandemie nur für Jänner und Februar 2020 repräsentative Verkehrsdaten zur Evaluierung zur Verfügung stehen. Deswegen bleibt die Mautbefreiung für die beschlossenen Abschnitte erhalten. Die Verkehrszählungen von Jänner und Februar 2020 mit den relevanten Vergleichszeiträumen von 2017 bis 2019 zeigen signifikante Verkehrsrückgänge am niederrangigen Straßennetz.

„Es ist sehr erfreulich und wichtig für die Bevölkerung, dass die Mautbefreiung weiterhin in Kraft bleibt. Lediglich zwei Monate konnten wirklich verglichen werden und diese zeigen eindeutig, wie wichtig die Mautbefreiung für die betroffenen Gebiete ist. Besonders am Wochenende gab es deutlich weniger Verkehr auf den Landesstraßen, die meisten Autofahrer nutzten die Autobahn. Ich bin mir sicher, dass unter normalen Bedingungen ein enormer Verkehrsrückgang auf den niederrangigen Straßennetzen zu bemerken ist“, so ÖVP-NR Josef Hechenberger.

„Die Gutachter kommen – trotz recht dürftiger Datenlage – zum Schluss, der Zweck der Verkehrsverlagerung sei nicht erfüllt worden und auch die Schadstoff- und Lärmwerte seien nicht merkbar zurück gegangen. Hier kommen aber nicht nur die Bundesländer zu einem anderen Schluss. Die erhobenen und errechneten Verlage-



Trotz einer Studie der ASFINAG zur Verkehrslage bleibt die Vignettenbefreiung bis Kufstein Süd auch weiterhin bestehen. Foto: Pierzinger

rungspotentiale rund um Kufstein sprechen aus meiner Sicht eine durchaus deutliche Sprache: Die Vignettenbefreiung hat dort zu einer klaren Entlastung des Stadtgebiets geführt, insbesondere zu den Stoßzeiten“, erklärt Grünen-Verkehrssprecher Hermann Weratschnig.

Erfreut zeigt sich auch der Kufsteiner FPÖ-Stadtparteiobmann LA Christof Ranzmaier über die jüngste Entscheidung des Nationalrats in Sachen Vignettenfreiheit: „Das der Verkehrsausschuss den Bericht der ASFINAG ohne weiteren Wunsch nach Evaluierung zur Kenntnis genommen hat, ist ein weiterer kleiner Etappensieg für die Bevölkerung in der Unteren Schranne.“

### Intensive Bewerbung gefordert

Lt. Ranzmaier seien nach wie vor viele Mautflüchtlinge auf den Ausweichrouten unterwegs. „Nun gilt es, den nächsten Schritt zu setzen, welcher nur eine intensivere Bewerbung der Mautfreiheit sein kann“, fordert Ranzmaier entsprechende Beschilderungen entlang der deutschen Autobahn, als auch entlang der Bundesstraße auf dem Retourweg. „Im Zuge einer Anfragebesprechung habe ich diese Problematik auch der zuständigen grünen Verkehrslandesrätin Ingrid Felipe noch einmal detailliert nähergebracht,

weshalb ich nun darauf hoffe, dass dieses Thema bis spätestens nächsten Winter angegangen wird“, erklärt der Freiheitliche abschließend.

### Resolution übergeben

Im Februar schlossen sich die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden zusammen und formulierten eine gemeinsame

Resolution. Darin nehmen sie Stellung zu den Ergebnissen der Evaluierung und fordern die Beibehaltung der Mautbefreiung ein. Josef Hechenberger hat die Resolution von den Bürgermeistern übernommen und vor dem Verkehrsausschuss dem ÖVP-Verkehrssprecher Andreas Ottenschläger übergeben.

# Maut: Die Freiheit bleibt

**Nach Verkehrsausschuss steht fest: Kufsteiner Mautbefreiung bleibt in Kraft, Bürgermeister-Resolution übergeben.**

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Aufatmen in Kufstein – die Mautausnahme für die Strecke auf der A 12 bei Kufstein bis zur Staatsgrenze bleibt bestehen, das hat der Verkehrsausschuss des Nationalrates am Dienstag, den 16. März in Wien bekräftigt. Dort wurde der Bericht des Klimaschutzministeriums zu den Evaluierungen der Asfinag-Untersuchungen behandelt. Dabei ging es um die Auswirkungen der Vignettenbefreiung bei Salzburg, Kufstein und Bregenz sowie Stellungnahmen aus den Bundesländern. Die Grundlage für die Entscheidung im Verkehrsausschuss lieferte ein Gutachten. Dieses bestätigt,

dass nur für Jänner und Februar 2020 repräsentative Verkehrsdaten zur Evaluierung zur Verfügung stehen. Die Asfinag hatte bereits im Jänner 2021 ein Gutachten vorgelegt, um – wie vereinbart – die neue Regelung zu evaluieren. Darin war man zum Schluss gekommen, dass der Zweck der Mautbefreiung nicht erreicht wurde, was von Politikern in und rund um Kufstein unter anderem wegen der veränderten Verkehrssituation im Zuge der Corona-Pandemie kritisiert wurde. Vergleicht man die Verkehrszählungen von Jänner und Februar 2020 mit den Vergleichszeiträumen von 2017 bis 2019, so zeigen sich Verkehrsrückgänge am niederrangigen Straßennetz. Nach der Bekräftigung durch den Verkehrsausschuss bleibt die Mautbefreiung für den Abschnitt bei Kufstein erhalten. Der Ausschuss hat sich dafür entschieden, diesen Punkt endzuerledigen – die Mautausnahme muss



**Der Verkehrsausschuss in Wien hat bekräftigt, dass die Mautbefreiung für den Streckenabschnitt bei Kufstein aufrecht bleibt.**

Foto: Fluckinger

also nicht mehr im Plenum debattiert werden und bleibt aufrecht. Erfreut darüber zeigen sich die Tiroler NR-Abgeordneten Josef Hechenberger (ÖVP) und Hermann Weratschnig (Grüne). „Es ist sehr erfreulich und wichtig für die Bevölkerung, dass die Mautbefreiung weiterhin in Kraft bleibt. Aufgrund der Covid-19-Pandemie gab es keine ausreichenden Daten für eine aussagekräftige Evaluierung“, sagt Josef Hechenberger. Vor dem Verkehrs-

ausschuss übergab er eine Resolution von sechs Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden an den ÖVP-Verkehrssprecher Andreas Ottenschläger. „Für viele Betroffene war die Schlussfolgerung der Gutachter kaum nachvollziehbar, wonach der Zweck der Vignettenbefreiung bei Salzburg, Kufstein und Bregenz nicht erreicht worden sei“, so Hermann Weratschnig, Verkehrssprecher der Grünen nach dem Verkehrsausschuss im Parlament.

## An 35 Tagen: Tirol hält an Blockabfertigungen fest

An insgesamt 35 Tagen wird der Güterschwerverkehr aus Deutschland kommend am Checkpoint bei „Kufstein Nord“ heuer blockweise abgefertigt. Dabei werden maximal 300 LKW pro Stunde den Checkpoint passieren, wobei die LKW bereits frühzeitig durch automatisierte Anzeigen verlangsamt werden.

### Wirksame Maßnahme

Die Blockabfertigungen befinden sich seit mittlerweile vier Jahren im Regelbetrieb und haben sich als wirksame Maßnahme zur Vermeidung großräumiger Überlastungen entlang der Inntalautobahn bewährt, wie LH Günther Platter betont: „Auch für den Dosierkalender des zweiten Halbjahres 2021 haben die Experten die Erfahrungen der Vorjahre analysiert und dementsprechend die für einen Verkehrskollaps kritischen Tage definiert. Mit der Blockabfertigung konnten bislang gefährliche Situationen an den Anschlussstellen verhindert und die Verkehrs- und Versorgungssicherheit aufrechterhalten werden.“

2018 waren es 27 Dosiertage, 2019 insgesamt 35. Aufgrund des coronabedingten Rückgangs der morgendlichen Verkehrsspitzen waren 2020 nur 24 der 35 geplanten Dosiertage erforderlich. Dazu erklärt Verkehrslandesrätin LH-Stv. Ingrid Felipe: „Beim Dosierkalender geht es vor allem darum, jene Tage zu identifizieren, an denen verstärkte LKW-Spitzen am Morgen in



Foto: twenty20photos

Kufstein auftreten und in Kombination mit generell starkem KFZ-Verkehr auf der A12 Inntalautobahn bzw. A13 Brennerautobahn massive Störungen verursachen können. Je nach aktueller Verkehrslage wird die Dosierung an diesen Tagen dann wieder zeitgerecht aufgehoben. 2020 wurden die durchgeführten Dosierungen durchschnittlich für vier Stunden aufrechterhalten.“

Dass die halbautomatisierte Dosieranlage auch bei Schlechtwetterlagen den Verkehrsfluss durch das Inntal und über den Brenner sicherstellen kann, zeigte sich im vergangenen Jahr an zwei Tagen, wie Felipe betont: „In Abstimmung mit den deutschen und italienischen Behörden konnten wir so am 27. Oktober bzw. 9. Dezember 2020 mit der Verlängerung der Dosierung in Kufstein ein totales Verkehrschaos über den tiefwinterlichen Brennerpass trotz massiver Schneefälle vermeiden.“

### Info

#### Dosierkalender:

10., 11., 12., 14., 21., 22., 25., 26.,  
27., 31. Mai  
1., 4. Juni  
5., 12., 19., 26. Juli  
27. Oktober  
2., 3., 10., 17., 24. November  
1., 2., 9., 13., 14., 15. Dezember

## Tirol radelt wieder ab 20. März

**D**ie Klimaschutz-Initiative von Klimabündnis und Land Tirol ruft alle Tiroler zum Mitradeln auf. Den Radbegeisterten, die ihre Kilometer online eintragen, winken attraktive Preise. Im letzten Jahr haben rund 3.500 Personen drei Millionen Radkilometer gesammelt.

Die Teilnehmer von „Tirol radelt“ haben im letzten Jahr gemeinsam 75 mal die Erde umrundet. Tirol lag damit auf Platz zwei im österreichischen Bundesländer-Vergleich. 114 Gemeinden, 114 Betriebe, 59 Vereine und 18 Bildungseinrichtungen hatten zum Mitradeln aufgerufen und um jeden Radkilometer gekämpft. Und auch heuer sind wieder zahlreiche Veranstalter aus ganz Tirol mit dabei.

### Wie kann ich mitradeln?

Von der Alltagsradlerin, über den Mountainbiker bis zur Genussradlerin – alle Radbegeisterten können sich unter [tirol.radelt.at](http://tirol.radelt.at) anmelden. Die gefahrenen Kilometer werden mittels Handy-App automatisch aufgezeichnet, oder im persönlichen Account manuell eingetragen. Gefragt sind nicht Tempo oder Höchstleistungen, sondern der Spaß am Radeln. Wer bis 30. September mindestens 100 Kilometer auf dem Drahtesel zurücklegt, hat die Chance auf einen der Hauptpreise.

### Wer hat die Nase vorne?

Das besondere bei „Tirol radelt“: Die gesammelten Kilometer können einer Gemeinde, einem Arbeitgeber, einem Verein oder einer Schule gutgeschrieben werden – über 300 Veranstalter waren 2020 mit dabei.



Eine Anmeldung ist unter [tirol.radelt.at](http://tirol.radelt.at) möglich

Foto: Klimabündnis Tirol/Lechner

### Radeln für den Klimaschutz

Knapp die Hälfte aller Autofahrten in Österreich sind kürzer als fünf Kilometer. „Hier gilt es anzusetzen“ ist Klimabündnis-Obfrau Ingrid Felipe überzeugt. Ob in die Arbeit, zur Schule oder in der Freizeit – viele dieser Fahrten können mit dem Rad zurückgelegt werden. „Wenn der motorisierte Verkehr sinkt, steigt die Lebensqualität im Land. Radfahren ist also nicht nur gut für unsere Gesundheit und das Geldbörsel, sondern auch für die Umwelt und das Klima“, so die Mobilitätslandesrätin.

# Ellmau ist uneins

Gemeinde plant an millionenschwerem Projekt „Liste Plus für Ellmau“ glaubt, dass es nicht finanzierbar ist.

BARBARA FLUCKINGER

ELLMAU. Es ist ein großes Projekt, das sich die Gemeinde Ellmau vorgenommen hat. In der Nähe des neuen Festplatzes soll ein Mehrzweckgebäude errichtet werden. Ursprünglich ging es darum, für das Eltern-Kind-Zentrum (EKIZ) und für den Kindergarten eine Lösung zu finden. Das EKIZ ist momentan im alten Gemeindeamt im Ortszentrum situiert, das Gebäude ist aber, wie Bgm. Klaus Manzl es formulierte, „grenzwertig und am Ende“.

Im Jänner 2019 war die Gemeinde mit dem Großprojekt in die Planungs- und Ausschreibungsphase gegangen. Bereits damals stand



13 von 15 Mandataren haben sich in der Dezember-Gemeinderatssitzung grundsätzlich für die Umsetzung des Projektes ausgesprochen. Foto: Fluckinger

fest, dass das Projekt eine finanzielle Herausforderung für die Gemeinde darstellen würde. Untergebracht werden sollten in einem neuen Gebäude das EKIZ und der Kindergarten.

Daraus wurde im Laufe der Planungen jedoch mehr. Nun plant man in Ellmau an einem Mehrzweckgebäude, das auch Ärzten, Therapeuten und drei Vereinen

ein neues Zuhause geben soll. Grundsätzlich fand das auch Anklang im Gemeinderat. Mit 13 Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen fasste dieser im Dezember den Grundsatzbeschluss, das Projekt umzusetzen. Wirbel in die Angelegenheit bringt nun aber die „Liste Plus für Ellmau“. Sie glaubt, dass das Projekt für die Gemeinde nicht finanzierbar ist.

# bei Finanzierung

Laut Schätzungen, die im Dezember-Gemeinderat gemacht wurden, liegen die Gesamtprojektkosten bei rund 15 Millionen Euro. Zieht man Förderungen ab, die der Gemeinde in Aussicht gestellt wurden, könnte man mit knapp 12 Millionen Euro rechnen, die es zu finanzieren gilt – so zumindest lautete der Stand im Dezember 2020.

## „Kein Investitionsplan“

Gerhard Pohl von der „Liste Plus für Ellmau“ kritisiert, dass „bis zum heutigen Tage“ dem Gemeinderat kein Investitions- oder Finanzierungsplan vorliege. Ellmau werde über Jahre hinweg mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Kosten für Straßenerhaltung sowie weitere anstehende Projekte wie eine mögliche Erweiterung bzw. ein Umbau der Volksschule seien dadurch gefährdet. „Auch unter der Berücksichtigung der Minderein-

nahmen durch Corona ist das, was wir hier vorhaben einfach nicht stemmbar“, sagt Pohl. Er kritisiert auch, dass es bislang keinen Investitionsplan gebe. „Wir sind für das EKIZ und den Kindergarten, jedoch muss es für Ellmau leistbar sein“, so der Tenor.

## Manzl: Kosten werden erhoben

Bgm. Klaus Manzl verweist indes auf den mehrheitlichen Gemeinderatsbeschluss, in dem man sich grundsätzlich für die Umsetzung ausgesprochen hat. „Wir sind gerade dabei, eine genauere Kostenerhebung zu machen und befassen uns auch mit möglichen Einsparmöglichkeiten. Dies wird in einer Arbeitsgruppe durchgeführt, in der auch die ‚Liste Plus für Ellmau‘ von Anfang an dabei war“, so Manzl. Eine Reduktion auf EKIZ und Kindergarten würde aus seiner Sichtweise zwar Kosten sparen, es sei jedoch von Anfang an von ihm und dem Gemeinde-

rat gewünscht, auch für zwei Ärzte und mehrere Vereine „längst überfällige Räumlichkeiten“ zu schaffen. „Ich betrachte das ebenfalls als eine Grundaufgabe der Gemeinde und bin froh, dass wir hier endlich lang zugesagte Möglichkeiten umsetzen können“, so Manzl. „Wir sind dabei, genauere Fakten, Preise und Einsparungspotentiale zu erheben. Des Weiteren hoffe ich, auch vom Land Tirol noch weitere Finanzierungshilfen zugesagt zu bekommen“, sagt Bgm. Klaus Manzl.

## UMFRAGE


 Mehr dazu und eine Umfrage finden Sie auf [meinbezirk.at/kufstein/](https://meinbezirk.at/kufstein/)

Foto: Fluckinger



# Land hält an Blockabfertigung fest

16 Dosiertage sind im zweiten Halbjahr vorgesehen, somit insgesamt 35.

KUFSTEIN, TIROL. Das Land wird an den Blockabfertigungen festhalten, wie es kürzlich Landeshauptmann (LH) Günther Platter und Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe verlauten ließen. Die Verkehrs- und Versorgungssicherheit soll an den verkehrsreichen Tagen nach wie vor gewährleistet werden können, so die Landesregierung. Gleichzeitig wurde der Dosierkalender für das zweite Halbjahr 2021 vorgestellt.

## 16 Tage im zweiten Halbjahr

Wie immer nahm man die Erfahrungswerte der Vorjahre, um eine Basis für die Bestimmung der verkehrskritischen Tage zu erhalten. Das Ergebnis: An 16 Tagen soll in der zweiten Jahreshälfte von 2021 eine Blockabfertigung stattfinden. Der Güterschwerverkehr, aus Deutschland kommend, soll am Checkpoint bei Kufstein-Nord



**An 16 Tagen wird in der zweiten Jahreshälfte blockabgefertigt: Maximal 300 Lkw dürfen stündlich den Checkpoint bei Kufstein passieren.**

Foto: Land Tirol/Sedlak

blockweise abgefertigt werden. Insgesamt sind für das Jahr 2021 somit 35 Dosiertage vorgesehen. Dabei werden maximal 300 Lkw pro Stunde den Checkpoint passieren, wobei die Lkw bereits frühzeitig durch automatisierte Anzeigen verlangsamt werden.

## Bewährte Maßnahme

Da sich die Praxis der Block-

abfertigung mehr als bewährt habe, wird diese auch beibehalten. „Alles in allem ist es wesentlich, dass wir mit diesen Notmaßnahmen die Verkehrsflüssigkeit und Leichtigkeit an besonders kritischen Tagen entlang der Inntalautobahn für alle am Verkehr Beteiligten sicherstellen“, sagt LHStvin Ingrid Felipe abschließend.

# Gurgiser übt

Fritz Gurgiser ertet in Forderung von Euregio Inntal ein Verlangen nach unkontrolliertem „Transitieren“.

BARBARA FLUCKINGER



Gurgiser fordert, dass Gesundheit vor freiem Güterverkehr stehen sollte.

KUFSTEIN, TIROL. Erst am Donnerstag, den 4. März forderte die Euregio Inntal gemeinsam mit Vertretern aus der Wirtschaft in Kufstein ein Ende der „De-facto-Grenzsperre“ bzw. der verschärften Maßnahmen an der Grenze Tirol/Bayern. Teile dieser Forderung wurden nun von Transitforum-Obmann Fritz Gurgiser kritisiert. Die Forderungen der Wirtschaftskammer und ihrer Lobbyisten würden zeigen, dass die Gesundheit nur zweitrangig sei: „Um ihre künstlich aufgebaute Abhängigkeit und 'Just-in-time-Ketten' aufrecht zu halten, verlangen sie ja nichts anderes, als ein völ-

lig unkontrolliertes Transitieren durch Tirol“, so Gurgiser in einem Schreiben. Dazu gehören laut Gurgiser auch die Stopps „an der einen oder anderen“ Billigdiesel-Tankstelle, wie beispielsweise in Kufstein, Wörgl oder Brixlegg. „Dass die Tiroler auch noch dem Spediteur, Logistiker etc. Dettendorfer voll auf den Leim gehen, ist mehr als bemerkenswert, gehört ihm doch genau die Lkw-Billigdiesel-Tankstelle in Kufstein, wo täglich am BKH eine Ehrenrunde auf dem Weg von Nord nach Süd oder umgekehrt“ zum Tanken gedreht

# Kritik an „Euregio“

wird“, so Gurgiser. Damit spricht er die Anwesenheit von Spediteur Georg Dettendorfer an, der auch Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern ist. Dettendorfer hatte bei der Pressekonferenz in Kufstein über die Situation im Gütertransport berichtet und eine sofortige Aufhebung der Grenzkontrollen gefordert.

## Lkw-Fahrer-Tests bei Einreise

Gurgiser bzw. das Transitforum Austria haben am Sonntag, den 7. März erneut ihre Forderungen an die Bundesregierung übermittelt. Darin sind auch Antigentests für Lkw-Fahrer ein Thema. Der italienische Frächterverband Confrasperto hatte Ende Februar gefordert, dass auch Italien aus „Tirol kommende Lkw-Fahrer testen soll“. Das Transitforum geht in diesem Punkt sogar einen Schritt weiter und fordert, dass die Antigentests nicht nur am Brenner,

sondern auch bei der Einreise in Kufstein verlangt werden sollen. Ein Punkt, in welchem er den Forderungen des Spediteurs Recht gibt, ist eine Anpassung des Bürokratieaufwandes in verschiedenen Sprachen. Hier sollte es ein einheitliches Formular geben. Es gehe grundsätzlich um das Grundrecht auf Gesundheit, welches über allem stehe und auch um Gleichbehandlung, betont Gurgiser.

## Mayr meldet sich zu Wort

Euregio-Inntal-Präsident Walter J. Mayr nahm zur Kritik Stellung. Gurgiser sei „nur“ auf sein Lieblingsthema „Frächterlobby“ eingegangen. „Die für uns sehr wichtigen weiteren Teile unserer Pressekonferenz, die gesellschafts- und sozialpolitischen Aspekte, die wir beispielhaft ansprachen, erwähnt er nicht“, so Mayr. Die strengen Grenzkontrollen würden die Grenzregion sehr



Mayr gehts auch um das Zusammenleben im Grenzraum. Fotos (g): BB Archiv

hart treffen, sei es im gesellschaftlichen Zusammenleben, in der Kultur, wirtschaftlichen Belangen und persönlichen Beziehungen. „Ich glaube, dass Herr Gurgiser zu weit von der Staatsgrenze entfernt ist, dass er nicht nachfühlen kann, wie eng sich die Beziehungen zwischen der Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze in den letzten zwanzig Jahren entwickelt haben und wie schmerzhaft wir im täglichen Leben die Trennung spüren“, so Mayr abschließend.

Mehr dazu: [meinbezirk.at/kufstein](https://meinbezirk.at/kufstein)

# Offenheit beugt Konflikten vor

**L**K-Präsident Josef Hechenberger, Vizepräsidentin Helga Brun Schmid und Bezirksbauernobmann Michael Jäger tauschten sich am Unterkrumbacherhof mitten in Wörgl über Direktvermarktung, Akzeptanz der Landwirtschaft in der Gesellschaft und die Zukunft der heimischen Bauernfamilien aus.



V. l.: Bauernbunddirektor BR Dr. Peter Raggl, LK-Präsident NR Josef Hechenberger, Monika und Martin Egger, Bezirksbauernobmann Michael Jäger und LK-Vizepräsidentin Helga Brun Schmid.

Foto: Tiroler Bauernbund

Der Erbhof Unterkrumbach steht umgeben von Hochhäusern und Geschäften, am oberen Ende der Bahnhofstraße mitten in der Stadt Wörgl. Bereits seit 1799 ist der Hof im Besitz der Familie. Bei Ausgrabungen auf dem Grundstück wurden Teile des Gutshofs „Villa Rustica“ gefunden, daher auch der Name der zahlreichen Produkte, die Monika und Martin Egger in ihrem kleinen Direktvermarktungsladen direkt ab Hof verkaufen. Auf die Frage, ob denn ein Bauernhof mitten in der

Stadt nicht zu Konflikten mit Anrainern führt: „Wir haben überhaupt keine Probleme mit unseren Nachbarn. Im Gegenteil: unsere Stalltüren sind immer offen und interessierte Besucher haben einen direkten Einblick in unsere Arbeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass Offenheit ein wichtiger Schlüssel für mehr Verständnis und Toleranz gegenüber uns Bauern sein kann.“ Hechenberger und Brun Schmid sagten auch weiterhin ihre Unterstützung zu. „Wir haben heuer den Bereich Direktvermarktung

verstärkt fokussiert. Viele Bauern versuchen auf kreative und innovative Art und Weise ihre Produkte direkt in der Region zu vermarkten und oftmals sind es vor allem die bürokratischen Hürden, die interessante Projekte gleich zu Beginn hemmen.“

„Die Bevölkerung schätzt heimische Erzeugnisse und immer mehr erkennen den direkten Zusammenhang zwischen Regionalität, Tierwohl und Qualität“, ergänzt Michael Jäger, der selbst Obmann des Bauernmarktes in Ebbs ist.





V. l.: Simone Seethaler (Geschäftsführerin TJB/LJ Bezirk Kufstein), Martina Osl (KFB-Leiterin Ebbs) sowie Bettina Mayr (Bezirksleiterin TJB/LJ Bezirk Kufstein)

Foto: Mayr

## Landjugend im Bezirk geht gemeinsam durch schwierige Zeiten

Das Vereinsleben stand in den letzten Wochen mehr oder weniger still. Der Wunsch nach einem Stück Normalität hat sich die Landjugend/Jungbauernschaft des Bezirkes Kufstein zu Herzen genommen, man blickt positiv in die Zukunft und wagt Neues.

### Verkostungen online

Einen Schritt hat die Landjugend mit Online-Verkostungen gesetzt: Ein Gin-Tasting in Kooperation mit dem Auracher Löchl Stollen 1930 machte den Startschuss, wo stolze 112 Anmeldungen verzeichnet werden konnten. Gefolgt darauf fand im März eine Verkostung regionaler Schmankerln von heimischen Produzenten mit

158 Teilnehmern statt. Die Produzenten erklärten online, auf was zu achten ist und wie sie ihre Produkte herstellen.

### „A Fastensuppn wias friahra amoi wor!“

Wer kennt sie nicht? Die gute, alte Brennsuppe. In Zusammenarbeit mit der Katholischen Frauenbewegung ließ die Landjugend diese in Vergessenheit geratene Suppe wiederaufleben. Die Fastenzeit lädt dazu ein, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und aus wenigen regionalen Produkten ein Gericht zu zaubern. Ein Video dazu ist auf der Facebookseite der Landjugend/Jungbauernschaft Bezirk Kufstein zu sehen.

## Unternehmer und Wirtschaftskammer fordern Grenzöffnung

**K**ürzlich schilderten Unternehmer der Grenzregion in der WK-Bezirksstelle Kufstein ihre täglichen Probleme und fordern sofortige Änderungen.

Die Grenzregion zwischen dem Tiroler Unterland und Bayern bildet seit vielen Jahren ein Euregio-Gebiet, in dem täglich wirtschaftliche Verbindungen gelebt und gepflegt werden. Die derzeitige Situation bereitet sowohl den Unternehmern als auch den Bewohnern beidseits der Grenzen jedoch größte Sorgen. „Wir fordern von der Politik mehr Empathie der Wirtschaft gegenüber“, so Manfred Hautz, WK-Bezirksobmann in Kufstein. Georg Dettendorfer, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und selbst Speditions- und Frachtunternehmer, erzählte von Schwierigkeiten



**Für die sofortige Aufhebung** der de-facto-Grenzsperre: Georg Dettendorfer, Prof. Walter Mayr, WK-Bezirksobmann Manfred Hautz, Wolfgang Engl und Heinz Ritzer (v.l.) Foto: Eberharter

bei der täglichen Arbeit. „Die Bürokratie ist mittlerweile unüberwindbar. Um alle Regeln in Österreich und Deutschland einhalten zu können, müsste man jeden Tag 47 Seiten an Vorschriften durcharbeiten.“

Die langen Wartezeiten an den Grenzen und an den Teststationen mache die Güterbeförderung unberechenbar: „Wir machen teilweise Umwege über die Schweiz oder über Tarvis – das sind 250 Kilometer mehr: Die zusätzlichen Kosten der Testungen und der Bürokratie verschlingen

Unmengen an Ressourcen, die nicht an Kunden weiterverrechnet werden können“, erklärt der Unternehmer und IHK-Funktionär: Dettendorfer befürchtet, dass unzählige Transportunternehmen schließen werden.

Dettendorfer fordert die sofortige Aufhebung der Grenzkontrollen und zumindest die Wiederherstellung des Grenzregimes wie vor dem 14. Februar dieses Jahres. Auch der Abbau der bürokratischen Hürden auf ein Mindestmaß und die Einrichtung von zentralen Melde-registern müsse sofort in Angriff genommen werden.

**Aufträge werden nicht mehr an Tiroler vergeben**  
Wolfgang Engl hat sein Kran- und Spezialtiefbauunternehmen in Schwoich, 50 Prozent seines Umsatzes macht er allerdings in Bayern. „Durch die de-facto Grenzsicherungen sind wir über mehrere Tage nicht mehr zu unseren Baustellen und Lagerplätzen in Bayern gekommen, der wirtschaftliche Schaden für meine Firma bewegt sich pro

Tag in einem fünfstelligen Euro-Bereich“, berichtet Engl von den Problemen. „Ein deutscher Servicemann sollte zu uns kommen, um eine große Maschine zu reparieren. Das war unmöglich. Wir mussten die Maschine verladen und auf einer Baustelle im Grenzraum wurde sie dann von diesem Experten wieder in Gang gebracht“, sagt Engl.

Sehr große Probleme bereiten ihm auch die Unsicherheit und fehlende Planbarkeit von zukünftigen Projekten. Er bekomme Aufträge von langjährigen Kunden nicht mehr, weil denen die Lage zu unsicher sei.

„Unsere Region ist so eng miteinander verbandelt. Es kann doch nicht das Ziel der Politik sein, dass Arbeitsplätze verbrannt werden“, zeigt sich Hautz enttäuscht. Der WK-Bezirksobmann berichtet auch über unzählige Beschwerden von Unternehmen, die aufgrund der Grenzsicherung nicht mehr nach Bayern können.

Fast jeder zweite Unternehmer in Bayern und 85 Prozent der Tiroler Unternehmen seien negativ von den Auswirkungen der Grenzsicherung betroffen – zeigen Blitzumfragen der IHK und der Wirtschaftskammer Tirol. Prof. Walter Mayr, Präsident der Euregio Inntal verwies darauf, dass allein 6.000 Arbeitnehmer täglich nach Bayern pendeln. Für ihn wäre es wichtig, einen Grenzbezirk zu definieren, in dem man sich frei bewegen kann.

## Kundgebung fand bei Niederndorf statt

NIEDERNDORF. Auf zwei Seiten – so fand eine Brückenkundgebung am Sonntag, den 14. März zwischen Niederndorf und Oberaudorf statt, das Motto lautete „Für ein grenzenloses Miteinander“. Laut den Veranstaltern nahmen auf Tiroler und bayerischer Seite jeweils 350 bis 400 Menschen daran teil. Bei der Kundgebung traten auf der Tiroler Seite Alexander Ehrlich (Kopf der österreichischen Friedensbewegung), die Schülerin „Luna“ (15), die als „Wutwirtin“ bekannte Alexandra Pervulesko sowie Event-Organisator auf Tiroler Seite, Harald Körber, auf.



**400 Menschen kamen zur Kundgebung in Niederndorf.**

Foto: Tschernitz

Bezirksblatt, 17./18. März 2021

# Heiß-Kalt für die Widmungsbilanz

Mehr Taten gegen den Flächenverbrauch fordert die Opposition. Grüne nehmen Gemeinden in die Pflicht.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Die für baulich intensive Nutzung neu gewidmeten Flächen wuchsen in Tirol im abgelaufenen Jahr um 97 Hektar (+0,42%). 2019 waren es noch 106 Hektar. Das belegt die aktuelle Widmungsbilanz für 2020. Diesen rückläufigen Trend streicht die Abteilung Raumordnung grundsätzlich als positiv hervor – nicht ohne jedoch darauf hinzuweisen, dass es diesen Fokus auch im Sinne einer nachhaltigen und klimagerechten Raumordnung für die kommenden Jahre noch zu schärfen gelte, die TT berichtete.

Flächenfraß und Klimastrategie – all das hefte sich die schwarz-grüne Landesregierung bei jeder Gelegenheit auf die Fahnen, die Realität seien „leere Worthülsen“, zieht NEOS-Landesobmann Dominik Oberhofer sein Fazit aus der Widmungsbilanz. Was es brauche, sei eine restriktivere Widmungspolitik und ein konsequentes Verdichtungsprogramm. Beides lasse die Regierung vermissen, so Oberhofer: „Im Moment tritt sie bei einem der wichtigsten Themen im Land auf der Stelle.“

Für FP-Landeschef Markus Abwerzger nutze auch eine Stagnation bei den Neuwidmungen nichts, wenn nicht endlich der massive Baulandüberhang im Land – wie unlängst berichtet knapp 3600 Hektar – angegangen werde. Hier müsse Schwarz-Grün mit „verfassungskonformen Hebeln ansetzen“.

Die Nicht-Mobilisierung

des Baulandüberhangs sei das Problem, nicht neu gewidmete Baugründe, meint Liste-Fritz-Mandatar Markus Sint. Wenn Raumordnungs-Landesrat Johannes Tratter (VP) glaube, die Widmungsbilanz zeitige Erfolge, klappe „zwischen der Statistik des Landesrates und der Realität für die Tiroler eine große Lücke“.

Differenzierter fällt das Urteil von SP-Abgeordneter und Lienzer Bürgermeisterin Elisabeth Blanik aus. In der Raumordnung habe das Land sehr wohl in Teilbereichen die Zügel angezogen. Die Widmungsbefristung brauche halt Zeit. Mehr Augenmerk fordere Blanik in Richtung Aktivierung brachliegender Flächen (Gewerbe, Landwirtschaft).

Doch auch der grüne Regierungspartner fordert nun mehr Aktivitäten zur Baulandmobilisierung ein. Nur die Neuwidmungen zu senken, sei „nicht genug“, wie LA Michael Mingler sagt. Gemeindevorsprecherin Stephanie Jicha nimmt die Gemeinden in die Pflicht. Diese müssten nur von den raumordnungsrechtlichen Behelfen „Gebrauch machen“.

Nur auf die Neuwidmungen zu blicken, hält Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf (VP) für zu kurz gegriffen: „Es ist schon auch entscheidend, was verbaut wird.“ Und die Frage der Verfügbarkeit des Baulandüberhangs sei eben auch ein Thema der ungelösten Rückwidmungsfrage.

„Die Gemeinderatswahlen werden darüber entscheiden, ob weiterhin hektarweise Ackerland für einige wenige umgewidmet wird.“

Stephanie Jicha  
(Gemeinde-Sprecherin Grüne)

„Wenn die eigene Behörde die bisher gesetzten Schritte als recht wirkungslos ansieht, braucht es ein unverzügliches Umdenken.“

Dominik Oberhofer  
(NEOS-Klubobmann)



Die Neuwidmungen von Bauland gehen zurück. Aber nicht schnell genug. Die Oppositionsparteien, aber auch die Grünen sehen Handlungsbedarf. Foto: imago



Stefan Pühringer (rechts) mit dem damaligen Tirol-Werbung-Chef Joe Margreiter bei der Eröffnung des neuen TVB-Büros. Foto: Alex Gretter

# TVB-Visionär macht sich auf die Reise

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – Standortmarketing, Kongressstadt, das Projekt Next Generation für junge Touristiker in Führungsfunktionen – das sind nur einige der innovativen Projekte, die der Tourismusverband Kufsteinerland begonnen bzw. mitgetragen hat. Und immer sind sie mit dem Namen Stefan Pühringer verbunden. Seit 2014 führte er den Verband als Geschäftsführer, am 31. März verlässt er nun die Festungsstadt in Richtung TVB Kitzbühel.

Es ist kein Blick zurück im Zorn, den Pühringer macht, ganz im Gegenteil. „Kufstein hat Pioniergeist“, bescheinigt er den Touristikern. Pioniere waren Pühringer und der verstorbene TVB-Obmann Hans Mauracher aber ebenfalls. Die beiden verpassten dem Verband ein professionelleres und moderneres Auftreten, „da war viel Herzblut und Arbeit dabei“, erinnert sich Pühringer an Wochen jenseits der 60 Stunden Arbeitszeit, „nach eineinhalb Jahren hat aber dann das Werk zu laufen begonnen“.

Für Pühringer steht das Lebensraum-Management, also das Miteinander der verschiedenen Interessengruppen im Mittelpunkt. Es gehe um

Fragen wie Verkehr, Nächtigungszahlen, Umweltschutz und Lebensqualität der Einheimischen. Diese Punkte könne man nicht mehr getrennt sehen. Hier seien die Tiroler Tourismusverbände auch bereit, eine Vorreiterrolle einzunehmen, ist Pühringer überzeugt.

Kufstein selbst sieht er durch die Verbindung von Natur- und Kultururlaub gut aufgestellt. „Und der Kongress-tourismus hat gerade gut zu laufen begonnen, leider kam Corona und das Ganze ist wieder eingebrochen“, bedauert Pühringer. Er hofft, dass in diesem Bereich weitergearbeitet wird und das Interesse wieder geweckt werden kann. Ein Herzensprojekt muss er noch in der Entstehungsphase zurücklassen: den Naturpark Wilder Kaiser. Aber hier gingen die Vorbereitungen bereits in die richtige Richtung.

Noch ist man beim TVB auf der Suche nach einer neuen Geschäftsführerin bzw. einem neuen Geschäftsführer, wie Obmann Georg Hörhager erklärt. Nach einer Ausschreibung habe es 40 Bewerbungen gegeben. Er bedauert aber den Abgang von Pühringer. Der wünscht seiner Nachfolgerin bzw. seinem Nachfolger übrigens „Gelassenheit“.

77 - 24.3.2021



Simone Seethaler (l.), Bettina Mayr (r.) kochten mit Martina Osl eine Fastensuppe. Foto: kfb

## Landjugend erinnert an Regionales

**Thiersee** – Auf das Ursprüngliche hinzuweisen und die regionalen Produkte stärker in den Blickpunkt zu rücken – das sind Themen, denen sich die Landjugend im Bezirk Kufstein widmet. Auch die Aktion Familienfasttag der katholischen Kirche steht unter dem Motto der Ernährungssouveränität. Diese Haltung verbindet die Katholische Frauenbewegung (kfb) mit der Landjugend, dem Bauernstand und Stephan Mauracher vom Lindhof in Thiersee, der seinen Hof für Dreharbeiten zur Verfügung stellte. Für das Video haben Simone Seethaler und Bettina Mayr, beide in der Führungsriege der JB/LG, und die Ebbser Biobäuerin und kfb-Ortsleiterin Martina Osl die bei sehr vielen schon in Vergessenheit geratene Brennsuppe auf den Esstisch gebracht. Das Video darüber ist in den sozialen Medien der Landjugend zu finden. (TT)

TT, 19.03.2021

TT, 18.03.2021

## An der Grenze soll es laut werden

**Niederndorf, Erl, Oberaudorf** – Thema verfehlt. Das dachten offenbar viele Interessierte, die vergangenen Sonntag der Grenzdemo in Niederndorf und Oberaudorf beiwohnten. „Die AfD-Kundgebung war leider nur groteske Selbstdarstellung. Kein Wort über unsere uns alle belasten-

den Grenzverkehrs-Bestimmungen“, ärgert sich Jürgen Doetsch über die Ausführung auf deutscher Seite. Auch in Tirol brachen nach und nach Zuhörer weg, einige äußerten ihren Unmut über die „generelle Hetze über Politiker, Impfungen und Medien“, wie ein Ebbser grummelte.

Doetsch will nun mit einem Hupkonzert auf die belastende Situation der Tiroler und bayerischen Einwohner aufmerksam machen. **Am Sonntag um 14 Uhr** sollen möglichst viele „Inntaler“ in Niederndorf, Erl, Kufstein, Oberaudorf und Kiefersfelden laut werden. „Bitte nur für wenige Minuten“, er-

sucht Doetsch um einen friedlichen Verlauf.

Einen Korso zu bilden und im Sinne einer Kundgebung zu hupen, gilt als Versammlung und müsste gemeldet werden, teilt die Bezirkshauptmannschaft Kufstein auf Nachfrage mit. Derzeit sei dies aber nicht der Fall. (TT)

TT, 17.03.2021

## „Wave braucht regionale Unterstützung“

**Wörgl, Innsbruck** – Quo vadis, Tiroler Schwimmsport? Die Bürgerinitiative zur Rettung des Wörgler Wave zeigt Kampfgeist. Gestern traf die Delegation rund um Triathlon-Vereinsobfrau Gabi Hausberger einmal mehr mit Sport-

landesrat LHStv. Josef Geisler in Innsbruck zusammen, um über die Zukunft der Vereine, Schüler und Senioren zu sprechen. „Das Land Tirol muss Farbe bekennen und den Erhalt des Wave unterstützen“, fordert Hausberger mit Ver-

weis auf ein konstruktives Gespräch. Die Tragweite der Schließung des Wörgler Bades werde immer mehr Menschen bewusst. Dabei gehe es nicht nur um den Leistungssport, sondern um die gesamte Bevölkerung: „So viele Kin-

der haben Diabetes oder sind fettleibig. In Zeiten wie diesen eine Sportstätte zu schließen, wäre ein Verbrechen.“ Einmal mehr plädiert sie dafür, das Bad zumindest so lange zu betreiben, bis eine Alternative in Aussicht ist. Für die Volksbefragung am 11. April werde die Initiative „so viele Wörgler wie möglich mobilisieren“.

Mit zum Gespräch eingeladen war gestern auch Langkampfers Bürgermeister Andreas Ehrenstrasser. Er habe die Gelegenheit genutzt, um Geis-

ler das neue Sportplatzprojekt der Gemeinde vorzustellen. Auf 2,7 ha Fläche sollen bis 2023 zwei Fußballplätze, vier Tennisplätze und ein großes Gebäude mit 250 Parkplätzen entstehen. „Im Idealfall wird dieses mehrfach genutzt, denkbar wäre ein Gastrobetrieb“, meint Ehrenstrasser.

Könnte dort auch ein neues Regionalbad kommen? Ehrenstrasser winkt ab. „Wir haben jeden Quadratmeter bereits verplant.“ Und: „Die Gemeinde wird sich nicht darum rei-

ßen, ein Bad zu bauen.“

Die Bedeutung des Wave für die Region stehe aber auch für ihn außer Zweifel. Vorbehaltlich eines entsprechenden Gemeinderatsbeschlusses könne er sich eine finanzielle Beteiligung Langkampfers an einer Renovierung oder einem Neuaufbau vorstellen. Wörgl brauche dringend regionale Unterstützung, resümiert Ehrenstrasser. Denn: „Bestehende Infrastruktur zu nutzen, ist immer ressourcenschonender, als etwas Neues zu bauen.“ (jazz)



# Mit dem Meldezettel zum Metzger

In Sölden entstand aus einer gut gemeinten Subvention ein „Schlachttourismus“. Die Gemeinde musste nachschärfen.

Von Thomas Parth

**Sölden** – Der Obmann des Agrar- und Landwirtschaftsausschusses, GR Markus Pirpamer, erinnert an eine wohlgemeinte Willensbekundung der Gemeinde Sölden. Diese wollte den heimischen Landwirten unter die Arme greifen. „Bei uns übernimmt die Gemeinde die anfallenden Kosten für Schlachtabfälle“, so GR Pirpamer. Dadurch habe sich jedoch in letzter Zeit eine Form des „Schlachttourismus“ ins hintere Ötztal entwickelt, zeigt Pirpamer auf. „Wie jetzt, Schlachttourismus?“, fasst GR Georg Schöpf seine Verblüffung in Worte. Offenkundig habe es eine Form der Bewerbung durch ortsansässige Schlachtbetriebe gegeben. Diese hätten Bauern aus dem vorderen Tal ausgerichtet, dass die Entsorgung der Tiergebeine in Sölden „billiger“ sei.

„Zum Vergleich: Sölden hatte 2020 gut ein Viertel mehr Schlachtabfallkosten zu verzeichnen als im Jahr davor!“, informiert GR Pirpamer seine Gemeinderatskollegen: „Das ist dem Steuerzahler gegenüber nicht zu vertreten. Darum mussten wir diesen Vorgängen einen Riegel vorschieben!“

Um die Grenzgänger auszufiltern, hat sich der Landwirtschaftsausschuss eine Regelung überlegt, die letztlich dem Gemeinderat zur Genehmigung empfohlen wurde. „Auf dem Viehverkehrsschein wird der Lohnschlachtbetrieb vermerkt und über die Waage des Recyclinghofes wird das Gewicht der Schlachtabfälle gemessen. Die entsprechenden Kosten stellt der Lohnschlachter ohnehin dem Tierbesitzer in Rechnung. Mit diesen Unterlagen wird künftig das Gemeindeamt die Abfallkosten den Söldler Bauern rückerstatten“, zeichnet Pirpamer den Behördenweg vor. Buchhalterisch sei dies zwar ein Mehraufwand, der jedoch in Kauf genommen werde. Auch seien mittlerweile Durchschnittspreise nach Tierkategorie errechnet worden. „Falls bei uns im Ort akut kein Termin mehr frei ist, sollte diese Regelung auch jenen Söldler Bauern zugutekommen, die nach Längenfeld ausweichen müssen“, bittet Pirpamer um Unterstützung. Für BM Ernst Schöpf entspricht die Regelung dem Grundgedanken, die heimischen Bauern zu unterstützen. Dem stimmten jüngst auch die Gemeinderäte einstimmig zu.



Sölden unterstützt seine Landwirte: Die Zielgenauigkeit bei der Übernahme der Kosten für Schlachtabfälle wurde nachgeschärft. Foto: iStock



Höhe und Dichte des geplanten Neubaus sowie die Zufahrt zur Bachreinigung (Bild: Überschwemmung 2016) sorgen für Aufregung.

Fotos: Doimanig, Kainer

# Wirbel um betreutes Wohnen

Anrainer in Ampass üben massive Kritik an geplantem Standort für Großprojekt.

**Ampass** – Für die Gemeinde Ampass ist es derzeit das mit Abstand größte Vorhaben: ein Gebäude für betreutes Wohnen mit zwölf Einheiten. Das Projekt an sich findet breite Zustimmung – der geplante Standort am Areal des ehemaligen Feuerwehrhauses lässt im Dorf aber die Wogen hochgehen. Nach diversen Verschiebungen soll der Gemeinderat am Donnerstag nun über den Bebauungsplan entscheiden. Doch von einem Einvernehmen mit den Nachbarn ist man weit weg.

Vor ca. 15 Jahren sei die Gemeinde auf seine Familie zugekommen, sagt Stefan Pfeifer, mit seinem Bruder Eigentümer des Grundstücks westlich vom alten FF-Haus. Damals war ein Feuerwehrhaus-Neubau am bisherigen Standort geplant, bis direkt an die Grundgrenze, in gekoppelter Bauweise. „Wir haben eine mündliche Vereinbarung getroffen, wie wir und die Gemeinde bauen dürfen.“ Diese mündete in einen Bebauungsplan. Anhand dessen realisierte Familie Pfeifer einen Zu-

bau und passte z. B. auch die Dachneigung eigens ans geplante Gemeindeprojekt an. Nur: Das Feuerwehrhaus wurde am Ende anderswo im Dorf gebaut. Und die nunmehrigen Pläne für das betreute Wohnen sähen völlig anders aus:

„Wir erwarten uns, dass die Gemeinde mit uns spricht.“

Stefan Pfeifer  
(Grundstücksnachbar)

„Die Gemeinde verbaut uns jetzt die gesamte Grundgrenze 4 m hoch, die Hälfte davon sogar weit über 12 m hoch.“ Die Wohnungen der Familie hätten dadurch teils kein Sonnenlicht mehr, verlören stark an Wert.

Daher erwarte man sich, dass die Gemeinde das Gespräch sucht – und etwa der Familie eine höhere Dichte zugesteht. „Es braucht hier die Einigung mit beiden Seiten, statt drüberzufahren“, schließt Pfeifer. Flächenwidmung und Bebauungsplan werde man beeinspruchen.

„Das Grundstück ist bei Weitem zu klein für dieses Projekt“, bilanziert der oppositionelle Gemeinderat Gebhard Schmiederer (Freiheitliche und Unabhängige Ampasser Liste): Mit einer Dichte von 5,45, dem Zweieinhalbfachen dessen, was in Ampass sonst üblich sei, sprengt das betreute Wohnen „alle Grenzen, die die Gemeinde sich und den Bürgern auferlegt hat“. Und: „Die Gemeinde hat genug Alternativgrundstücke.“

BM Hubert Kirchmair (Gemeindeliste) verweist darauf, dass man der Familie im aktuell gültigen Bebauungsplan eine Baumassendichte von 2,9 zugestanden habe, die sie auch genützt habe. „Das ist ja in Ordnung, weil ja auch wir als Gemeinde einen Vorteil haben.“ Doch eine solche Dichte habe „niemand sonst in Ampass“ – und noch höher zu gehen, wäre „gegenüber den anderen 1850 Ampassern nicht zu rechtfertigen“.

Massive Skepsis kommt aber auch von einer Bauernfamilie, die südlich des Projektareals ein großes Feld besitzt, gele-

gen am so genannten Agenbach. Bei Dauerregen lassen ihn Geröll und Geäst regelmäßig über die Ufer treten, zuletzt stand das Feld im Dezember unter Wasser. Für die Familie ist „völlig unklar“, wie Lkw mit Greifer künftig zur Räumung des Baches zufahren sollen. Bisher erfolgte dies über die Nordseite, hinter dem alten FF-Haus, nach der Verbauung ginge das nicht mehr. Über das (aufgeweichte) Feld selbst könne der Lkw nicht zufahren, er würde einsinken, ist die Familie überzeugt. Es brauche unbedingt eine Lösung.

Laut BM Kirchmair hätte die Räumung gemäß Bebauungsplan – dieser sehe eine sechs Meter breite Freihaltefläche vor – „schon bisher von der Südseite erfolgen sollen“. Zudem habe man ein Gatter am Bach mit einer Winde versehen, um zu verhindern, dass es zu Verstopfungen kommt. Die Situation sei nun schon viel besser. Und: „Laut Wildbach- und Lawinenverbauung können wir das betreute Wohnen ohne weiteres Gutachten bauen.“ (md)

# Suche nach Bürgermeister im Bezirk Reutte läuft

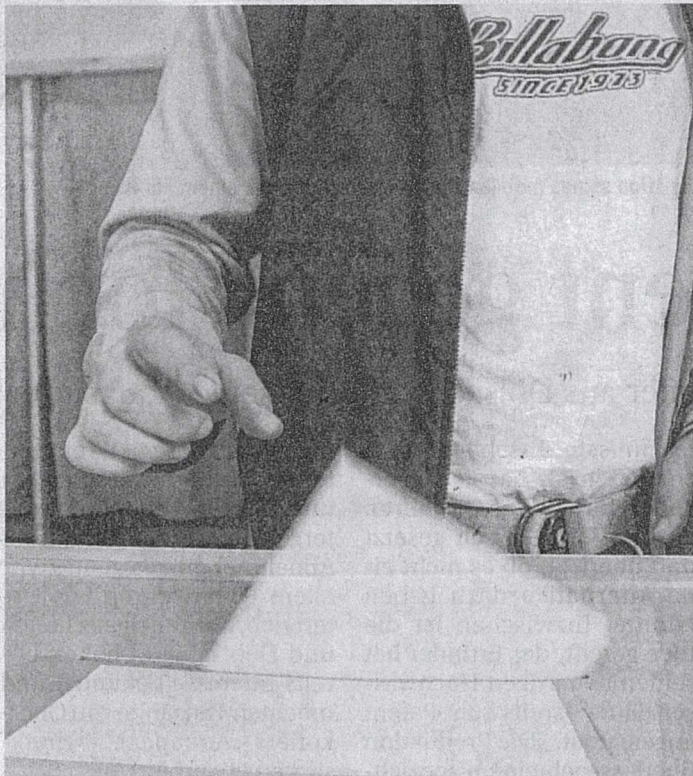
Das Außerfern wird zahlreiche neue Bürgermeister bekommen. Neun hören mit Ende der Amtsperiode fix auf, 13 sind noch unentschlossen.

Von Simone Tschol

**Reutte** – In knapp einem Jahr sind die Tiroler (mit Ausnahme der Stadt Innsbruck) wieder dazu aufgerufen, zur Wahlurne zu schreiten, die Gemeinderäte neu zu besetzen und ihre Bürgermeister zu wählen.

Auch wenn derzeit aufgrund der großen Zeitspanne bis zum Tag X noch vieles in der Schwebe ist, so ist eines jetzt schon sicher: Mindestens neun Gemeinden im Außerfern werden einen neuen Bürgermeister oder eine neue Bürgermeisterin bekommen. Denn die dort amtierenden Gemeindechefs kandidieren bei der Wahl 2022 nicht mehr. Allen voran Alois Oberer, seit 2010 Bürgermeister der Marktgemeinde Reutte. „Ich habe das schon vor längerer Zeit kommuniziert und dabei bleibt's“, erklärt Oberer kurz und bündig. Aber nicht nur im Bezirkshauptort, auch in mindestens vier weiteren Großgemeinden werden die Weichen neu gestellt werden. Dies ergab ein Rundruf bei den Bürgermeistern. Einen endgültigen Schlusstrich ziehen demnach auch Martin Hohenegg in Ehrwald, Hansjörg Fuchs in Lechaschau, Hans Dreier in Weißenbach und Vinzenz Knapp in Höfen.

Aber nicht nur in den großen, auch in zahlreichen kleineren Gemeinden muss ein neuer Bürgermeister gefunden werden. Denn auch Paul Mascher in Biberwier sowie Sieghard Wachter in Musau,



Im Februar 2022 sind die Gemeinderäte und Bürgermeister in Tirol neu zu wählen. Im Außerfern wird sich dabei einiges verändern. Foto: Böhm

Bernd Huber in Pfafflar und Klaus Ziernhöld in Bichlbach hören fix auf. Eine weitere Amtsperiode kommt für sie alle nicht mehr in Frage. Die Beweggründe sind vielfältig. „Ich habe von vornherein gesagt, dass ich es nur eine Periode mache“, heißt es beispielsweise von Mascher und Fuchs. „Vier Perioden sind genug, irgendwann ist Schluss“, meinen Knapp und Ziernhöld. Doch eines eint all jene, die nicht mehr kandidieren werden: Sie wollen mehr Zeit mit der Familie verbringen.

Noch nicht festnageln lassen will sich Markus Eberle

in Tannheim. „Das habe ich noch nicht wirklich entschieden. Die Tendenz geht aber eher in Richtung nicht mehr kandidieren.“

13 Bürgermeister sind unentschlossen, wollen sich noch nicht in die Karten schauen lassen oder, wie es einer kommentierte, „den Gegnern noch keine Angriffsfläche bieten“. Dazu zählen Egon Brandhofer (Bach), Markus Gerber (Elbigenalp), Heiner Ginther (Elmen), Beate Reichl (Heiterwang), Karina Konrad (Jungholz), Norbert Lorenz (Kaisers), Walter Zobl (Namlos), Klaus Horn-

stein (Nesselwängle), Helmut Schönherr (Pflach), Karl Wechselberger (Pinswang), Günther Walch (Steeg), Manfred Immler (Vils) sowie Werner Gehring (Zöblen).

Elf Bürgermeister sind hingegen jetzt schon voll entschlossen, den Bürgermeistersessel zu verteidigen. „Ja, sicher trete ich an“, findet beispielsweise Dietmar Bertold in Berwang klare Worte. Aber auch für Hanspeter Wagner in Breitenwang, Wolfgang Winkler in Ehenbichl, Karl-Heinz Weirather in Forchach, Martin Schädle in Grän und Harald Friedle in Häselgehr ist die Marschroute eindeutig. Sie wollen ebenso wieder kandidieren wie Martin Kärle in Hinterhornbach, Florian Klotz in Holzgau, Stefan Lagg in Lermoos, Waltraud Zobl in Schattwald und Hanspeter Außerhofer in Stanzach. „Eher ja“, sagt Christian Müller in Wängle und ein saloppes „hätte es schon im Sinn“ war Gottfried Ginther in Vorderhornbach zu entlocken.

Wie es in Gramais weitergeht, ist noch offen. 2016 wurde dort keine Liste eingereicht, die Stimmabgabe entfiel, Bürgermeister und Gemeinderäte galten, wie in § 45 Abs. 7 der Tiroler Gemeindevahlordnung festgelegt, als wiedergewählt. Ob sich diesmal ein Kandidat findet, bleibt abzuwarten. „Wenn nicht, käme die zitierte Bestimmung wieder zur Anwendung“, erklärt Christin Salcher, Vorständin der Abteilung Gemeinden beim Amt der Tiroler Landesregierung.

➤ Frauentag ➤ In den Gemeinden geben Männer den Ton an

# Bürgermeister: Hans und Franz weit vor den Frauen

Anlässlich des nahenden Frauentags rechnet der Städtebund vor, wie viele der 2095 Gemeinden in Österreich von Frauen regiert werden: Mit 197 Bürgermeisterinnen sind es weniger als zehn Prozent. Oder etwas anders dargestellt: Gemeindeoberhäupter, die Johann oder Franz heißen, sind viel zahlreicher als weibliche.

Der alljährliche Frauentag am 8. März bringt in der politischen Debatte verlässlich eines mit: Ernüchterung. So auch bei der Präsentation des Städtebundes über den Frauenanteil an den Spitzen der Gemeinden. Das Ergebnis: Nur rund neun Prozent der Bürgermeister sind Frauen. Die Zahlen, so der Städtebund, „zeigen großen Aufholbedarf“. Denn gerade in den Gemeinden – wo oft jene Regeln gemacht werden, die

stärker als auf anderen politischen Ebenen in den Lebensalltag eingreifen – müsste es „selbstverständlich“ sein, dass die Hälfte der Wohnbevölkerung repräsentiert ist. Die Zahlen zeigen auch, dass der Frauenanteil mit der Größe der Gemeinde steigt; in Wien etwa beträgt der Anteil der Bezirksvorsteherinnen ein knappes Drittel. In Tirol beträgt der Bürgermeisterinnen-Anteil indes gerade einmal sechs Prozent.

Ein etwas anderer Blick auf die Liste der 2095 Bürgermeister in Österreich ist frauenpolitisch schließlich noch ernüchternder als das bloße Geschlechterverhältnis: Denn es gibt fast so viele Bürgermeister mit dem Namen Hans – Johann miteingerechnet – wie Frauen als Gemeindeoberhäupter.

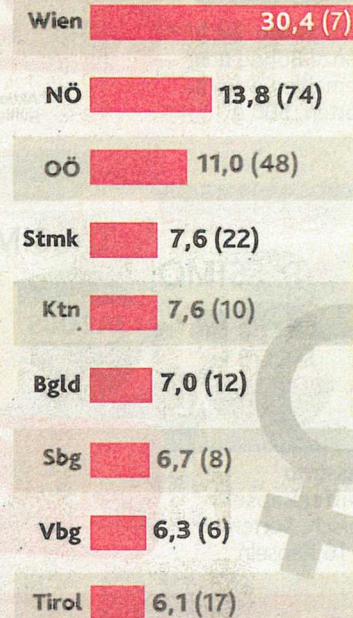
Zählt man zur übermächtigen Hans-Achse dann auch noch den unter Bürgermeistern ebenfalls stark verbreiteten Namen Franz dazu, ergibt sich überhaupt ein enormes Gefälle: Zusammgezählt kommen Hans und Franz auf mehr als 250 Bürgermeisterämter, denen weniger als 200 Bürgermeisterinnen gegenüberstehen. KK

## Frauen in der Gemeindepolitik

Anteil der Bürgermeisterinnen\* in Prozent (in Klammer: absolut),

Stand Oktober 2020

\* Wien: Bezirksvorsteherinnen



Krone KREATIV | Quelle: Städtebund

KRONE ZEITUNG



Wer zu Fuß zum Antigen-Schnelltest kommt, muss sich zwischen den Autos anstellen.

Foto: privat

# Die Suche nach einem freien Testtermin

17.260 Antigen-Schnelltests können an den Teststraßen in Wörgl und Kufstein pro Woche durchgeführt werden. Trotzdem gibt es bereits Engpässe.

**Kufstein** – Die einen diskutieren über Effizienz, die anderen über Kosten. Da wäre aber noch ein Streitpunkt rund um die kostenlosen Antigen-Schnelltests: Kapazitätsgrenzen. Das „Reintesten“ hat gerade erst begonnen, schon offenbaren sich Engpässe.

Ausgebucht. Diese Angabe auf [tiroltestet.at](http://tiroltestet.at) frustriert die Tiroler im Bezirk Kufstein. In der Screeningstraße in der Festungsstadt sind die Termine speziell zum Wochenende hin begehrt. Spontan zum Abstrich? Leider nein. Grenzpendler und Betriebe reihen sich neben Skifahrer und Friseurbesucher. Die Termine für kommenden Freitag waren am Montagmittag schon weg, in Nachbarbezirken sah es

gestern Mittag hingegen noch ruhig aus. Es kam bereits vor, dass es in Kufstein über mehrere Tage hinweg hieß: „Nichts geht mehr.“ Ein Ausweichen auf das Testzentrum in Wörgl ist nur bedingt möglich – auch dort „staut“ es sich Richtung Wochenende.

Beim Land Tirol kennt man das Problem um die „Stoßzeiten“ und bittet, die gebuchten Zeitrahmen einzuhalten. Man erhalte sonst aber viel positives Feedback über den „reibungslosen Ablauf“. Pro Stunde werden in Kufstein neben den PCR- rund 90 Antigen-Testungen (5670 pro Woche), in Wörgl 190 (11.590) vorgenommen. Gegebenenfalls werde man das Angebot noch erweitern, heißt es von Landesseite.

Fragt sich nur wie. Das Rote Kreuz sucht intensiv nach Sanitätären, die die Abstriche zum Kollektivgehalt vornehmen wollen. Die scheinen aber rar. Die personellen Ressourcen sind weitgehend ausgeschöpft, teilte RK-Rettungsdienstleiter Christian Kozubowski bereits vor knapp zwei Wochen mit. Gestern gab es bis Redaktionsschluss keine Auskunft dazu.

Testplätze ergattern kann man auch in Apotheken. Wer sein Ergebnis für einen bestimmten Termin braucht, sollte aber einige Tage im Voraus buchen, empfiehlt eine Mitarbeiterin der Kufsteiner Festungsapotheke. Bis zu 70 Personen am Tag könne man einplanen, dabei seien einige Betriebe Fixstarter (Stichwort

Grenzkontrollen). In Wörgl laden die zwei innerstädtischen Apotheken derweil noch zum „einfach Vorbeikommen“ zu jeweils angegebenen Zeiten.

Auch möglich: sich hinterm Telefon klemmen und bei den 66 teilnehmenden Arztpraxen im Bezirk (18 davon in Kufstein) anfragen. 20.639 Personen nutzten dieses Angebot laut Land seit 19. Dezember.

Für Kopfschütteln sorgt indes der Anblick von Fußgängern, die sich in der Kufsteiner Screeningstraße zwischen den Pkw mit laufenden Motoren anstellen müssen. Bei PCR-Tests sei die Anreise mit Auto zum Schutz für Wartende und Personal erforderlich, bittet man beim Land um Verständnis. (jazz)

Tiroler Tageszeitung  
24.02.2021

# Vignettenbefreiung soll unverändert Bestand haben

Verkehrsministerin Gewessler widerspricht in Bericht an Nationalrat Gutachter-Empfehlung. Fundierte Grundlage fehle, neue Evaluierung fraglich.

Von Manfred Mitterwachauer

**Kufstein, Wien** – Dieser Bericht dürfte in und um die Festungsstadt Kufstein für hörbares Aufatmen sorgen. Er kommt aus dem Verkehrsministerium und wird heute offiziell im Nationalrat eingebracht und dem Verkehrsausschuss zur Behandlung zugewiesen werden. Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) spricht sich darin klar dafür aus, „die bestehenden Vignettenbefreiungen bis auf Weiteres unverändert beizubehalten“.

Wie berichtet, wurde die Vignettenfreiheit auf der Innalautobahn von der Staatsgrenze zu Deutschland bis zur Abfahrt Kufstein Süd mit 15. Dezember 2019 wieder eingeführt. Dem vorausgegangen war ein langer politischer Disput. Die Festungsstädter sowie die Gemeinden in der umliegenden Grenzregion hatten dies seit Jahren vehement eingefordert, da insbesondere der Urlauber- und Winter-Tagesausflugs-Reiseverkehr als Mautfluchtverkehr auf das niederrangige Straßennetz auswich. Die Folge waren speziell an Wochenenden verstopfte Straßen und kilometerlange Staus, die mitunter auch die Versorgungssicherheit der Bevölkerung entlang dieser Routen massiv ins Wanken brachten.

Der Nationalrat beschloss schließlich die Mautbefreiung – aber nicht nur für Kufstein, sondern auch für Abschnitte der A14 bei Bregenz; der A1 (Salzburg) sowie befristet für Teilstücke der A7 und (noch zu bauenden) A26. Zugleich wurde das Verkehrsministe-



Nach dem Evaluierungsbericht haben die Politiker in Kufstein und Umgebung scharf auf die Beibehaltung der Vignettenfreiheit gepocht. Foto: Otter

rium beauftragt, die Wirkung dieser Maßnahmen per Evaluierungsbericht bis Februar 2021 dem Nationalrat vorzulegen.

Mit der Evaluierung wurde der Autobahnbetreiber Asfinag beauftragt. Das Berichtsergebnis lag Ende Jänner vor. Wie berichtet, kamen die beteiligten Fachexperten zum Schluss, dass es in den betroffenen Gebieten zwar nach Einführung der Vignettenbefreiung zu Verlagerungseffekten gekommen ist, diese jedoch eine dauerhafte Fortführung nicht begründen könnten. Weil eben die Änderungen im Verkehrsaufkommen sowie der Schadstoff- und Lärmbelastung „kausal

nicht ausreichend“ auf die Vignettenbefreiung zurückgeführt werden könnten. Der Haken dabei: Aufgrund der Corona-bedingten Verkehrseinschränkungen konnten lediglich die Monate Jänner und Februar seriös mit den Vorjahreszeiträumen verglichen werden. Zusätzlich wurden deshalb auch Lenkerbefragungen durchgeführt. Dass die spärliche Datenlage problematisch sei, wies der Evaluierungsbericht sogar selbst aus. Dennoch sehen die Gutachter den vom Nationalrat intendierten Zweck der Änderung des Bundesstraßen-Mautgesetzes als „nicht erreicht“ an.

Gewessler widerspricht in

ihrem Schlussbericht dieser Einschätzung mit Vehemenz. Mit Bezug auf die vorliegenden Daten „können die vorliegenden Ergebnisse keine fundierte Grundlage für eine etwaige Aufhebung der Vignettenbefreiung bieten“, heißt es in dem Bericht aus dem Verkehrsministerium. Kurz: Die Schlussfolgerungen des Asfinag-Gutachtens seien „nicht belastbar“. Ergo empfiehlt das Ministerium den Nationalräten unmissverständlich, die Vignettenbefreiungen nicht anzutasten.

Vor Abfassung des ministeriellen Abschlussberichts an den Nationalrat – eine Befassung im Verkehrsausschuss steht somit Mitte März an – wurden auch die betroffenen Länder um Stellungnahme gebeten. Sie alle verweisen auf die Problematik des lediglich auf zwei Monate reduzierten, repräsentativen Untersuchungszeitraumes und die daraus resultierende mangelnde Aussagekraft der abgeleiteten Einschätzungen. Gleichzeitig merken die Länder aber auch an, dass trotz allem bereits in dieser kurzen Zeitspanne Verlagerungseffekte festgestellt werden konnten. Wie berichtet, wurde im Raum Kufstein (im Vergleich zu den Verkehrswerten 2017–19) an Samstagen eine Reduktion des Verkehrs auf der B171 von 20 Prozent, an Sonntagen sogar von bis zu 37 Prozent festgestellt. Werktags war der Effekt geringer.

Ob es zu einer weiteren Evaluierung kommt, ist fraglich. Die aktuelle ist Gewessler vom Nationalrat vorgeschrieben worden. Eine Mehrheit dafür scheint nicht in Sicht.

Am 11. April ist die Bevölkerung am Zug

## Wörgl fixierte Details zu „Wave-Befragung“

Am 11. April sind die Wörgler aufgerufen, über die Zukunft des sanierungsbedürftigen „Wave“ zu entscheiden. Im Gemeinderat wurden gestern die formalen Details fixiert. Wegen des Corona-Risikos gibt es auch Änderungen bei den Wahllokalen.

Wie berichtet, legte Stadtkonzeptschefin Hedi Wechner die Latte hoch, der Gemeinderat folgte ihr: 70 Prozent von rund 10.200 Wahlberechtigten müssen an der Volksbefragung teilnehmen und die Hälfte mit „Ja“ stimmen, damit das Votum anerkannt wird. Rechtlich

verbindlich ist es nicht. Ein heftiges Ringen gab es um die Fragestellung, die lautet: „Soll die Wörgler Wasserwelt saniert werden und die Stadtgemeinde die Kosten mit Aufnahme eines Bankkredits finanzieren?“ Wegen Corona gibt es u. a. im Seniorenheim kein Wahllokal.

TIROLER TAGESZEITUNG

2. 3. 2021

# Zuhörer wurde zu Unrecht aus Gemeinderat abgeführt

Das Landesverwaltungsgericht hat entschieden: Einschränkung der Öffentlichkeit bei Gemeinderatssitzung wegen Corona ist **unzulässig**.

**Wenns, Innsbruck** – Es ist ein **richtungsweisendes** Urteil für alle Gemeinderatssitzungen – vor allem in Hinblick auf die Covid-Schutzmaßnahmenverordnung und die damit verbundene Ausgangssperre ab 20 Uhr, denn die zwangsweise Entfernung eines Zuhörers aus der Gemeinderatssitzung in Wenns vom 17. Dezember 2020 war **rechtswidrig**, stellte das Landesverwaltungsgericht (LVwG) fest.

Der für Gemeinden zuständige **Landesrat Johannes Tratter** reagierte sofort: „Das Landesverwaltungsgericht ist nun zu der Erkenntnis gekommen, dass die **uneingeschränkte Teilnahme der Öffentlichkeit** auch in Zeiten der Pandemie zu gewährleisten ist. Diese Entscheidung des LVwG ist jedenfalls **sehr zu begrüßen** und sorgt somit für eine **klare Linie** im Umgang mit der Öffentlichkeit bei Gemeinderatssitzungen.“ Im **gestern an die Bürgermeister** ergangenen Schreiben der Abteilung Gemeinden des Landes heißt es nun, dass „die Teilnahme von Zuhörern an öffentlichen Gemeinderatssitzungen **uneingeschränkt möglich**“ sei.

Wie berichtet, wollte der Wenner Bürger Werner Dobler am 17. Dezember die Gemeinderatssitzung besuchen. Es war bereits das **zweite Mal**, dass Bürgermeister Walter Schöpf den



Der von BM Walter Schöpf angeforderte Polizeieinsatz gegen einen Zuhörer im Gemeinderat vom 17. Dezember war **rechtswidrig**.

Foto: Paschinger

Sitzungsbeginn – entgegen früheren Gepflogenheiten, aber „wegen einer Vorbesprechung“ – auf 20 Uhr angesetzt hatte. Schon beim ersten Mal im November kritisierte Dobler, dass man so durch die Hintertüre die Öffentlichkeit ausschließen wolle. Im Dezember kam allerdings noch eine Facette hinzu: Weil der Bürger den Mehrzwecksaal nicht verlassen wollte, rief BM Schöpf die **Polizei**. Zwei

**Beamte** erschienen gegen 20.25 Uhr und hielten Rücksprache mit dem **Journaldienst** der Bezirkshauptmannschaft Imst. Vom diensthabenden Beamten wurden sie angewiesen, den Mann zum Verlassen des Saales **aufzufordern**. Weil Dobler dem nicht nachkam, wurde er **am Oberarm gepackt und „hinausbegleitet“**.

Es folgte auch eine **Anzeige** bei der Bezirkshauptmann-

schaft, die allerdings **noch nicht** behandelt wurde, denn Dobler ergriff ebenfalls die Initiative und erhob beim Landesverwaltungsgericht **Maßnahmenbeschwerde** – erst gegen den Bürgermeister, dann jedoch gegen die **BH Imst**, die ja den Polizeieinsatz **gerechtfertigt** hatte. Diese Entscheidung wollte die **BH Imst** abwarten.

Am Mittwoch entschied das LVwG tatsächlich. Die Richterin beruft sich dabei sowohl auf das **Bundesverfassungsgesetz** als auch auf die **Tiroler Gemeindeordnung**, was die Öffentlichkeit betrifft. In Bezug auf die Covid-Schutzmaßnahmenverordnung sei allerdings „eine Einschränkung der Öffentlichkeit auf verpflichtend öffentliche Sitzungen (wie Budget oder Jahresabschluss, Anm.) aus dieser Formulierung **in keinsten Weise erkennbar**“. Vielmehr „sind die öffentlichen Sitzungen der allgemeinen Vertretungskörper und die mündlichen Verhandlungen der Gerichte und Verwaltungsbehörden **zur Wahrung des Grundsatzes der Öffentlichkeit** und damit **uneingeschränkt zugänglich**“. Dadurch sei „die ausgeübte Befehls- und Zwangsgewalt gegenüber dem Beschwerdeführer **rechtswidrig**“.

Dass aber die Beschlüsse ungültig sein könnten, verneint die Richterin damit, in dieser Frage nicht zuständig zu sein. (*pascal*)



# Volksbefragung zum Wave nach Ostern

**Wörgl** – Der Tag der Entscheidung steht fest: Am Sonntag, 11. April, soll die Volksbefragung zum Fortbestand des Wave über die Bühne gehen. Knapp 10.000 Wahlberechtigte dürfen die Frage „Soll die Wörgler Wasserwelt saniert werden und die Stadtgemeinde die Kosten mit Aufnahme eines Bankkredits finanzieren?“ beantworten. Rechtlich ist das Ergebnis nicht bindend, BM

Hedi Wechner kündigte bekanntermaßen an, sich daran halten zu wollen – sofern 70 Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen.

Von dieser „illusorisch hohen Hürde“ lässt sich die Bürgerinitiative zur Rettung des Bades nicht abschrecken. „Wenn sich 3500 Wörgler für den Erhalt des Wave aussprechen, wäre das super“, steckt Initiativen-Sprecherin Gabi

Hausberger ein Ziel. Selbst wenn die geforderte Wahlbeteiligung nicht erreicht wird, sei das ein deutliches Signal an Entscheidungsträger auf kommunaler und Landesebene.

Wobei für Hausberger eine Sanierung für zehn Mio. Euro auf 20 Jahre realistischer scheint als ein Neubau für 30 bis 50 Mio. Euro. Sie hofft, dass das Wave im Falle zumindest für weitere zwei Jahre be-

trieben wird, damit parallel an dem neuen Bad und Trainingsmöglichkeiten für Sportvereine gearbeitet werden kann. „Wir geben nicht auf“, laute das Motto, „und es stehen immer mehr Leute auf“, freut sich Hausberger. GR Michael Riedhart (Junge Wörgler Liste) berichtet von Unterstützern, die Expertisen und Dienstleistungen ehrenamtlich anbieten würden. (jazz)

TIROLER TAGESZEITUNG

26. 2. 2021

Wohnbau-Check von GLOBAL 2000 deckt Öko-Misere auf:

# 600.000 uralte Ölheizungen belasten Österreichs Klima

Entlarvender Wohnbaueck von GLOBAL 2000! Demnach belasten in ganz Österreich noch 600.000 uralte Ölheizungen in den Haushalten das Klima. Geortet werden gravierende Mängel beim Austausch dieser klimaschädlichen Heizungsform. Auch die thermische Gebäudequalität sei äußerst verbesserungswürdig.

„Es gibt einen zu geringen Fortschritt beim Austausch alter Öl- und 200.000 Gas-

kessel, um die Klimaziele zu erreichen. Im direkten Vergleich haben wir die meisten

Fortschritte noch in Wien gesehen, gefolgt von Vorarlberg und Kärnten“, beklagt GLOBAL-2000-Experte Johannes Wahlmüller.

Den Vorwurf der Säumigkeit bei der Bekämpfung der Klimakrise in den privaten und öffentlichen vier Wänden beziehungsweise in Kellern weist das Land Niederösterreich zurück. Man habe bereits 2019 ein Ölheizungsverbot für Neubauten beschlossen. „Für die 90.000 bestehenden Kessel gibt es einen langfristigen und transparenten Ausstiegsplan, auch damit finanzschwächere Schichten wie Pensionisten, die oft noch mit Öl heizen, nicht belastet werden. Bei der laufenden thermischen Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern erreichen das Burgenland, Tirol und Vorarlberg die besten Zahlen. M. Perry



Laut GLOBAL 2000 hapert es auch massiv bei der Dämmung

TIROLER TAGESZEITUNG

2. 3. 2021

# Neuer Gewerbegrund entsteht

Der Tiroler Bodenfonds und die Gemeinde St. Johann konnten eine Fläche von sieben Hektar erwerben. Im Zuge der Entwicklung wird die Einmündung in die B178 verbessert.

Von Michael Mader

**St. Johann i. T.** – Der Bedarf an Gewerbegrund ist laut St. Johanns Bürgermeister Hubert Almberger sehr groß. Alleine in der Marktgemeinde gibt es schon rund 15 Firmen, die auf einer Anmelde-liste stehen würden. Aber auch die Gemeinden Reith, Going, Kirchdorf und Oberndorf hätten Interesse angemeldet.

Für sie alle gibt es nun eine gute Nachricht: Gemeinsam mit dem Tiroler Bodenfonds konnte die Markt-gemeinde St. Johann sieben Hektar Gewerbegrund im Bereich Unterbürg erwerben. Dabei handelt es sich um eine Wiese beim Hof Unterbürg mit Anbindung an die Bundesstraße. In Kooperation mit dem Bodenfonds wird nun dieses Gewerbegebiet entwickelt und auch vergeben, wobei die Planungen im Verband mit mehreren Gemeinden erfolgen sollen. „Der Boden-fonds wünscht sich ein inter-kommunales Projekt“, erklärt Almberger.

Es sei ein Glücksfall, dass mit diesem Ankauf neuer Gewerbe-grund gesichert werden konnte, denn leistbare Grundstücke für Gewerbebetriebe seien im Bezirk Kitzbühel rar. Im Wesentlichen



Gleichzeitig mit der Erschließung des Feldes soll auch die Einbindung in die B178 verbessert werden. Foto: Mader

gehe es bei diesem Ankauf also um die Förderung der Wirtschaftsentwicklung. Damit können einerseits heimischen Betrieben wieder leistbare Zukunftsmöglichkeiten geboten werden, andererseits der Wirtschaftsstandort St. Johann gestärkt und da-

mit auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden, heißt es seitens der Gemeinde.

Spätestens Ende des Frühjahrs, Anfang des Sommers soll es mit der Aufteilung konkreter werden. „Wir wären ja schon wesentlich weiter, wenn uns Corona nicht da-

zwischengekommen wäre“, sagt Almberger. Zahlreiche Treffen, etwa mit Vertretern des Landes, hätten in der Vergangenheit Corona-bedingt abgesagt werden müssen.

Gleichzeitig mit der Entwicklung des neuen Gewerbegebietes wird eine neue

Einbindung der Innsbrucker Straße in die Loferer Bundesstraße kommen. Dadurch kann eine wesentliche Entschärfung dieser unübersichtlichen Kreuzung erfolgen, was einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit bedeutet, freut man sich bei der Marktgemeinde.

Jürgen Wegscheider vom Baubezirksamt Kufstein konkretisiert: „Der Knoten im Nahbereich der Brücke ist aufgrund des schiefen Abbiegewinkels nicht ideal. Der Linksabbiegestreifen soll verbessert werden, eventuell kommt sogar ein Linksbeschleunigungsstreifen. Auf alle Fälle soll man in Zukunft rechtwinklig abbiegen können. Wir haben zwei Varianten.“

Gebaut werden soll erst dann, wenn das neue Gewerbegebiet erschlossen wird. Noch sei man im Entstehungsprozess. Wegscheider: „Derzeit dient der Knoten eigentlich dazu, Ortsteile zu erschließen. Wenn das Gewerbegebiet gebaut wird, ist hier auch mit mehr Verkehr zu rechnen“, meint Wegscheider. Das Tempo gebe in diesem Fall aber die Gemeinde vor. Einen so genannten Unfallhäufungspunkt gebe es an dieser Stelle allerdings nicht.

TIROLER TAGESZEITUNG

# Hoffen und Bangen um jeden Hof

Seit 2010 wurden in Tirol 1387 Agrarbetriebe geschlossen. Ein zu großer Rückgang bei den Bauernschaften kann für das Land zum Problem werden. Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch, deren Umsetzung ist nicht leicht.

Von Benedikt Malr

**Innsbruck, St. Anton am Arlberg** – Wo früher Vieh aus örtlichen Ställen graste, wächst nach und nach Gestrüpp. „Es gab einmal bis zu 50 Landwirte, inzwischen sind es vier oder fünf. Nach und nach haben immer wieder welche aufgehört“, sagt Helmut Mall, Bürgermeister von St. Anton am Arlberg. Im Hauptort der Gemeinde wurden in den vergangenen Jahren viele Flächen nicht mehr oder nur noch sporadisch bewirtschaftet – weil sich einfach niemand dafür fand. „Es braucht die Bauern. Wir brauchen sie. Ihre Arbeit hat unsere Landschaft geformt“, meint Mall. „Aber wenn die Stalltür einmal zugeht, dann geht sie meistens für immer zu.“



„Die Bindung zum heimatischen Hof nimmt ab, den Bauern hängt der Geruch des Altmodischen nach.“

Markus Schermer (Soziologe) Foto: Ulli Innsbruck

Höfesterben nennt sich das Phänomen, das in Tirol spätestens ab den 1950er-Jahren massiv aufgetreten ist und sich inzwischen abgeschwächt hat. Trotzdem schließen hierzulande immer noch zahlreiche Betriebe – allein im vergangenen Jahrzehnt waren es 1387, jährlich also mehr als 150 im Schnitt. Laut einer im aktuellen Grünen Bericht des österreichischen Landwirtschaftsministeriums veröffentlichten Statistik gab es im Jahr 2010 noch 13.163 Höfe. Im Jahr 2019 waren es nur noch 11.776.

„Wenn zu wenig Bauern da sind, wird es kritisch“, sagt der

Soziologe Markus Schermer. In Tirol vorrangig deshalb, weil die charakteristische und auch Touristen anziehende Kulturlandschaft zumindest auf lange Sicht zu verschwinden droht, wenn sie nicht bewirtschaftet wird. Schermer ist Professor an der Universität Innsbruck und hat zur Stellung und Bedeutung von Landwirten in und für die Gesellschaft geforscht. Das Höfesterben sei nicht in allen Regionen gleich ausgeprägt, sagt er. „Im Oberinntal etwa sind die Betriebe kleiner. Gäbe es dort keine zweiten Standbeine neben der Landwirtschaft, müsste ein großer Teil westlich von Telfs zusperren.“

Der Nebenerwerbsbauer als Konzept, um das Höfesterben zu verhindern oder die Entwicklung zumindest stark abzumildern, habe sich laut Schermer bewährt. Für Josef Hechenberger, Präsident der Tiroler Landwirtschaftskammer, wird das zunehmend zum Problem. Früh morgens in den Stall, dann zur Arbeit, abends wieder nach dem Vieh sehen. Hechenberger glaubt, dass die „körperliche Doppelbelastung“ viele an ein Aufgeben denken lässt. Kämen weitere Herausforderungen dazu – etwa die Hofübergabe oder bevorstehende Großinvestitionen –, sei es verlockend, das Handtuch zu werfen. „Die Situation ist angespannt. Viel weniger Bauern sollten es nicht mehr werden.“ Um jeden Betrieb, der schließt, sei es dem Landwirtschaftskammerpräsidenten schade, um jeden lohne es sich zu kämpfen.

Die Übergabe der Bauernschaft von einer zur nächsten Generation nennt auch Soziologe Schermer einen „kritischen Punkt. Die Bindung zum heimatischen Hof nimmt ab, den Bauern hängt der Geruch des Konservativen, Altmodischen und Patriarchalen nach. Ein Bauer erzählte mir einmal: ‚Erben habe ich genug,



Wiesen und Weiden, die das Landschaftsbild Tirols prägen, drohen zu verschwinden, wenn zu viele Bauernhöfe aufgegeben werden. Archivfoto: Rudy De Moor

aber keinen Nachfolger.“ In den vergangenen Jahrzehnten hätten sich für die Kinder der Landwirte attraktivere Möglichkeiten als die Hofübernahme und die damit verbundene anstrengende Arbeit aufgetan. Wer konnte und das Zeug dazu hatte, sei zur Schule, dann an die Universität gegangen. „Hier fand eine negative Selektion statt. Provokant gesagt: Derjenige, der am wenigsten rege war, hat den Hof übernommen.“

Eine Alternative sei die außerfamiliäre Hofübergabe. Laut Schermer mangelt es nicht an „innovativen Menschen, Quereinsteigern mit weitem Horizont. Für sie gibt es aber zu wenige Einstiegs-

möglichkeiten.“ Hofbörsen, wo sich Landwirte ohne Nachfolger und Junglandwirte ohne Hof treffen können, seien ein Anfang. „Es braucht auch bei uns Experimentierflächen und -felder. „Die oft konservative Einstellung der Übergebergeneration ist nicht förderlich.“

In St. Anton hat die Gemeinde teilweise das Ruder übernommen, Beweidungskonzepte erstellt, einen Gemeinschaftsstall angeregt. Mit kleinen Erfolgen, der große Wurf blieb noch aus. Bürgermeister Helmut Mall meint aber, dass es fahrlässig sei zu glauben, „dass die öffentliche Hand irgendwann jede Fläche mähen kann. Das ist eine Utopie. Und viel zu teuer.“

## Zahlen, Daten und Fakten

**1387 Höfe** haben zwischen den Jahren 2010 und 2019 in Tirol ihren Betrieb eingestellt. Das sind im Schnitt mehr als 150 pro Jahr. Gab es vor einem Jahrzehnt laut dem aktuellen Grünen Bericht des österreichischen Landwirtschaftsministeriums noch 13.163 Bauernschaften im Land, waren es im Jahr 2019 nur noch 11.776 – davon 10.759 klassische Betriebe, 863 Gemeinschaftsalmen und 154 Gemeinschaftsweiden.

**12.522 Euro** erwirtschaftete ein Bauernbetrieb in Tirol im Jahr 2019 durchschnittlich durch land- beziehungsweise forstwirtschaftliche Tätigkeit. Im Vergleich mit anderen

Bundesländern sind das sehr niedrige Einkünfte. Die Schwankungsbreite bei den Verdiensten war in der jüngeren Vergangenheit allerdings sehr hoch: 19.801 Euro verdienten sie im Jahr 2011, im Jahr 2018 waren es im Schnitt nur 11.954 Euro.

**Europaweit** ist Höfesterben ein massives Phänomen: Während die Zahl der genutzten Agrarfläche gleich bleibt, nimmt jene der Betriebe immer weiter ab. Nach Angaben der EU-Kommission schlossen zwischen 2005 und 2015 vier Millionen Landwirtschaften – 400.000 Höfe pro Jahr, rund 1000 pro Tag.

TIROLER TAGESZEITUNG